

Lackmustest Afghanistan

**Der Hindukusch als Experimentierfeld für
Zivil-militärische Aufstandsbekämpfung
und Neoliberalen Kolonialismus**

von Jürgen Wagner



Inhalt

Einleitung: Lackmustest Afghanistan - 3 -

Teil 1: Vom Stabilitätsexport zur Aufstandsbekämpfung - 5 -

- 1.1 Phasen der ISAF-Expansion
- 1.2 OEF und ISAF: Zwei Truppen, derselbe Krieg
- 1.3 Eskalation in Afghanistan
- 1.4 ISAF: Robuste Einsatzregeln zur Aufstandsbekämpfung

Teil 2: Deutschland: Per Salomitaktik immer tiefer in den Krieg - 10 -

- 2.1. Deutsche Kriegsinteressen
- 2.2 Die Bundeswehr im Süden Afghanistan
- 2.3 Schritte über den Rubikon I: Tornado-Einsatz
- 2.4 Schritte über den Rubikon II: Die Quick Reaction Force
- 2.5 Schritte über den Rubikon III: Ausweitung des Afghanistan-Mandates

Teil 3: Kolonialismus unter dem Deckmantel von Demokratieexport und Frauenrechten - 18 -

- 3.1 Krieg für Frauenrechte?
- 3.2 Afghanistans Scheindemokratie
- 3.3 NATO-Kolonie Afghanistan

Teil 4: Neoliberales Nationbuilding: Afghanistan als Selbstbedienungsladen - 20 -

- 4.1 Umgestaltende Besatzungen
- 4.2 Die neoliberale Zurichtung Afghanistans
- 4.3 Die Afghanistan GmbH

Teil 5: Humanitäres Desaster und Guerillakrieg im Eigenbau - 23 -

- 5.1 Humanitäre Katastrophe
- 5.2 Alles Taliban? Armut und Krieg als Triebfedern des Widerstands
- 5.3 Besatzung als Terrorbekämpfung: ein gefährlicher Irrweg

Teil 6: Zivil-Militärische Aufstandsbekämpfung in Afghanistan - 26 -

- 6.1 Von der Verteidigungs- zur Interventions- zur Besatzungsarmee
- 6.2 Effektiver Kolonialismus: Die CIMIC-Logik der NATO
- 6.3 Afghanistan: Entwicklungshilfe im Kampfanzug
- 6.4 Von Helfern zu Kollaborateuren zu Anschlagzielen

7. Deutschland und die NATO: Operationsschwerpunkt Zivil-militärische Aufstandsbekämpfung - 32 -

- 7.1 Aufstandsbekämpfung als Dauerauftrag I: NATO
- 7.2 Aufstandsbekämpfung als Dauerauftrag II: Deutschland

Fazit: Die NATO raus aus Afghanistan – sofort!

Einleitung: Lackmustest Afghanistan

Als die NATO im August 2003 das Kommando über die *International Security Assistance Force* (ISAF) in Afghanistan übernahm, hätte sich zum damaligen Zeitpunkt wohl kaum jemand träumen lassen, dass die Allianz dort in einen Guerillakrieg verwickelt werden würde, der immer alptraumhaftere Züge annimmt. Obwohl die NATO-Besatzungstruppen maßgeblich für die derzeitige Eskalation verantwortlich sind, steht gegenwärtig ein Ausstieg aus der Gewaltspirale durch einen Abzug der westlichen Soldaten nicht zur Debatte, er wird kategorisch ausgeschlossen. Stattdessen entsendet die NATO immer mehr Truppen nach Afghanistan, die bei ihrer Kriegsführung immer aggressiver und rücksichtsloser vorgehen. Aber auch die Bundesregierung verstrickt sich immer tiefer in die blutige Auseinandersetzung am Hindukusch und trägt damit eine erhebliche Mitverantwortung an den dramatisch steigenden Opferzahlen unter der afghanischen Bevölkerung.

Der Grund, weshalb ein Abzug nicht zu Debatte steht, ist einfach: es steht in Afghanistan zu viel auf dem Spiel. Denn dort wird sich entscheiden, ob die NATO auch künftig in einer zunehmend brüchig werdenden Weltordnung das Sagen haben wird. Für diesen Zweck wurde die Allianz seit dem Ende des Kalten Krieges in zwei Schritten generalüberholt. Schritt eins stellte die Umwandlung von einem – wenigstens formal – auf die Territorialverteidigung ausgerichteten Bündnis hin zu einer globalen Interventionsarmee dar. Diese Entwicklung war spätestens mit dem 1999 erfolgten Angriffskrieg gegen Jugoslawien weit gehend abgeschlossen und wurde mit dem gleichzeitig verabschiedeten Strategischen Konzept formalisiert.¹ Augenblicklich befindet sich die NATO mitten in der zweiten Phase ihrer Runderneuerung. Denn die Allianz reklamiert für sich nicht nur das „Recht“, beliebig jedes Land der Welt überfallen zu dürfen, sondern mittlerweile ist sie sogar dazu übergegangen, so genannte Problemstaaten anschließend auch faktisch zu annektieren.

Der Krieg in Afghanistan ist für diese zweite Phase, in der die NATO zu einer global agierenden Besatzungstruppe umstrukturiert wird, das zentrale Experimentierfeld. Unter der NATO-Besatzung ist Afghanistan de facto zu einer westlichen Kolonie geworden, in der weder die Menschen- noch die Frauenrechte boomen – das einzige, was in Afghanistan floriert, ist der Krieg, der Drogenanbau und die Profite westlicher Konzerne. Denn unter dem Deckmantel beschönigender Begriffe wie „Stabilitätsexport“ oder „Nation Building“ wurde das afghanische Wirtschaftssystem entlang neoliberaler Vorgaben und zugunsten westlicher Konzerne vollständig umgekrempelt. Tragischerweise sind diese Maßnahmen gänzlich

ungeeignet, die schreiende Armut im Land zu beseitigen – im Gegenteil: die humanitäre Lage hat sich seit dem Einmarsch der NATO-Truppen weiter verschlechtert. Dadurch und wegen des immer rücksichtsloseren Vorgehens der NATO werden die westlichen Besatzer zunehmend als Okkupanten nicht als Wohltäter betrachtet. Die Folge davon ist, dass immer größere Teile der afghanischen Bevölkerung mit dem Widerstand sympathisieren oder sich ihm sogar anschließen.

Die NATO reagiert auf diese Entwicklung ihrerseits, indem sie mittlerweile ganz offen die Aufstandsbekämpfung in den Mittelpunkt ihres Afghanistan-Einsatzes gerückt hat. Daran zeigt sich, dass derzeit eine völlig neue Form westlicher Kriegsführung am Entstehen ist. Nicht der militärische Sieg gegen eine reguläre Armee steht in Afghanistan mehr im Vordergrund, sondern vielmehr geht es darum, den Aufstand wirksam niederzuschlagen und das Land als NATO-Kolonie effektiv zu verwalten. Hierfür fehlen dem Militär aber entscheidende Kompetenzen, weshalb derzeit versucht wird, die Zivil-militärische Zusammenarbeit (CIMIC) – im NATO-Jargon auch „comprehensive approach“ genannt – als neues sicherheitspolitisches Leitbild zu etablieren. Im Kern geht es dabei darum, alle verfügbaren zivilen Kapazitäten (Entwicklungshelfer, Polizisten, Juristen, etc.) für das reibungslose Funktionieren von NATO-Besatzungen nutzbar zu machen – einschließlich der Aufstandsbekämpfung.

Gerade in Afghanistan, dem gegenwärtig wichtigsten „Labor für Nation-Building“², offenbaren sich jedoch auf dramatische Weise die Folgen dieser Instrumentalisierung ziviler Akteure für die militärische Interessensdurchsetzung: Humanitäre Helfer verlieren dadurch ihre politische Neutralität und werden somit vom afghanischen Widerstand als integrale Bestandteile des Besatzungsregimes und damit als Gegner betrachtet – zahlreiche Hilfsorganisationen mussten sich deshalb bereits aus Afghanistan zurückziehen.

Dennoch arbeitet die NATO ebenso wie Deutschland derzeit fieberhaft daran, Strukturen und Kapazitäten zur Zivil-militärischen Aufstandsbekämpfung dauerhaft institutionell zu verankern. Deshalb muss der Widerstand am Hindukusch auch unter allen Umständen gebrochen werden: denn Afghanistan ist der Gradmesser, ob die NATO künftig in der Lage sein wird, weitere Länder ihrer Kontrolle zu unterwerfen. Scheitert sie dort, steht ihre Existenz auf dem Spiel, wie nicht zuletzt Bundeskanzlerin Angela verdeutlicht: „Ich glaube, sagen zu können [...], dass die Stabilisierung Afghanistans derzeit eine der größten Herausforderungen für die NATO und ihre Mitgliedstaaten ist. Sie ist gleichsam so etwas wie ein Lackmustest für ein erfolgreiches Krisenmanagement und

1 Vgl. Seifert, Andreas/Wagner, Jürgen: Die neue NATO-Strategie, IMI-Studie, Tübingen 2000.

2 Schmunk, Michael: Die deutschen Provincial Reconstruction Teams. Ein neues Instrument zum Nation-Building. SWP-Studie, Nov.2005, S. 8.

für eine handlungsfähige NATO.³ Auch der demokratische Präsidentschaftskandidat Barack Obama, der deutlich mehr Truppen nach Afghanistan entsenden will, lässt ebenso wenig Zweifel an der zentralen Bedeutung des Afghanistan-Krieges aufkommen wie sein republikanischer Rivale John McCain: „Die Zukunft des Bündnisses hängt untrennbar mit den Ergebnissen in Afghanistan zusammen. [...] Wenn die NATO in Afghanistan versagt, ist es schwierig sich vorzustellen, dass die Allianz weitere ‚harte‘ Operationen innerhalb oder außerhalb des Bündnisses unternimmt, und ihre Glaubwürdigkeit würde schweren Schaden nehmen.“⁴

Diese Studie konzentriert sich deshalb auf die Funktion des Afghanistan-Einsatzes als Prototyp für künftige NATO-Kolonialeinsätze sowie auf die Rolle und die Interessen Deutschlands in diesem Kontext.⁵ Hierfür wird zunächst beschrieben, wie der Einsatz in Afghanistan immer stärker in Richtung Aufstandsbekämpfung verschoben und wie hierdurch die Situation immer weiter eskaliert wurde (Kapitel 1). Danach werden die deutschen Interessen dargestellt und wie diese es erfordern, sich schrittweise immer tiefer in den Krieg zu verstricken (Kapitel 2). Anschließend wird das gängige Bild, in

Afghanistan sei es das Ziel, eine Demokratie nach westlichem Vorbild zu etablieren und die Frauenrechte zu wahren kritisch hinterfragt und aufgezeigt, dass es sich bei dem Land de facto um eine Kolonie der NATO handelt (Kapitel 3). Darauf hin wird beschrieben, wie das neoliberale Wiederaufbauunwesen Afghanistan zu einem Selbstbedienungsladen für westliche Konzerne gemacht hat (Kapitel 4). Diese Wirtschafts“reformen“ haben maßgeblich zur Verschlechterung der humanitären Lage und damit zum Erstarken des Widerstands beigetragen (Kapitel 5). Hierauf reagiert die NATO mit der Intensivierung ihrer Zivil-militärischen Aufstandsbekämpfung und dreht so immer weiter an der Eskalationsspirale (Kapitel 6). Abschließend wird dargestellt, dass ungeachtet der katastrophalen Ergebnisse der augenblicklichen westlichen Afghanistan-Politik die Weichen innerhalb Deutschlands und der NATO gegenwärtig darauf gestellt werden, solche Aufstands- und Besetzungseinsätze künftig deutlich häufiger führen zu können (Kapitel 7). Aus diesem Grund endet die Studie mit einem Plädoyer für einen grundlegenden Strategiewechsel, angefangen mit einem sofortigen Abzug der westlichen Truppen aus Afghanistan.

3 Merkel, Angela: Handlungsfähigkeit der Nato stärken, 25.10.2006, URL: <http://tinyurl.com/58kwyf> (14.09.2008).

4 McCain, John, Rede auf der 43. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik, 10.02.2007.

5 Vgl. zu den US-Interessen bspws. Wagner, Jürgen: Das ewige Imperium. Die US-Außenpolitik als Krisenfaktor, Hamburg 2002.

Teil I: Vom Stabilitätsexport zur Aufstandsbekämpfung

In Afghanistan operieren derzeit zwei unterschiedliche Kriegseinsätze neben- und zunehmend auch miteinander: einmal die *Operation Enduring Freedom* (OEF), die allein von den USA im Rahmen ihres „Kriegs gegen den Terror“ befehligt wird. Sie agiert dort ohne ein Mandat des UN-Sicherheitsrates, indem sich Washington sieben Jahre nach den Anschlägen des 11. September 2001 weiterhin auf sein Selbstverteidigungsrecht beruft – ein völkerrechtlich fragwürdiger Vorgang, um es milde zu formulieren.⁶ An diesem Einsatz kann sich Deutschland in Afghanistan mit bis zu 100 Spezialeinheiten des Kommando Spezialkräfte (KSK) beteiligen, was auch mehrfach geschah.⁷ Allerdings wurden die KSK-Kommandotrupps angeblich seit 2005 nicht mehr im Rahmen von OEF angefordert.⁸

Diesem Einsatz, wie auch generell dem gesamten US-amerikanischen Kreuzzug gegen den Terror, steht ein Großteil der europäischen, insbesondere der deutschen Öffentlichkeit extrem kritisch gegenüber – ganz zu schweigen vom überwiegenden Teil der nicht-westlichen Welt. Deshalb werden gerade deutsche Politiker nicht müde zu betonen, der zweite in Afghanistan operierende Militäreinsatz, die *International Security Assistance Force* (ISAF) der NATO, habe rein gar nichts mit dem Anti-Terror-Einsatz OEF gemein und sei strikt von ihm getrennt. Zur Imagepflege bezeichnet man sich lieber wahlweise als „Friedensmission“, „Stabilisierungseinsatz“ oder „Wiederaufbaupmission“. Kurz: als eine Art „bewaffnete Entwicklungshilfe“⁹.

Diese Scheinabgrenzung dient aber lediglich PR-Zwecken. Denn mit ihr soll suggeriert werden, allein die US-geführte OEF sei für die Probleme im Land verantwortlich und mache die Wiederaufbaufortschritte der NATO zunichte: „Hier die gute Schutztruppe ISAF, da die böse OEF. Das ist ein Popanz der innerdeutschen Diskussion“, zitiert die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* einen westlichen Beobachter in Kabul.¹⁰ Schon die jeweiligen Missionsbeschreibungen sind bei näherer

Betrachtung nahezu identisch. Laut Bundesregierung hat der „ISAF-Einsatz in Afghanistan unverändert das Ziel, das Land bei der Aufrechterhaltung der Sicherheit so zu unterstützen, dass sowohl die afghanischen Staatsorgane als auch das Personal der Vereinten Nationen und anderes internationales Zivilpersonal, insbesondere solches, das dem Wiederaufbau und humanitären Aufgaben nachgeht, in einem sicheren Umfeld arbeiten können. Hauptauftrag der Operation Enduring Freedom (OEF) in Afghanistan ist dagegen die Bekämpfung verbliebener militärischer oppositioneller Kräfte und noch existierender terroristischer Gruppierungen der Taliban-, Al-Qaida- und Hekmatyar-Anhänger. *ISAF und OEF sind getrennte Operationen.*“¹¹

Angesichts der Situation in Afghanistan ist jedoch die „Bekämpfung verbliebener militärischer oppositioneller Kräfte“ (OEF) von der „Aufrechterhaltung der Sicherheit“ (ISAF) kaum zu unterscheiden. Insbesondere seit die NATO ihr Einsatzgebiet in vier Phasen auf das ganze Land ausgedehnt hat, kann von einer faktischen Verschmelzung beider Einsätze gesprochen werden. Die daraufhin erfolgte Eskalation der Kampfhandlungen war damit ebenso nahezu vorprogrammiert wie die immer stärkere Fokussierung des westlichen Operationsschwerpunktes auf die Bekämpfung von Aufständischen.

1.1 Phasen der ISAF-Expansion

Ins Leben gerufen wurde die ISAF von Resolution 1386 (20. Dezember 2001) des UN-Sicherheitsrates. Allerdings wurde sie zunächst nicht von der NATO, sondern von einzelnen Staaten geführt. Erst am 9. August 2003 übernahm die Allianz die Verantwortung für die Führung, Planung und Unterstützung der ISAF-Mission. Nachdem der ISAF-Aktionsradius zu Anfang auf die afghanische Hauptstadt Kabul beschränkt war, ermöglichte die im Oktober 2003 verabschiedete UN-Sicherheitsratsresolution 1510 „die Ausweitung des

6 Vgl. zu den völkerrechtlichen Grundlagen des OEF-Einsatzes Afghanistan-Krieg, Bundeswehreininsatz und Völkerrecht Ein Gutachten von Prof. Dr. Norman Paech zum Antrag der Bundesregierung, URL: <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Voelkerrecht/gutachten.html> (09.09.2008).

7 Zusätzlich mobilisierte die Bundesregierung Marinekräfte, die seit dem zusammen mit den Verbündeten vor dem Horn von Afrika und um die arabische Halbinsel patrouillieren. Außerdem umfasste das Mandat für *Operation Enduring Freedom* Soldaten der ABC-Abwehr, des Sanitätsdienstes und des Lufttransports.

8 Diese Versicherung ist jedoch irreführend: KSK-Soldaten wurden in der Vergangenheit auch immer wieder unter dem ISAF-Mandat eingesetzt. Dies könnte auch weiterhin passieren - selbst dann, wenn deutsche Parlamentarier beschließen würden, dass es keinen deutschen Beitrag mehr zu OEF in Afghanistan geben solle. „Man kann auch Spezialkräfte unter dem ISAF-Mandat einsetzen“, bestätigt der für ISAF zuständige Befehlshaber im NATO-Operationshauptquartier in Brunssum (NL), General Egon Ramms. Über die KSK-ISAF-Einsätze erfahren Öffentlichkeit und Parlamentarier aber genauso wenig wie über KSK-OEF-Einsätze. Vgl. Haydt, Claudia/Marischka, Christoph, Wagner, Jürgen: Afghanistan: Die deutsche Rolle, in: AUSDRUCK (Oktober 2007).

9 So betont bspws. der CDU-Bundestagsabgeordnete Ruprecht Polenz: „Wir führen in Afghanistan keinen Krieg, sondern wir sind von der afghanischen Regierung eingeladen worden und arbeiten auf der Basis eines UN-Mandates.“ Vgl. Cremer, Uli: Die NATO zu Gast bei Freunden?, in: Sozialismus, 3/2007, S. 2-5.

10 Böge, Frederike: „Trennung zwischen OEF und Isaf nur für Europäer“, FAZ, 15.11.2007.

11 Deutscher Bundestag, Antwort der Bundesregierung, Drucksache 16/2380, 09.08.2006, S. 11. Hervorhebung JW.

schen mit ein, wie der CDU-Obmann im Auswärtigen Ausschuss, Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg, unterstreicht: „Wir waren dort nie neutral. Wir haben uns auch im ISAF-Mandat über das Ausmaß des Brunnenbauens hinaus engagiert. Dieses Mandat umfasst explizit die Bekämpfung von Aufständischen.“¹⁶ Da aber ein „Aufständischer“ von einem „Terroristen“ faktisch nicht zu unterscheiden ist, kämpfen NATO und OEF in Afghanistan Hand in Hand: „Dabei kann sie [die NATO] auch um die Unterstützung von OEF-Truppen bitten, wenn sie selbst nicht über die nötigen Kapazitäten oder Fähigkeiten verfügt. In der einen oder anderen schwierigen Situation, in der es darum geht, etwas militärisch durchzusetzen, kann OEF an der Seite von ISAF operieren, wenn es durch das OEF-Mandat abgedeckt ist“, sagte ISAF-Stabschef Generalmajor Bruno Kasdorf. „Wenn wir von Aufständischen sprechen, die zugleich einen terroristischen Hintergrund haben, dann ist so etwas im Rahmen des OEF-Mandats möglich.“¹⁷

Selbst auf Kommandoebene kann von einer Trennung beider Einsätze keine Rede sein: „Am deutlichsten sind die Überschneidungen beider Missionen im Osten Afghanistans zu beobachten, wo sowohl amerikanische Isaf-Truppen als auch amerikanische OEF-Truppen stationiert sind. Sie unterstehen demselben Kommandeur, General David Rodriguez. Gemeinsame Operationen stehen schon deshalb auf der Tagesordnung, weil alle amerikanischen Hubschrauber unter OEF-Kommando stehen. Sie werden regelmäßig bei Isaf-Einsätzen im Verantwortungsgebiet der amerikanischen Streitkräfte im Osten des Landes eingesetzt.“¹⁸

Vor diesem Hintergrund räumt die *Stiftung Wissenschaft und Politik*, eine der Bundesregierung direkt zuarbeitende Denkfabrik mit erheblichem Einfluss, recht unumwunden ein: „In der Einsatzrealität gibt es seitdem [seit der Ausweitung des NATO-Einsatzgebietes 2006] keinen substantiellen Unterschied mehr zwischen OEF-Operationen und *security operations* der ISAF.“¹⁹ Auch wenn gerade die Bundesregierung versucht das Gegenteil zu suggerieren, beide Truppen sind Schuld an der dramatischen Eskalation in Afghanistan – insbesondere ist die ISAF auch maßgeblich mitverantwortlich für die hohe Zahl an Zivilopfern.

1.3 Eskalation in Afghanistan

Unmittelbar nach Beginn der „Südausdehnung“ kam es zu schweren Auseinandersetzungen, seither ist die NATO praktisch permanent in schwerste Kampfeinsätze verwickelt.²⁰ Über die Jahre ist die militärische Lage der NATO immer kritischer geworden. Die ISAF stößt mit immer größeren Gruppen zusammen, deren Bewaffnung und Organisationsgrad sich ständig verbessert.²¹ Vor allem die „Lerneffekte“ aus dem Guerillakrieg im Irak haben zur Effektivierung des Widerstands beigetragen, indem dort „erfolgreich“ erprobte Kampfmaßnahmen übernommen wurden: „Von besonderer Besorgnis ist der offensichtlich Import von Taktiken, die im Irak perfektioniert wurden.“²²

Aus diesem Grund wurde das ISAF-Kontingent bereits mit der Süderweiterung von 9.000 auf 18.500 und nach der Ostexpansion auf über 30.000 Soldaten erhöht.²³ Doch hierdurch gelang es keineswegs, das Land zu „befrieden“ – im Gegenteil. Schon im November 2006 hatte der kanadische *Senlis Council*, ein Think Tank, der sich auf Afghanistan spezialisiert hat, in einem Bericht eindringlich vor der sich verschlechternden Sicherheitslage und dem Anwachsen des Widerstands gewarnt.²⁴ Ende desselben Jahres mehrten sich Stimmen, die vor einem Scheitern am Hindukusch warnten. So räumte US-Außenministerin Condoleezza Rice bereits damals ein, die Lage sei wegen der zunehmenden Gewalt „sehr schwierig.“²⁵ Deutlicher wurde Ex-NATO-Oberbefehlshaber Wesley Clark: „Wir sind nicht dabei, zu gewinnen.“²⁶

Seither hat sich die Situation weiter verschlimmert. So stieg die Zahl der Selbstmordattentate von 5 (2001 bis 2004) auf 17 (2005), dann auf 123 (2006) und schließlich 131 (2007) an.²⁷ Analog dazu nehmen auch die direkten bewaffneten Kämpfe zwischen NATO-Truppen und afghanischem Widerstand zu, wie bspws. aus einer Unterrichtung des Bundestages durch das Auswärtige Amt hervorgeht: „Die Sicherheitslage hat sich seit Ende 2005 deutlich verschlechtert, v.a. im Süden/Südosten. Der Anstieg von Sicherheitsvorfällen hat sich fortgesetzt: 1755 Vorfälle 2005, 3589 Vorfälle 2006, 6000 Vorfälle

16 „Wir waren in Afghanistan nie neutral“, *Der Spiegel*, 31.01.2007.

17 Böge 2007.

18 Ebd.

19 Noetzel, Timo/Zapfe, Martin: Aufstandsbekämpfung als Auftrag: Instrumente und Planungsstrukturen für den ISAF-Einsatz, SWP-Studie 2008/S 13, Mai 2008.

20 So etwa während der Operation „Medusa“ Mitte 2006, bei der nach NATO-Angaben mehr als 500 Afghanen und über zwanzig ISAF-Soldaten ums Leben kamen. Der ARD-Korrespondent Christoph Heinzle beschreibt die neue Qualität dieses Einsatzes folgendermaßen: „Klares Zeichen für den Kurswechsel war im Sommer 2006 die ‚Operation Medusa‘. Erstmals jagte die Isaf zusammen mit afghanischen Sicherheitskräften aktiv Aufständische im instabilen Süden Afghanistans. Die Verluste auf beiden Seiten waren hoch. Im Juli hatte die Nato-geführte Isaf das Kommando im Süden von der US-geführten Anti-Terrorkoalition übernommen. Nun sollten massive Militäroperationen in klar definierten Gebieten mehr Sicherheit schaffen, um Wiederaufbau zu ermöglichen. Seitdem gibt es von der Isaf so genannte Präzisionsluftangriffe gegen Taliban-Führer, Flächenbombardements, Artilleriegefechte. „Vgl. Cremer, Uli: Frequently Asked Questions zum Thema Afghanistan-Krieg im Vorfeld der Bundestags-Abstimmungen zur weiteren Aufstockung des Bundeswehr-Kontingents 2008, Überarbeitete Fassung 25.08.2008, URL: <http://www.gruene-friedensinitiative.de/texte/FAQ.pdf> (11.09.2008).

21 Landay, Jonathan S.: Afghanistan, 5 years later: U.S. confront Taliban's return, *McClatchy Newspapers*, 25.09.2006; Borchgrave, Arnaud De: Is The Middle Ages On The Comeback, *UPI*, 30.06.2006.

22 Vgl. *Senlis Council*: Stumbling into Chaos: Afghanistan on the brink, November 2007, S. 7.

23 NATO agrees to ISAF expansion across Afghanistan, *NATO Update*, 29.09.2006.

24 *Senlis Council* 2006.

25 Rice warnt vor Scheitern der Afghanistan-Mission, *Der Spiegel*, 13.09.2006.

26 Clark, Wesley: What We Must Do Now, *Newsweek*, 02.10.2006.

27 *Senlis Council* 2007, S. 30.

Ausweitung der ISAF-Besatzung	Westl. Todesopfer	Truppenstärke (ohne OEF)	Bewaffnete Zusammenstöße	Selbstmord-attentate
2003: auf Kabul beschränkt	57	5.600	k.a.	
2004: Nordausdehnung	58	8.000	k.a.	5 (2001-2004)
2005: Westausdehnung	130	10.000	1.755	17
2006 Juni Süd-, Oktober Ostausweitung	191	20.000	3.589	123
2007: Versuch der landesweiten Kontrolle	232	31.000	6.000	131
2008: Schwerpunkt: Aufstandsbekämpfung	64 (April)	52.700 (Juni)	8.000 (geschätzt)	k.a.

Tabella: Eskalation in Afghanistan

2007.²⁸ Vor diesem Hintergrund schlug der *Senlis Council* in einem weiteren Bericht Ende 2007 Alarm. Dort kam er zu dem Ergebnis, dass die Widerstandsgruppen weiter auf dem Vormarsch seien und die „Sicherheitslage mittlerweile die Dimension einer echten Krise angenommen hat.“²⁹ Bis Mitte 2008 haben sich die sicherheitsrelevanten Zwischenfälle nochmals um 27% erhöht.³⁰ Auch die Opfer unter den westlichen Truppen steigen kontinuierlich an. 2007 starben 232 NATO-Soldaten³¹, im Mai und Juni 2008 überstiegen die Verluste in Afghanistan sogar erstmals die im Irak.³²

Vor dem Hintergrund dieser Eskalation warnen mittlerweile mehr und mehr Beobachter vor einem drohenden Scheitern des NATO-Einsatzes, erste Auflösungserscheinungen im Bündnis sind beobachtbar. So äußerte sich der ehemalige Leiter des Planungsstabes im Verteidigungsministerium, Ulrich Weisser, Anfang 2008, man müsse „auch darüber nachdenken, sich ganz aus Afghanistan zurückzuziehen“³³ Davon will man in der NATO aber nichts wissen. Anstatt die gegenwärtige Strategie grundsätzlich zu überdenken, wird das NATO-Truppenkontingent immer weiter erhöht: im Jahr 2007 zunächst von 30.000 auf 43.000 Soldaten und nun auf 47.600 (Stand: 1. September 2008).³⁴ Zusätzlich kämpfen noch etwa 10.000 Soldaten im Rahmen der OEF in Afghanistan. Dennoch wird von vielen Seiten gefordert, die Truppenanzahl noch weiter erheblich zu vergrößern – nicht zuletzt

vom demokratischen Präsidentschaftskandidaten Barack Obama, der 10.000 weitere Soldaten entsenden will.³⁵

Gleichzeitig gehen die NATO-Truppen immer rücksichtsloser vor, weshalb die Opferzahlen unter der afghanischen Bevölkerung in den letzten Jahren erschreckend ansteigen. Laut dem neuesten Bericht des UN-Generalsekretärs kamen im Jahr 2007 über 8.000 Afghanen, davon mehr als 1.500 Zivilisten (bei hoher Dunkelziffer) ums Leben.³⁶ Vor allem die Bundesregierung versucht dabei den Eindruck zu erwecken, die Zivilopfer gingen nahezu ausschließlich auf das Konto des US-amerikanischen Anti-Terror-Einsatzes, selbst möchte man gerne seine Hände in Unschuld waschen. Dies ist jedoch nichts anderes als haltlose Propaganda. So berichtet ARD-Korrespondent Christoph Heinzle, die meisten toten Zivilisten, Soldaten und Talibankämpfer gingen auf Kämpfe mit ISAF-Beteiligung zurück.³⁷ Ungewöhnlich deutlich wurde diesbezüglich auch ISAF-Stabschef Bruno Kasdorf. Bezüglich der „Trennung“ zwischen OEF und ISAF-Einsätzen gab er zu Protokoll: „Da kann ich nur feststellen, dass 90 Prozent dieser Einsätze mit Unterstützung von Isaf geleistet werden und dass kein Einsatz von OEF stattfindet, ohne dass er mit uns koordiniert worden wäre. [...] Wenn wir - also Isaf - nicht damit einverstanden sind, dann werden sie auch nicht durchgeführt.“³⁸ Am bislang Schärfsten kritisierte der militärpolitische Berater der deutschen Botschaft in Kabul im Mai

28 Unterrichtung des Deutschen Bundestages durch das Auswärtige Amt über die relevanten Fragen der Entwicklung und des Wiederaufbaus in Afghanistan, Stand: 11. April 2008.

29 Senlis Council 2007, S. 7.

30 Unterrichtung des Deutschen Bundestages durch das Auswärtige Amt über die relevanten Fragen der Entwicklung und des Wiederaufbaus in Afghanistan, Stand: 26. Juni 2008.

31 Cremer 2008, S. 1.

32 Mehr internationale Soldaten in Afghanistan getötet als im Irak, Focus.de, 30.06.2008.

33 Kampfeinsätze, german-foreign-policy.com, 08.02.2008. Auch die renommierte *International Crisis Group* äußerte sich Anfang 2008 extrem besorgt: „Afghanistan ist noch nicht verloren, aber die Anzeichen sind nicht gut.“ Vgl. International Crisis Group: Afghanistan: The Need for International Resolve, Asia Report N°145, 6 February 2008.

34 NATO: ISAF placemat (Stand 1. September 2008).

35 Auken, Bill van: Obama outlines policy of endless war, Centre for Research on Globalization, 18.07.2008. Manche gehen sogar noch weiter. So fordert der *Senlis Council*, die ISAF-Truppenstärke auf insgesamt 80.000 Soldaten zu erhöhen. Vgl. Senlis Council 2007, S. 60.

36 Afghan death toll soars to 8,000 last year, The Guardian, 11.03.2008. Auch hier ist ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen. Dem Krieg fielen im Jahr 2005 schätzungsweise 4000 und im Folgejahr mehr als 5000 Menschen zum Opfer. Vgl. Dem Frieden eine Chance, ND Sonderbeilage, 19.07.2008, S. 2.

37 Paech, Norman: Es gibt keine militärische Lösung - Militär raus aus Afghanistan und Beendigung der Besatzung, Berlin, 10.10.2007, URL: <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Afghanistan/paech3.html> (10.09.2008).

38 Der nächste Verlust, german-foreign-policy.com, 12.10.2007.

2007 in einem Brief an das Auswärtige Amt das Vorgehen der NATO: „Die ständige Forderung nach Truppenverstärkung, die steigenden Kosten des militärischen Engagements, das Anwachsen eigener Verluste und die wachsende Zahl ziviler Opfer verdeutlichen die Ungeeignetheit und Ausweglosigkeit der militärischen Gewalt als Lösung der inneren und äußeren gesellschaftlichen Probleme Afghanistans. [...] Es ist unerträglich, dass unsere Koalitionstruppen und ISAF inzwischen bewusst Teile der Zivilgesellschaft [...] bekämpfen. [...] Es gibt keine Entschuldigung für das durch unsere westlichen Militärs erzeugte Leid.“³⁹ Die Ursache für die zahlreichen Opfer liegt nicht zuletzt darin, dass die NATO ihren Einsatzschwerpunkt in den letzten Jahren sukzessive immer weiter in Richtung offensiver Kampfhandlungen verschoben hat.

1.4 ISAF: Robuste Einsatzregeln zur Aufstandsbekämpfung

Neben der Entsendung von immer mehr Truppen und der Ausweitung des Einsatzgebietes reagierte die NATO vor allem mit der Änderung der Einsatzregeln (rules of engagement) auf die sich veränderte Sicherheitslage, ein Schritt, der maßgeblich zur Eskalation beitrug.

Diese Einsatzregeln legen die Kriterien und Umstände fest, unter denen NATO-Soldaten im jeweiligen Einsatz Gewalt einsetzen dürfen. Sie schrieben für Afghanistan lange Zeit vor, dass Waffengewalt ausschließlich zur Selbstverteidigung nach einem erfolgten Angriff angewendet werden durfte. Nicht zuletzt, weil man den Krieg mit der Süd- und Osterweiterung gezielt eskalieren wollte, wurden die Einsatzregeln bereits Anfang 2006 verändert. Seither ist auch die aktive Bekämpfung von Widerstandsgruppen erlaubt, wie bei einer NATO-Pressekonferenz Anfang Februar 2006 öffentlich wurde: „Das Mandat der ISAF ist es, ein sicheres Umfeld zu garantieren. [...] Das ist der Grund, weshalb unsere Kommandeure diese neuen robusten Einsatzregeln erhalten, um damit präemptive Operationen gegen mögliche Gefahren für unsere Truppen oder die afghanische Bevölkerung durchzuführen. Um es zusammenzufassen: Robustere Einsatzregeln.“⁴⁰

Auch in der Bundeswehr beklagte man sich lautstark. Angesichts der heftigen Auseinandersetzungen und der formalen Vorgabe, sich defensiv zu verhalten, sagte der ISAF-Sprecher für die Nordregion, Oberstleutnant Markus Werther: „Es wäre angemessen, den Auftrag zu transformieren und zu reformieren.“ Gleichzeitig machte er deutlich, dass „Stabilitätsexport“ im NATO-Stil nicht ohne Krieg zu haben ist: „Der Gedanke, wir machen in Afghanistan nur Wiederaufbau und sonst nichts, kann nicht funktionieren, da werden wir an die Wand gedrückt.“ Folglich gehe es darum, so Werthers Schlussfolgerung, die Einsatzregeln hin zur offensiven Kriegsführung zu modifizieren.⁴¹ Da sogar im vergleichsweise ruhigen Norden, wo sich die Bundeswehr-Einheiten aufhalten, die Lage immer gefährlicher wird, zog das Verteidigungsministerium die Notbremse: Zur „Erhöhung des Schutzes, der Durchhaltefähigkeit sowie der Effektivität“ des deutschen ISAF-Kontingentes erlies der „Führungsstab Streitkräfte“ am 15. September 2006 eine Weisung, die u.a. die Bereitstellung einer „gepanzten Reserve“ (Schützenpanzer MARDER 1A5) zum besseren Schutz der Soldaten vor Anschlägen anordnet. Insbesondere werden dort neue Einsatzregeln zur „Erhöhung der Handlungsfreiheit der Führer vor Ort“ ausgegeben, um aktiv gegen „gewaltbereite Kräfte“ vorgehen zu können. In Ziffer 7 des Erlasses wird unter dem Titel „Rechtliche Rahmenbedingungen“ daran erinnert, dass der Einsatz militärischer Gewalt bereits dann abgedeckt sei, „wenn ein Angriff unmittelbar bevorsteht.“⁴²

Damit veränderte sich endgültig der Charakter der vorgeblichen Friedens- und Stabilisierungsmission. Nüchtern stellt die *Stiftung Wissenschaft und Politik* diesbezüglich fest: „In ganz Afghanistan hat sich die ISAF-Mission seit 2006 von einer reinen Stabilisierungsoperation zu einem Einsatz mit dem Schwerpunkt Aufstandsbekämpfung entwickelt.“⁴³ Vor allem die USA drängen darauf, sich nahezu ausschließlich auf diese Aufgabe zu konzentrieren⁴⁴, aber auch in Deutschland rückt der Operationsschwerpunkt Aufstandsbekämpfung immer weiter in den Mittelpunkt des Afghanistan-Einsatzes.

Albanien	140	Finnland	80	Niederlande	1770	Schweden	290
Australien	1080	Frankreich	2660	Neuseeland	155	Mazedonien	135
Aserbaidshchan	45	Georgien	1	Norwegen	420	Türkei	725
Belgien	390	Griechenland	130	Österreich	1	Ungarn	200
Bulgarien	460	Island	8	Polen	1130	Ukraine	3
Deutschland	3220	Irland	7	Portugal	40	England	8380
Kanada	2500	Italien	2350	Rumänien	730	USA	17790
Kroatien	200	Jordanien	0	Singapur	0		
Tschech. Rep.	490	Lettland	70	Slowakei	70		
Dänemark	750	Litauen	200	Slowenien	70		
Estland	120	Luxemburg	9	Spanien	780	Gesamt ca.	47600

Die ISAF-Truppensteller

39 Haydt, Claudia/Buchholz, Christine: Bundeswehr raus aus Afghanistan! Warum Deutschland nicht am Hindukusch verteidigt wird, Die Linke o.j., URL: <http://tinyurl.com/5xqppg> (10.09.2008), S. 7.

40 Joint ISAF/CFC-A News Conference, 20.02.2006.

41 Petersen, Britta u.a.: Bundeswehr will präventiv zuschlagen, Financial Times Deutschland, 12.07.2006.

42 ISAF (D): Augenblick, Geopowers.com, 22.09.2006.

43 Noetzel/Zapfe 2008, S. 15.

44 Vgl. Veränderte Machtverhältnisse, german-foreign-policy.com, 18.12.2007.

Teil 2: Deutschland: Per Salamitaktik immer tiefer in den Krieg

Gerne wird von deutscher Seite die „Vorreiterrolle“ beim zivilen Wiederaufbau und die Führungsfunktion im Norden hervorgehoben: „Durch die Übernahme des Regionalkommandos Nord in Mazar-e Sharif und damit der internationalen militärischen Verantwortung für die gesamte Nordregion leisten die deutschen Streitkräfte einen wesentlichen und wichtigen Beitrag zum ISAF-Auftrag für ganz Afghanistan.“⁴⁵

Die Verbündeten bewerten das deutsche Engagement aber völlig anders. Weshalb, erläutert etwa die *Tagesschau*: „[Im] Norden, wo die Bundeswehr stationiert ist, ist es verhältnismäßig ruhig. Im Süden dagegen tobt der Kampf gegen die Taliban. Seit Wochen versucht die Nato mit massiven Kampfeinsätzen die Situation dort unter Kontrolle zu bekommen. Hunderte Taliban-Kämpfer wurden getötet, unter den Todesopfern sind aber zunehmend auch Nato-Soldaten, vor allem britische und kanadische.“⁴⁶ Noch deutlicher wird das *Handelsblatt*: „Noch wagt es niemand, das offen auszusprechen. [...] Im Süden des Landes ist der Krieg gegen die Taliban voll entbrannt. Da ist es nur eine Frage der Zeit, wann [NATO-Offizielle] ihre diplomatische Zurückhaltung aufgeben und noch mehr Einsatz fordern – auch und gerade von Deutschland. Denn bei Nato-Partnern wie Großbritannien oder den Niederlanden wächst der Unmut darüber, dass die Deutschen sich weigern, in gefährlichere Gebiete vorzurücken. [...] Am Nato-Sitz Brüssel macht bereits das böse Wort von der Schönwetter-Armee die Runde.“⁴⁷ Ab Mitte 2006 wurde der Unmut so groß, dass mancherorts jegliche diplomatische Zurückhaltung fallen gelassen wurde: „Ich kann es nicht mehr hören, dass die Bundeswehr in Afghanistan ist“, zitiert die *Welt* einen britischen Offizier. „Entscheidend ist doch wohl, dass die Deutschen nicht dort sind, wo sie gebraucht werden.“⁴⁸ Unmissverständlich kritisierte US-Verteidigungsminister Robert Gates die gegenwärtige Arbeitsteilung Anfang 2008: „In der Nato sollten nicht einige Verbündete den Luxus haben, sich nur für stabilisierende und zivile Operationen zu entscheiden und damit andere Verbündete zu zwingen, eine unangemessen große Last beim Kämpfen und Sterben zu tragen.“⁴⁹

Die Zurückhaltung der Bundesregierung begründet sich jedoch nicht etwa aus einer Ablehnung des gegenwärtigen NATO-Eskalationskurses. Vielmehr steht sie vor dem Problem, dass die überwiegende Mehrheit der deutschen Bevölkerung Kampfeinsätze der Bundeswehr in Afghanistan – und die daraus notwendigerweise resultierenden Toten – strikt ablehnt.⁵⁰ Deshalb bat Verteidigungsminister Franz-Josef Jung bei der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2008 die Verbündeten um „Verständnis“ für die diesbezüglichen Probleme der Bundesregierung. Sie müssten berücksichtigen, so Jung als Begründung, dass gerade in Deutschland aufgrund der „hohen Sensibilität mit unserer Geschichte“ eine große Skepsis gegenüber Bundeswehreinsetzungen vorherrsche.⁵¹

Obwohl also die Bundesregierung dem immer stärker werdenden Druck, sich militärisch zu beteiligen, nur allzu gerne nachgeben würde, ist sie aufgrund des innenpolitischen Widerstands dazu gezwungen, dabei schrittweise vorzugehen. Knut Mellenthin fasst dieses Kalkül treffend zusammen: „Ungewollt klar drückte sich der verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Rainer Arnold, aus: Die USA sollten begreifen, daß die Bundesregierung die deutsche Bevölkerung ‚mitnehmen‘ müsse. Mitnehmen wohin? In einen Krieg, den eine große und zunehmende Mehrheit der Bevölkerung eigentlich ablehnt. Deshalb wird die klassische Salamitaktik einer Vielzahl von Einzelschritten verfolgt.“⁵² Peu à peu verstrickt sich Deutschland damit immer tiefer in den blutigen Krieg am Hindukusch – Tornados, Quick Reaction Force und die territoriale und personelle Ausweitung des Bundeswehr-Mandates sind die diesbezüglich wichtigsten „Meilensteine“.

Dieses Engagement lässt sich die Bundesregierung einiges Kosten: Laut der SPD-Politikerin Ulrike Merten hat Deutschland für seinen Militäreinsatz in Afghanistan bislang mehr als 2,6 Milliarden Euro ausgegeben. Für das Planjahr 2008 waren ursprünglich 487 Mio. Euro eingestellt, benötigt werden aber sicher über 500 Mio.⁵³ Mit diesen hohen Ausgaben verspricht man sich nicht zuletzt, eine effektive Wahrung der deutschen Interessen in Afghanistan.

45 Deutscher Bundestag, Antrag der Bundesregierung, Drucksache 16/2573, 13.09.2006, S. 3.

46 Nato-Kritik an deutscher Zurückhaltung wächst, tagesschau.de, 21.09.2006. Selbst die Bundesregierung räumt diese Teilung ein: „Der Anstieg der sicherheitsrelevanten Zwischenfälle in den letzten Monaten reflektiert die bisherige Zweiteilung des Landes in einen vergleichsweise ruhigeren Norden und Westen und einen deutlich unruhigeren Süden und Osten.“ Antwort der Bundesregierung, Drucksache 16/2380, S. 2.

47 Bonse, Eric: In der Kampfzone, Handelsblatt, 13.09.2006.

48 Afghanistan: Unmut über die Bundeswehr wächst, Welt.de, 14.09.2006.

49 Gates, Robert: Rede auf der 44. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik, 10.02.2008.

50 Vgl. ARD-Deutschlandtrends, 4./5.02.2008.

51 Jung, Franz-Josef: Die Welt in Unordnung - veränderte Machtverhältnisse, fehlende Strategien, Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz, 08.02.2008.

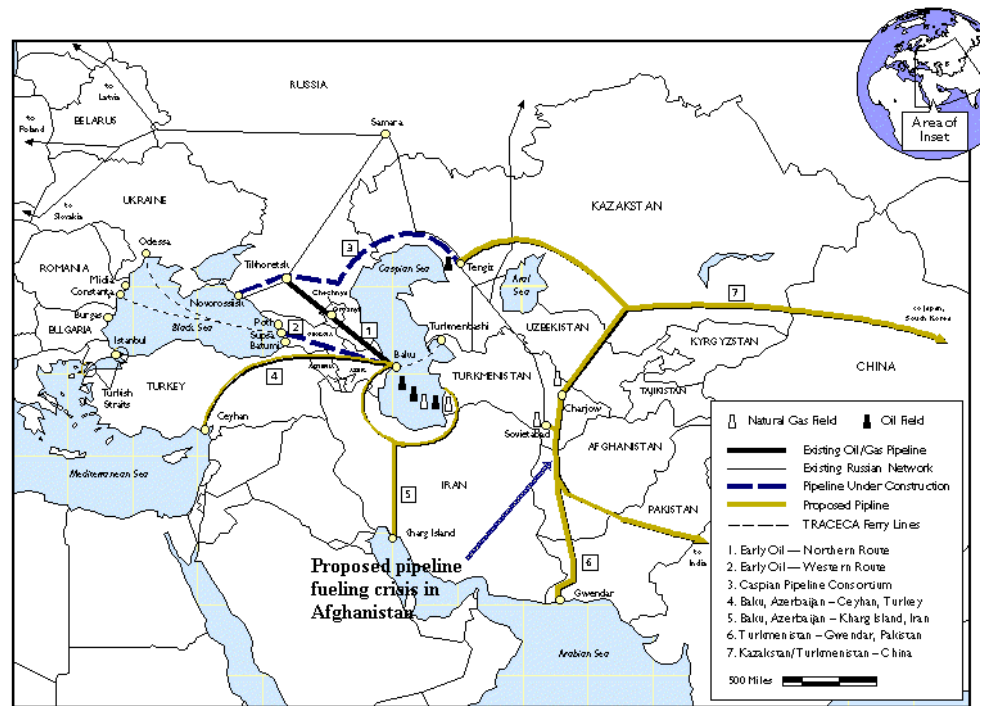
52 Mellenthin, Knut: Abgekartetes Spiel, Junge Welt, 04.02.2008.

53 Cremer 2008, S. 3.

2.1. Deutsche Kriegsinteressen

Deutschland spielt eine führende Rolle beim Aufbau neoliberaler Wirtschaftsstrukturen in Afghanistan. Nicht zuletzt zugunsten deutscher Konzerne werden dabei die Märkte des Landes für ausländische Güter und Investitionen geöffnet (siehe Kapitel 4). Ohne eine „Befriedung“ des Landes sind die erhofften Gewinne aber nicht zu realisieren. So schreibt das *Bundesamt für Außenwirtschaft*: „Voraussetzungen für die Nutzung dieser Potenziale sind aber die Verbesserung der Sicherheitslage, die Schaffung rechtlicher Rahmenbedingungen und die Wiederherstellung der Infrastruktur. Derzeit verschrecken aber unzählige Anschläge (selbst auf der Hauptverbindungsstraße des Landes von Kabul nach Kandahar) potentielle Investoren und Hilfsorganisationen bzw. treiben die Kosten für Sicherheitsmaßnahmen rasant in die Höhe.“⁵⁴ Deshalb bezeichnet der ehemalige Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Lothar Rühl, die „Sicherung der westlichen Investitionen in das neue Afghanistan“ als eine der Hauptaufgaben der Bundeswehr.⁵⁵

Darüber hinaus spielt die Absicherung und Kontrolle der deutschen Rohstoffversorgung auch im Kontext des Afghanistan-Einsatzes eine wichtige Rolle.⁵⁶ Das Land war lange Zeit als alternative Transitroute zum Abtransport der erheblichen kaukasischen und zentralasiatischen Energievorkommen vorgesehen, was aber durch die Taliban verhindert wurde. Obwohl das Pipeline-Projekt mittlerweile aufgrund verschiedener Faktoren an Bedeutung verloren hat⁵⁷, gilt Afghanistan weiterhin nicht nur in US-Sicherheitskreisen als „das südliche Tor zu den riesigen Öl- und Gasvorkommen Turkmenistans, Kasachstans und Aserbaidschans; ebenso zum großen Goldproduzenten Usbekistan und zu Tadschikistan, wo die größten Silbervorkommen lagern. Für diese Bodenschätze gibt es nur drei Transportwege an die Weltmeere. [...] Aus Sicht westlicher Interessenten würde die Pakistan-Route zu einer besseren Risikoverteilung beitragen, doch dafür braucht man ein stabiles Afghanistan“, wie Berndt-Georg Thamm, Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft, für das Magazin *Europäische Sicherheit* schreibt.⁵⁸ Dass die Region auch von höchsten Stellen als geopolitisches Filetstück betrachtet wird, dessen Kontrolle es zu sichern gilt, bestätigt Außenminister Frank-



Oil and Natural Gas Export Infrastructure in Central Asia and the Caucasus

Source: U.S. Department of State.

Walter Steinmeier: „Es geht um eine Region mit gewaltigen Energieressourcen. [...] Ich meine den Schwarzmeerraum und Zentralasien: beides Regionen mit einem enormem Potential für die Zusammenarbeit; beides Regionen, die wir deshalb während unserer Präsidentschaft in den Fokus europäischer Außenpolitik gerückt haben. [...] Das macht uns zu einem Spieler in einer Region, die nicht nur als Energie- und Transportkorridor heftig umworben wird, sondern die auch eine wichtige Brückenfunktion hat: in den Nahen und Mittleren Osten oder hin zum Kaspischen Meer.“⁵⁹

Zugleich stellt Afghanistan ein wichtiges Aufmarschgebiet an der Südflanke Russlands dar. Vor allem Washington will mit einer Truppenpräsenz russischen Einflussgewinnen entgegenwirken, insbesondere nachdem sich in den letzten Jahren mit der *Shanghai Cooperation Organization* eine Art Anti-NATO unter russisch-chinesischer Führung herausgebildet hat, die versucht den westlichen Einfluss in Eurasien zurückzudrängen.⁶⁰ Schon vor über zehn Jahren beschrieb einer der wichtigsten US-Strategen, Jimmy Carters ehemaliger Nationale Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski, anschaulich die diesbezüglichen Imperative imperialer Geopolitik. Die US-Vormachtstellung müsse unter allen Umständen bewahrt werden. Hierfür sei es erforderlich, dass die NATO als „Brückenkopf“ der USA in Eurasien expandiere und ein machtpolitischer Wiederaufstieg Russland unbedingt verhindert werde. Dies bedinge wiederum, dass geostrategisch bedeutsame Regionen

⁵⁴ Investoren kehren Afghanistan den Rücken, Bundesamt für Außenwirtschaft, 19.08.2008, URL: <http://tinyurl.com/5n3rnt> (11.09.2008).

⁵⁵ Rühl, Lothar: Deutsche Sicherheitsinteressen in Afghanistan, Strategie und Technik, Juli 2007.

⁵⁶ Vgl. Wagner 2002.

⁵⁷ Der Grund liegt darin, dass einerseits die tatsächlich entdeckten Vorräte in der kaspischen Region erheblich hinter den Erwartungen blieben und andererseits, dass es den USA im Jahr 2006 gelang, mit der Trasse Baku-Tiflis-Ceyhan eine Alternative zur Afghanistanroute zu etablieren, die ebenfalls Russland und den Iran umgeht.

⁵⁸ Haydt/Marischka/Wagner 2007.

⁵⁹ Auf dem Weg zu einer europäischen Ostpolitik. Die Beziehungen Deutschlands und der EU zu Russland und den östlichen Nachbarn, Rede von Frank-Walter Steinmeier, 04.03.2008, URL: <http://tinyurl.com/4kvsom> (10.09.2008).

⁶⁰ Vgl. Wagner, Jürgen: Der Russisch-Europäische Erdgaskrieg: NABUCCO, die Gas-OPEC und die Konturen des Neuen Kalten Krieges, Studien zur Militarisierung Europas 30/2007.

dem Zugriff Moskaus entzogen würden – dazu gehöre neben dem Südkaukasus, also Armenien, Aserbaidschan und Georgien, an der Südflanke Russlands, auch Afghanistan.⁶¹ Wie anhand des Verhaltens im Konflikt mit Georgien zu sehen ist, positioniert sich die Bundesregierung in dieser geopolitischen Auseinandersetzung zunehmend an der Seite der USA und stützt damit die Versuche, Russland einzudämmen.⁶²

Schließlich ist festzuhalten, dass was für die NATO als Ganzes gilt, nämlich dass der Einsatz in Afghanistan schon allein deshalb „erfolgreich“ beendet werden muss, weil sich ansonsten jeder weitere ähnlich gelagerte Kriegseinsatz auf absehbare Zeit erledigt hat, auch für Deutschland zutrifft: „Was auf dem Spiel steht, ist nicht nur die Wirksamkeit der Vereinten Nationen und der Zusammenhalt der Nato-Staaten, sondern auch die Glaubwürdigkeit der deutschen Politik als Ordnungsfaktor in der neuen Weltordnung.“⁶³ Genau dies – der Aufstieg Deutschlands zum Global Player mitsamt ständigem Sitz im UN-Sicherheitsrat – ist ohnehin eine der wichtigsten Triebfedern hinter dem Umbau der Bundeswehr von einer – wenigstens formal – auf die Landesverteidigung ausgerichteten Truppe zu einer auf globale Interventionskriege ausgerichteten „Armee im Einsatz“.⁶⁴ Das zunehmende militärische Engagement soll Deutschland mehr Gewicht in den internationalen Beziehungen verschaffen.⁶⁵

Da der Einsatz in Afghanistan – neben dem im Irak – der derzeit wichtigste Kriegsschauplatz der Welt ist, ist es nicht verwunderlich, dass derlei Überlegungen auch für die deutsche Beteiligung eine wichtige Rolle spielen. Joschka Fischer, einer der Hauptarchitekten der neueren deutschen Kriegspolitik, erklärte den Sinn und Zweck des deutschen Engagements in Afghanistan folgendermaßen: „Die Entscheidung ‚Deutschland nimmt nicht teil‘ würde auch eine Schwächung Europas bedeuten und würde letztendlich bedeuten, dass wir keinen Einfluss auf die Gestaltung einer multilateralen Verantwortungspolitik hätten. Genau darum wird es in den kommenden Jahren gehen. [...] Das Maß der Mitbestimmung richtet sich nach dem Maß des Mitwirkens.“⁶⁶ Der Friedensforscher und Afghanistan-Experte Conrad Schetter bringt die Interessenslage folgendermaßen auf den Punkt: „Dass der Stellenwert des Einsatzes der Bundeswehr in Afghanistan höher ist

als bei den vorangegangenen in Somalia oder auf dem Balkan, liegt vor allem an den deutschen Ambitionen auf einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat. Als Voraussetzung hierfür gilt die Übernahme größerer sicherheitspolitischer Verantwortung.“⁶⁷ Innerhalb des Militärs macht man sich über die machtpolitischen Hintergründe des Einsatzes jedenfalls keine Illusionen. So beschwerte sich ein KSK-Soldat gegenüber dem Stern-Journalisten Uli Rauss, die Bundesrepublik wolle einen ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat, „und wir werden dafür verheizt.“⁶⁸

2.2 Die Bundeswehr im Süden Afghanistan

Wie zuvor bereits angedeutet entzündeten sich hinsichtlich der Kriegsführung in Afghanistan derzeit innerhalb der NATO heftige Konflikte. Stein des Anstoßes sind die so genannten „caveats“, Sonderregeln, in denen jedes NATO-Mitglied gesondert festlegt, wie weit sich seine Truppen in die Kriegsführung am Hindukusch verstricken dürfen.

Insbesondere Deutschland steht diesbezüglich heftig in der Kritik, da es sich weigert, Soldaten in den umkämpften Süden zu entsenden, was vom ehemaligen Vorsitzenden des NATO-Militärkomitees Klaus Naumann aufs Schärfste kritisiert wird: „Es ist an der Zeit für Deutschland zu entscheiden, ob es ein verlässlicher Partner sein will.“ Indem sie auf Sonderregeln bestehe, leiste die Bundesregierung einen Beitrag zur „Auflösung der Nato.“⁶⁹ Ein Anfang 2008 veröffentlichtes Grundlagendokument, an dem neben Naumann auch andere hochrangige NATO-Strategen mitgearbeitet haben, forderte deshalb auch, sämtliche caveats „soweit wie möglich abzuschaffen.“⁷⁰ Selbst NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer betont mittlerweile nachdrücklich die Notwendigkeit, „Limitierungen der Truppen, die so genannten caveats, aufzuheben.“⁷¹

Zwar will die Bundesregierung offiziell (noch) nichts von einem umfangreichen Einsatz im Süden wissen, doch bereits heute besteht die Möglichkeit, dass deutsche Truppen in diese am härtesten umkämpfte Region entsendet werden. Denn das betreffende Bundestagsmandat ist keineswegs ausschließlich auf die Nordregion beschränkt: „Darüber hinaus sind das deutsche ISAF-Kontingent, deutsche Soldaten in NATO-

61 Brzezinski, Zbigniew: Die einzige Weltmacht: Amerikas Strategie der Vorherrschaft, Berlin 1997.

62 Vgl. Hantke, Martin: „Alles wieder offen“: Georgienkrieg und imperiale Geopolitik, IMI-Studie 2008/10.

63 Stürmer, Michael: Deutsche Soldaten am Hindukusch, Die Welt, 29.07.2007.

64 Vgl. Pflüger, Tobias: Die Transformation der Bundeswehr: Dimensionen eines Paradigmenwechsels von der Verteidigung zur Intervention, in: AUSDRUCK (Februar 2008).

65 Diese Denkfigur setzte sich bereits kurz nach dem Ende des Kalten Krieges durch. Schon vor Langem gab CDU-Vordenker Karl Lamers die Devise aus, dass die „Teilnahme an internationalen Militäraktionen eine notwendige Voraussetzung für deutschen Einfluss in der Weltpolitik“ sei. Auch die Verteidigungspolitischen Richtlinien von 1992 gaben an, die Fähigkeit zur „Einflußnahme auf die internationalen Institutionen und Prozesse im Sinne unserer Interessen [sei] gegründet auf unsere Wirtschaftskraft, unseren militärischen Beitrag.“ Vgl. Theiler, Olaf: Die NATO im Umbruch, Baden Baden 2003, S. 284.

66 Cremer 2008, S. 17.

67 Ebd.

68 Vgl. Haydt/Marischka/Wagner 2007.

69 Traynor, Ian: Pre-emptive nuclear strike a key option, Nato told in Brussels, The Guardian, 22.01.2008.

70 Naumann, Klaus/Shalikhshvili, John/Lord Inge/Lanxade, Jacques/Breemen, Henk van den: Towards a Grand Strategy for an Uncertain World: Renewing Transatlantic Partnership, URL: [http://www.worldsecuritynetwork.com/documents/3eproefGrandStrat\(b\).pdf](http://www.worldsecuritynetwork.com/documents/3eproefGrandStrat(b).pdf) (21.01.2008), S. 126.

71 Scheffer, Jaap de Hoop, Rede auf der 44. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik, 09.02.2008. Diese Forderung ist mittlerweile omnipräsent. So äußerte sich auch Victoria Nuland, bis Juli 2008 US-Botschafterin bei der NATO: „Wir bitten alle Nationen, ihre Soldaten dort einzusetzen, wo sie gebraucht werden und die Einsatzbeschränkungen aufzuheben, die dafür sorgen, dass sie nicht im Süden eingesetzt werden können.“ Ebenso kritisierte Ex-NATO-Oberbefehlshaber James Jones, es gebe „ein ernsthaftes Problem mit den Einsatzbeschränkungen in Afghanistan.“ Vgl. Nato-Kritik an deutscher Zurückhaltung wächst, tagesschau.de, 21.09.2006.

Stäben wie auch deutsche Anteile an NATO-Verbänden (z.B. NATO-Fernmeldebataillone) in der Lage, bei Bedarf neben dem operativen Schwerpunkt ISAF-Nordregion die ISAF-Operation zeitlich und im Umfang begrenzt in anderen Regionen zu unterstützen, sofern dies zur Erfüllung des ISAF-Gesamtauftrages unabweisbar ist.⁷² Dementsprechend besteht schon heute die Tendenz zu einer schleichenden Integration der deutschen Militärpräsenz auch in den Einsatz im Süden. So führt die Bundeswehr Unterstützungsflüge (überwiegend MEDEVAC) in den Süden durch und entsendet dorthin Austauschoffiziere sowie Fernmeldesoldaten.⁷³ Darüber hinaus ist Deutschland die wichtigste Säule der ISAF-Logistik: „40 Prozent des Materialtransports der ISAF-Truppe in Afghanistan und 45 Prozent der Personaltransporte am Hindukusch übernimmt die Bundeswehr. Wohlgedacht: nicht nur im deutschen Verantwortungsbereich im Norden, sondern im ganzen Land.“⁷⁴

Allerdings reichte den Verbündeten diese – zahlenmäßig tatsächlich geringe – Beteiligung der Bundeswehr bei weitem nicht aus, schrittweise vergrößerte die Bundesregierung deshalb den deutschen Beitrag an der Kriegsführung.

2.3 Schritte über den Rubikon 1: Tornado-Einsatz

Vor dem Hintergrund wachsender Beschwerden der Verbündeten, sich stärker zu beteiligen, versuchte die Bundesregierung mit der Entsendung von Tornados einen Kompromiss zu finden. Nachdem das Bundeskabinett die Verlegung der Recce-Tornados am 7. Februar 2007 beschlossen hatte, sollte der Bundestag ursprünglichen Planungen zufolge erst gar nicht mehr über den Einsatz abstimmen dürfen.

Da aber zusätzlich zu den mit Kamerasystemen zur Luftaufklärung ausgestatteten und mittlerweile in Mazar-i-Scharif stationierten Tornados auch 500 weitere Bundeswehrsoldaten in den Krieg geschickt werden sollten, wurde damit die Mandatsobergrenze von damals noch 3.000 Soldaten überschritten. Nachdem dies realisiert wurde, ruderte die Regierung zurück und räumte dem Bundestag die Möglichkeit ein, den ohnehin gefällten Beschluss wenigstens formal abzunicken. Am 9. März 2007 beschloss darauf hin der Bundestag die Entsendung der Tornados. Allerdings verlief die ganze Angelegenheit keineswegs so reibungslos, wie sich das die Bundesregierung vorgestellt hatte: immerhin 157 Parlamentarier, davon allein 69 aus der SPD und fünf aus der Union, lehnten den Antrag ab - mit gutem Grund.

Haupt Sorge der Abgeordneten bestand – zu Recht - darin, dass sich Deutschland mit der Tornado-Entsendung endgültig und dauerhaft zum Komplizen des US-amerikanischen „Kriegs gegen den Terror“ machen würde. Denn bislang hatte man sich – ungeachtet aller mehr oder weniger verdeckten Unterstützungsleistungen⁷⁵ – offiziell weitgehend aus dem

US-Kreuzzug herausgehalten. Da die Tornados, deren Aufgabe es ist, Zieldaten für anschließende Bombardierungen zu sammeln, auch im Süden Afghanistans eingesetzt werden können, stellte sich automatisch die Frage, ob die gesammelten Aufklärungsdaten ausschließlich der NATO-ISAF-Mission oder eben auch der OEF zur Verfügung gestellt werden. Sollte dies nämlich der Fall sein, sahen viele Abgeordnete hierin richtigerweise einen eklatanten Widerspruch zu der im Bundestagsmandat vorgeschriebenen Trennung beider Missionen.

Das Tornado-Mandat lieft sich diesbezüglich extrem schwammig: „Der ISAF-Operationsplan sieht eine *restriktive Übermittlung* von Aufklärungsergebnissen an OEF vor. Die Übermittlung erfolgt nur, wenn dies zur erfolgreichen Durchführung der ISAF-Operation oder für die Sicherheit von ISAF-Kräften erforderlich ist.“⁷⁶ Diese Formulierung lässt genügend Spielraum, um sich hierdurch aktiv am US-geführten OEF-Einsatz zu beteiligen. Und tatsächlich zeigen die Aussagen von Verteidigungsminister Franz-Josef Jung, wie „restriktiv“ diese Informationsübermittlung in der Praxis gehandhabt wird. Auf die Frage, ob er ausschließen könne, „dass die Informationen, die die Aufklärungsflüge der Tornados bringen, auch zur Vorbereitung von Kampfeinsätzen im Rahmen der ‚Operation Enduring Freedom‘ herangezogen werden?“ antwortete er: „Ich kann das nicht ausschließen, und ich will es auch nicht ausschließen. Eines muss klar sein: Auch die Terrorismusbekämpfung ist ein zentraler Aspekt.“⁷⁷

Der Tornado-Einsatz dient also direkt der Unterstützung von Bombenangriffen sowohl von der ISAF als auch der OEF. Da der Tornado-Einsatz im Herbst 2007 in das deutsche ISAF-Mandat integriert wurde, hat sich Deutschland hierdurch zu einem integralen Bestandteil des „Kriegs gegen den Terror“ gemacht, wie der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes Bernhard Gertz unmissverständlich klar macht: „Da muss nicht notgeholfen werden, sondern da wird man Bestandteil des militärischen Kampfes gegen die Terroristen wie Taliban und al-Qaida.“⁷⁸

Mindestens genauso problematisch ist aber die Tatsache, dass mithilfe der Tornado-Aufklärungsdaten Bombardierungen durchgeführt werden, bei denen massenweise Zivilisten ums Leben kommen. Mit der Entsendung der Tornados macht sich Deutschland somit unweigerlich zum Mittäter, wie Walter Jertz, bis vor kurzem Chef des Luftwaffenführungskommandos, bestätigt: „Es muss der Bevölkerung deutlich gemacht werden, dass zwar die Aufklärungstornados nicht unmittelbar in Kampfhandlungen verwickelt werden, aber das Liefern von Fotos der Aufklärungstornados kann im Süden von Afghanistan dazu führen, dass Kampfhandlungen durchgeführt werden. Und das kann auch bedeuteten, dass Zivilisten zu Schaden kommen und dieses wollen wir natür-

72 Antrag der Bundesregierung, Drucksache 16/2573, S. 3.

73 Vgl. Haydt/Marischka/Wagner 2007.

74 Die Ausnahme ist schon längst die Regel, Focus.de, 10.09.2008, URL: <http://blog.focus.de/wiegold/?p=513> (11.09.2008).

75 Vgl. Pflüger, Tobias: Die deutsche Unterstützung für den Krieg gegen den Irak, 14.03.2006, URL: <http://tobiaspflueger.twoday.net/stories/1704880/> (11.10.2008).

76 Antrag der Bundesregierung: Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz einer Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan, Drucksache 16/4298, 08.02.2007, S. 3. Hervorhebung JW.

77 Verteidigungsminister Dr. Franz Josef Jung im Interview mit der Welt am Sonntag, 04.02.2007, URL: <http://tinyurl.com/3fknt7> (11.09.2008).

78 Ausweitung der Flugzone, Süddeutsche Zeitung, 26.01.2007.

Häuserkampf in Falludscha - Vorbild für die Bundeswehr

„Die Stadt Falludscha liegt ca. 50 Kilometer westlich von Bagdad. Sie war aus Sicht der US-Geheimdienste und Militärs seit langem eine ausgesprochene Hochburg des Widerstands. Am Montag, den 8. November 2004, begannen alliierte Streitkräfte im Rahmen der Operation *Phantom Fury*, die Stadt von Widerstandskämpfern zurückzuerobern. [...] Das offensive Vorgehen gegen die Widerstandsnesten sollte einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung der für Januar 2005 vorgesehenen Wahlen leisten.“

Als vorbereitende Maßnahme waren im Verlauf des Oktobers wiederholt begrenzte Luftangriffe durch Flugzeuge, Hubschrauber und unbemannte Luftfahrzeuge durchgeführt worden. Die eigentliche Bodenoperation begann am 8. November. Verschiedene Truppenkontingente, wie Kräfte der irakischen Armee, des US-Heeres und der US-Marineinfanterie (Marines) tasteten sich an die Stadt heran. Zu diesem Zeitpunkt schätzten die US-Militärs, dass sich ‚nur‘ noch 30.000-90.000 Zivilisten vor Ort befanden.

Insgesamt waren ungefähr 12.000 Soldaten aufmarschiert. Am 9. November drangen die Bodentruppen in die Stadt vor und führten 10 Tage lang einen intensiven Häuserkampf gegen ihre Widersacher. [...] Die schweren Probleme, denen sich die US-Streitkräfte in Falludscha gegenüber sahen, untermauern die Dringlichkeit einer intensiveren Berücksichtigung des Gefechtsraums *Stadt*.“

Quelle: Sascha Lange: Falludscha und die Transformation der Streitkräfte – Häuserkampf in Städten als dominante Kernfähigkeit der Zukunft? SWP-Diskussionpapier, Januar 2005, S. 3.



Falludscha nach dem Angriff der US-Streitkräfte

lich letztlich auch offen aussprechen, dieses müssen wir auch offen aussprechen.“⁷⁹

Wie bereits erwähnt, ist zwar auch die ISAF selbst massiv an der Tötung von Zivilisten beteiligt, die USA gehen im Rahmen von OEF aber noch rücksichtsloser vor. Hierzu bemerkte Bundeswehrverbandschef Bernhard Gertz: „Was die Verbündeten gemacht haben, ist nicht hinnehmbar. Da wurden mit Bomben aus der Luft angebliche Ziele bekämpft und in nicht tolerablem Ausmaß Unschuldige getroffen. Zur Unterstützung dieser Kampfführung sollten wir keine Aufklärungsergebnisse unserer Tornados bereitstellen.“⁸⁰ Die Weitergabe der Tornado-Aufklärungsdaten an OEF stellt damit nichts anderes als Beihilfe zu Kriegsverbrechen dar. Das von Deutschland unterzeichnete Statut des Internationalen Gerichtshofes (Artikel 8,2b,iv) verbietet eindeutig ein „vorsätzliches Führen eines Angriffs in der Kenntnis, dass dieser auch Verluste an Menschenleben, die Verwundung von Zivilpersonen, die Beschädigung ziviler Objekte oder weit reichende, langfristige und schwere Schäden an der natürlichen Umwelt verursachen wird, die eindeutig in keinem Verhältnis zu dem insgesamt erwarteten konkreten und unmittelbaren militärischen Vorteil stehen.“ Der frühere parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium und CDU-Bundestagsabgeordnete Willy Wimmer jedenfalls sieht diesen Tatbestand durch die Tornado-Entsendung mehr als erfüllt: „Die deutschen Piloten, die mit diesen Flugzeu-

gen die Dörfer ausfindig machen, die anschließend von den Amerikanern zerstört werden, sind damit auf dem direkten Flug nach Den Haag. Wenn man - im Sinne der vielzitierten Kollateralschäden - Menschen aus der Luft bekämpft, fliegt jeder Pilot direkt in die Kriegsverbrechen hinein.“⁸¹

Mit der Entsendung der Tornados war taktisch geschickt ein entscheidender Schritt getan: Einerseits konnte sich die Bundesregierung hinstellen und Forderungen nach Bodentruppen mit Blick auf die diesbezüglich extrem hohe Ablehnung in der eigenen Bevölkerung mit deutlichen Worten ablehnen. Auf der anderen Seite diente der Verweis, man könne aus Gründen der Bündnissolidarität ja schließlich nicht jede Maßnahme verweigern, dazu, die eigene Kriegsführung in Afghanistan weiter zu verschärfen, ohne dass dies auf größeren Widerstand gestoßen wäre. Doch dabei handelte es sich erst um den ersten Schritt, weitere sollten folgen.

2.4 Schritte über den Rubikon II: Die Quick Reaction Force

Nicht nur den Widerstandsgruppen dient der extrem blutige Krieg im Irak als Vorbild. Ausgerechnet eine Analyse der regierungsnahen *Stiftung Wissenschaft und Politik* plädierte bereits im Januar 2008 dafür, die Bundeswehr müsse das von den USA im Irak angewandte Aufstandsbekämpfungskonzept für Afghanistan übernehmen. „Wie im Irak bestehen auch

⁷⁹ Kobylinski, Alexander/Caroline, Walter: Krieg oder Frieden? – Streit um den Einsatz von Tornados, Kontraste, 15.02.2007.

⁸⁰ Bundeswehrverband stellt Bedingungen an Tornado-Einsatz, Spiegel Online, 20.01.2007.

⁸¹ Weiland, Severin: Tornados in Startposition, Spiegel Online, 27.01.07.

dort klassische Herausforderungen durch Aufständische, die möglichst wirksam bekämpft werden müssen. [Deshalb ist] die militärische Präsenz der Koalitionstruppen in der Fläche und die Durchführung gezielter offensiver Operationen gegen radikale Aufständische notwendig.“ Generell gehe es für Deutschland und die NATO darum, den „Operations-schwerpunkt Aufstandsbekämpfung“ in den Mittelpunkt der Planung zu rücken.⁸²

Auch Politiker fordern immer unumwundener ein offensiveres Vorgehen der Bundeswehr. Dementsprechend äußerte sich Außenminister und SPD-Kanzlerkandidat Frank Walter Steinmeier im Februar 2008, deutsche Soldaten müssten die Sicherheit in Afghanistan „auch durch Gebrauch von Schusswaffen“ gewährleisten. Das deutsche Engagement reduziere sich nicht „auf Schulenbauen und Brunnenherrichten.“⁸³ Einen Monat später stimmte Verteidigungsminister Jung die Bevölkerung auf die nächsten Eskalationsschritte ein: „Der Charakter unserer Einsätze wird sich den Herausforderungen anpassen müssen! Neben den Schwerpunkten der Stabilisierung und militärischen Absicherung von Wiederaufbaumaßnahmen werden künftig mit der Aufgabe ‚Herstellen von Sicherheit‘ *robustere Maßnahmen* ins Zentrum rücken. Gerade in Afghanistan müssen wir uns auf ein schwieriges Umfeld einstellen.“⁸⁴

Unermüdlich fordert die *Stiftung Wissenschaft und Politik* in einer Studie nach der anderen, die Bundesregierung müsse in Afghanistan „zukünftig vermehrt offensive Operationen unterstützen.“⁸⁵ Doch die SWP-Strategen sehen mittlerweile Licht am Ende des Tunnels. Vor allem die seit Ende 2007 diskutierte Übernahme der Quick Reaction Force (QRF) durch die Bundeswehr bewertet der Think Tank als Schritt in die richtige (offensive) Richtung: „Anstoß zur Veränderung bietet sich mit dem angekündigten Abzug der norwegischen schnellen Eingreiftruppe der QRF: Würde Deutschland diese Kräfte ersetzen, verfügten die deutschen Kommandeure künftig über Fähigkeiten, die ihnen eigenständige und mit den afghanischen Sicherheitskräften integrierte offensive Operationen ermöglichen.“⁸⁶

Offiziell erfolgte dieser Schritt, für den sich bspws. der Generalinspekteur der Bundeswehr, Wolfgang Schneiderhan, schon seit November 2007 eingesetzt hatte, am 30. Juni 2008.⁸⁷ Die 205 Soldaten des 212. Panzergrenadierbataillons werden im Norden und Westen Afghanistans eingesetzt und haben laut ihrem Kommandeur, Oberstleutnant Gunnar Brüchner, die Aufgabe „zu helfen, zu retten, zu schützen, zu unterstützen und natürlich überall zu kämpfen, wo solch eine

Truppe gebraucht wird und angemessen ist.“ Die QRF sei für „alle Eskalationsstufen“ ausgebildet.⁸⁸

Zum Aufgabenspektrum dieser Schnellen Eingreiftruppe, die ihr Hauptquartier in Mazar-i Sharif hat, gehört laut Bundeswehr nicht nur der „Einsatz gegen militante Kräfte im Einsatzgebiet, die die Sicherheitslage gefährden“, sondern auch „gewaltbereite Menschenmengen mit nichtletalen Mitteln unter Kontrolle zu bringen.“⁸⁹ Ähnlich äußerte sich auch Thomas Raabe, der Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums, zu den Zielen der QRF: „crowd and riot control“, also Aufstandsbekämpfung.⁹⁰ Bei der QRF handelt es sich also um eine Art „Feuerwehrtruppe“, die dann ausrückt, wenn sich die militärische Lage zuzuspitzen droht, was mittlerweile auch in Nord- und Westafghanistan immer häufiger der Fall ist. „Dort, wo es brennt, werden diese Kräfte eingesetzt. Das kommt schon öfters vor: zur Verstärkung, auch zur Aufklärung oder zur Unterstützung der afghanischen Armee wie kürzlich bei dem Einsatz ‚Harekate Yolo‘.“⁹¹

Gerade die im Oktober und November 2007 in Westafghanistan erfolgten QRF-Einsätze Harekate Yolo I und II veranschaulichen die offensive Ausrichtung dieser Truppe. Ziel des in den Provinzen Faryab, Badghis und Badakhschan durchgeführten Einsatzes war laut einem Bericht an die Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses vom 11. Dezember 2007 die „Zurückdrängung eines in den letzten Monaten beobachteten Aufwuchses von Insurgenten.“⁹² An Harekate Yolo I im Oktober 2007 waren 400 afghanische Soldaten und Polizisten sowie 160 deutsche Fallschirmjäger beteiligt. Die deutlich umfangreichere Operation Harekate Yolo II, die am 1. November 2007 begann, wird im entsprechenden Wikipedia-Eintrag folgendermaßen beschrieben: „Zur Rückeroberung der verlorenen Provinz und Zerschlagung der Taliban im Norden stellte die ISAF unter dem Kommando des deutschen Brigadegenerals Dieter Warnecke, Befehlshaber des Regionalkommandos Nord, eine Streitmacht zur Gegenoffensive zusammen. Ziel war die Zerschlagung der Taliban-Kräfte im Nordwesten des Landes.“⁹³

Die Truppe setzte sich aus den von Norwegen gestellten QRF-Kräften, dem 209. afghanischen Armeekorps, 300 Unterstützungskräften der Bundeswehr (Sanitäter, Hub-schrauber, Logistik, Aufklärung) sowie geringen Kontingen-ten anderer NATO-Staaten (Spanien, Italien, Lettland und Ungarn) zusammen. Auch wenn der deutsche Beitrag seinerzeit - noch - nicht direkte Kampfhandlungen am Boden einschloss, war er dennoch relevant: „Die Bundeswehr hat zwar zahlenmäßig [...] einen geringen Anteil – doch ihr Bei-

82 Noetzel, Timo/Schreer, Benjamin: Strategien zur Aufstandsbekämpfung, Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Aktuell, Januar 2008.

83 Schmiese, Wulf: „Dear Minister Jung“, FAZ, 06.02.2008.

84 Verteidigungsminister Franz Josef Jung stellt die Aufgaben der Bundeswehr als Armee im Auslandseinsatz vor, Rede bei der Kommandeurtagung im Wortlaut (14. März 2008), URL: <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Bundeswehr/kommandeur3.html> (09.09.2008). Hervorhebung JW.

85 Noetzel/Zapfe 2008, S. 6.

86 Ebd., S. 6.

87 Der Bundeswehr drohen mehr Kampfeinsätze, FAZ.net, 22.11.2007.

Brendle, Frank: Kämpfer für die Front, Junge Welt, 17.01.2008.

88 Bundeswehr stellt Eingreiftruppe in Afghanistan, Der Tagesspiegel, 01.07.2008.

89 Quick Reaction Force - Eine Schnelle Eingreiftruppe der ISAF, bundeswehr.de, 18.01.2008.

90 Regierungspressekonferenz vom 16. Januar, <http://tinyurl.com/3oltaa> (11.10.2008).

91 „Auch über Panzer nachdenken“, FAZ.net, 17.01.2008.

92 Weiland, Sven: Der weichgespülte Kampfeinsatz, Spiegel Online, 10.01.2008.

93 Wikipedia-Eintrag zu Harekate Yolo.

trag macht die Truppe erst einsatzbereit: Funkverbindungen, Nachschub und Sanitäter stellen die Deutschen, die gemeinsam mit den Afghanen, Norwegern und anderen Nato-Truppen in dieses Gefecht zogen.⁹⁴ Obwohl bei der Operation weder afghanische noch NATO-Soldaten ihr Leben verloren, kam es dennoch zu schweren Kämpfen - laut norwegischen Angaben den heftigsten ihrer Soldaten seit Ende des Zweiten Weltkriegs -, bei denen mehrere Dutzend Aufständische getötet worden sein sollen.

Dieser Einsatz kann aus drei Gründen mit Fug und Recht als bahnbrechend bezeichnet werden. Zum einen handelte es sich bei Harekate Yolo um „die erste offensive Militäroperation seit dem Zweitem Weltkrieg unter deutschem Kommando.“⁹⁵ Zum Zweiten dürften derlei Kampfoperationen künftig zur Regel werden: „Harekate Yolo II markiert einen Wendepunkt in der militärischen Operationsführung der ISAF im Norden Afghanistans. Militärische Kräfte hatten sich bis dahin vorrangig auf die Durchführung von Patrouillen beschränkt. [...] Künftig wird der Fokus mehr auf gemeinsamen, gezielten Offensivoperationen mit den afghanischen Sicherheitskräften liegen.“⁹⁶ Damit verändert sich das Einsatzprofil der deutschen Truppen ganz erheblich: „Erstmals stehen bei einem Auftrag der Bundeswehrosoldaten offensive Kampffaktionen im Vordergrund. Ihre Mandatsvorgänger, die Norweger, empfehlen den Deutschen, sich jetzt auch aufs Töten und Sterben vorzubereiten.“⁹⁷ Und schließlich kam es bei Harekate Yolo zu einer engen Abstimmung militärischer und ziviler Mittel zur Aufstandsbekämpfung: „Die zentrale Lehre von Harekate Yolo II ist, dass ein abgestimmter Einsatz ziviler und militärischer Mittel von entscheidender Bedeutung für die Führung von Auslandseinsätzen ist, deren Schwerpunkt die Aufstandsbekämpfung ist.“⁹⁸ Auch damit erweist sich der Einsatz als trauriger Trendsetter (siehe Kapitel 6).

Nach der Entscheidung zum Einsatz von Bundeswehrtornados im umkämpften Süden Anfang 2007 stellt die Übernahme der QRF damit den nächsten Meilenstein auf dem Weg dar, sich immer tiefer in den Krieg zu verstricken. Selbst SPD-Mann Arnold sieht in dem Bundeswehreinsatz eine „neue Qualität“.⁹⁹ Doch wiederum werden die nächsten Eskalationsschritte bereits vorbereitet. So fordert etwa der SPD-Außenexperte Hans-Ulrich Klose, Deutschland solle die Quick Reaction Force „stark genug machen, dass sie im Notfall in ganz Afghanistan eingesetzt werden kann - auch im Süden.“¹⁰⁰ Damit würde dann die nächste Stufe der Eskalationsleiter erklommen. Zuvor steht jedoch die personelle und territoriale Ausweitung des deutschen Afghanistan-Mandates auf dem Programm.

2.5 Schritte über den Rubikon III: Ausweitung des Afghanistan-Mandates

Im Herbst 2008 soll das deutsche Afghanistan-Mandat territorial und personell noch einmal erheblich ausgeweitet werden. Die Truppenobergrenze soll von gegenwärtig 3.500 auf mindestens 4.500 erhöht werden (zwischenzeitlich war sogar von einer Aufstockung auf 6.000 Soldaten die Rede). Ferner will man das Einsatzgebiet auch auf Westafghanistan ausdehnen werden. Damit wird das Mandat jedoch lediglich an die Realität vor Ort angepasst, denn, wie zuvor bereits ausgeführt, die QRF führte bereits im Oktober und November 2007 Kampfoperationen in Westafghanistan durch (Harekate Yolo I + II). Die Erweiterung des Einsatzspektrums für umfangreiche Bodeneinsätze im Westen trägt dem lediglich Rechnung, bedeutet aber gleichzeitig eine graduell neue Beteiligung deutscher Soldaten an der Aufstandsbekämpfung am Hindukusch. Gleichzeitig soll das Mandat nicht wie bisher für 12, sondern wohl für 14 Monate erteilt werden, um so zu verhindern, dass dieses Thema in den Wahlkampf 2009 hineinspielt.¹⁰¹

Darüber hinaus hat der Nato-Oberbefehlshaber für Europa und Afghanistan, US-General John Craddock, auf Bitte der ISAF den Einsatz von AWACS-Flugzeugen der NATO beantragt. Dies ist insofern brisant, da bislang die Radaraufklärung von amerikanischen AWACS-Maschinen im Rahmen von OEF geleistet wird. Hiermit würden beide Einsätze nochmals weiter verschmelzen. Zumal die AWACS-Aufklärung ganz Afghanistan erfassen würde und nicht auf die Nord- und Westregion begrenzt wäre.¹⁰² Da Deutschland 27 Prozent der Finanzierung und 40 Prozent des AWACS-Personals stellt, muss die Bundesregierung dem Einsatz zustimmen. Diese Flugzeuge sind jedoch klare Kampfmittel, sie können „zur Luftaufklärung wie zur operativen Führung eigener Flugzeuge, ferner zur Zielerfassung auch am Boden und damit zur Leitung von Luft-Boden-Operationen eingesetzt werden.“¹⁰³

Auch propagandistisch wird die Bevölkerung immer unverblümt auf die Eskalation des Bundeswehr-Einsatzes in Afghanistan eingestimmt. „Die Deutschen müssen das Töten lernen“, titelte der *Spiegel* reißerisch bereits Ende 2006. Nachdem es bei der Beisetzung eines im August 2008 durch einen Anschlag getöteten Bundeswehrosoldaten hieß, er sei in Afghanistan ums Leben gekommen, beschwerte sich Bundeswehrverbandschef Bernhard Gertz über diesen Sprachgebrauch: „Richtig ist: Dieser Hauptfeldwebel ist für die Bundesrepublik Deutschland gefallen.“ Die Bundesregierung solle endlich aufhören mit „gestelzten Wendungen“

94 Focus.de, 08.11.2007.

95 Wikipedia-Eintrag zu Harekate Yolo.

96 Noetzel/Schreer, S. 3.

97 Neue, gefährliche Aufgabe für die Bundeswehr, *Die Welt*, 30.06.2008.

98 Noetzel, Timo/Schreer, Benjamin: Bundeswehr: Herausforderung Aufstandsbekämpfung, in: Schmidt, Peter (Hg.): *Das internationale Engagement in Afghanistan*, SWP Studie, August 2008, S. 31-36, S. 36 (zit. als Noetzel/Schreer 2008b).

99 Richter, Alexander: Bundeswehr-Mission in Afghanistan. Von der Verteidigung zum Angriff?, *tagesschau.de*, 17.01.2008.

100 SPD-Politiker fordert Bundeswehreinsätze im Süden, *Spiegel Online*, 04.02.2008. Am direktesten wirbt hierfür seit Langem UN-Botschafter Tom Koenigs: „Deutschland muss unter Umständen in Kauf nehmen, auch in den Süden Afghanistans zu gehen.“ Vgl. Bundeswehr auch in den Süden Afghanistans, *FAZ.net*, 04.09.2006.

101 Vgl. Afghanistan-Konzept der Bundesregierung, 09.09.2008.

102 Streit über Awacs-Einsatz in Afghanistan, *Die Welt*, 30.07.2008.

103 Lothar Rühl, zitiert bei Henken, Lühr: Was will die NATO in Afghanistan und in Georgien?, IMI-Analyse 2008/028.

und die Wahrheit über den deutschen Einsatz in Afghanistan sagen: „Wir befinden uns in einem Krieg gegen einen zu allem entschlossenen, fanatischen Gegner.“¹⁰⁴ Immer mehr Soldaten kehren aus dem Krieg traumatisiert zurück.¹⁰⁵ Bis Anfang September 2008 sind 28 Bundeswehrsoldaten im Afghanistan-Einsatz gestorben, angeblich um dort Demokratie und Menschenrechte zu verbreiten – nichts könnte weiter von der Wahrheit entfernt liegen, wie die *Frankfurter Allgemeine*

meine Sonntagszeitung untermauert: Die Regierenden sollten endlich „der deutschen Öffentlichkeit beibringen, dass geschichtliche, humanitäre und vordergründige materielle Erwägungen nicht der Grund dafür sind, dass deutsche Soldaten zu Konfliktherden geschickt werden. Im Kern geht es um etwas Grundlegenderes: Deutschland leistet seinen Beitrag zur Aufrechterhaltung der herrschenden Weltordnung, von der es profitiert wie wenig andere Länder.“¹⁰⁶

104 Klare Worte für tote Soldaten, Süddeutsche Zeitung, 03.09.2008.

105 Bundeswehr befürchtet Anstieg Posttraumatischer Störungen bei Soldaten, URL: www.ngo-online.de/ganze_nachricht.php?Nr=16900 (11.09.2008).

106 Neuber, Arno: Die Bundeswehr, Afghanistan und Schwierigkeiten an der Heimatfront, IMI-Analyse 2007/035.

Eine kurze Geschichte Afghanistans

(Größe 650.000km (Deutschland ca. 350.000) + ca. 30 Mio. Einwohner

1839-1842: Britische Niederlage im 1. anglo-afghanischer Krieg

1878-1880: Britischer Sieg im 2. anglo-afghanischer Krieg: 40 Jahre britische Herrschaft

1919: Unabhängigkeit vom British Empire aber Hinnahme große Gebietsverluste.

Bis 1973 Monarchie

1973 Freie Wahlen: Machtübernahme der Kommunistischen Partei. US-Unterstützung des Widerstands der Mudschaheddin bereits vor dem sowjetischen Einmarsch (Zbigniew Brzezinski: „Die Sowjets in die afghanische Falle tappen lassen.“)

Dezember 1979 Einmarsch Sowjetunion: Zehnjähriger Stellvertreterkrieg

1989 Abzug der Sowjettruppen

1989-1995 Bürgerkrieg verschiedener Mudschaheddin-Gruppen

Spätsommer 1994 Taliban treten erstmals in Südafghanistan auf Oktober 1995 Einnahme Herats durch die Taliban September 1996 Kabul fällt in die Hände der Taliban, Gründung der »Nordallianz« als Reaktion

19. Dezember 2000 UN beschließen Sanktionen gegen die Taliban, da diese sich weigerten, Usama Bin Laden auszuliefern

10. März 2001 Zerstörung der Buddhastatuen von Bamian durch die Taliban

11. September 2001 Anschläge auf Ziele in den USA

20. September 2001 USA fordern erneut Auslieferung Usama Bin Ladens

7. Oktober 2001 USA beginnen im Rahmen der »Operation Enduring Freedom« mit der Bombardierung von Stellungen der Taliban und rufen den NATO-Bündnisfall (Artikel 5) aus

8. November 2001 Nordallianz nimmt Masar-i-Scharif ein

12. und 13. November 2001 Taliban ziehen sich aus Kabul zurück

25. November 2001 Kundus fällt als letzte Bastion der Taliban in Nordafghanistan

8. Dezember 2001 Taliban verlieren ihre letzte wichtige Bastion Kandahar, und ziehen sich in das Grenzgebiet zu Pakistan sowie ins südliche Zentralafghanistan zurück

27. November bis 5. Dezember 2001 Bonner Abkommen

20. Dezember 2001 Die UNO beschließt die ISAF-Resolution 1386

22. Dezember 2001 Vereidigung von Hamid Karsai als Interimspräsident

21. Januar 2002 Internationale Geberkonferenz in Tokio

Juni 2002 Die große Ratsversammlung, Emergency Loja Dschirga, bestätigt Hamid Karsai als Präsidenten der Übergangsregierung

Herbst 2002 USA etablieren Provincial Reconstruction Teams (PRTs) in größeren Städten

November 2003 Bundeswehr übernimmt PRT in Kundus

4. Januar 2004 Verfassungsgebende Loja Dschirga verabschiedet die neue Verfassung

31. März 2004 Internationale GeberInnenkonferenz in Berlin

September 2004 Bundeswehr übernimmt PRT in Faisabad

9. Oktober 2004 Hamid Karsai wird mit 55,5 Prozent zum Präsidenten gewählt

18. September 2005 Parlamentswahlen

19. Dezember 2005 Konstituierung des afghanischen Parlaments schließt den Petersberger Prozess offiziell ab

31. Januar bis 1. Februar 2006, Internationale GeberInnenkonferenz »Afghanistan Compact« in London: Internationale Gemeinschaft einigt sich darauf, ihr Engagement im Land fortzuführen

1. Juni 2006 Deutschland übernimmt das Regionalkommando Nord

31. Juli 2006 ISAF übernimmt den Süden
Sommer 2006 Taliban gelingt es, Kandahar zu umzingeln und kurzfristig von Kabul abzuschneiden

Oktober 2006 ISAF übernimmt den Osten

Winter 2006/2007 NATO stockt Truppen auf Anfang

April 2007 Bundesregierung entsendet Aufklärungs-Tornados der Luftwaffe

Juni 2008 Übernahme der QRF durch Deutschland...

Teil 3: Kolonialismus unter dem Deckmantel von Demokratieexport und Frauenrechten

Auch wenn sich die NATO-Politik hierfür als hochgradig kontraproduktiv erweist (s. Kapitel 5) spielen Sicherheitsinteressen, die Abwehr einer terroristischen Bedrohung, eine wichtige Rolle bei der Begründung des Krieges in Afghanistan. Fast noch häufiger werden aber altruistische Legitimationsmuster, vor allem die Etablierung eines demokratischen Systems nach westlichem Vorbild sowie die Wahrung der Menschen- insbesondere der Frauenrechte, ins Feld geführt. Dass diese „Werte“ mit vorgehaltener Pistole in Form eines Protektorates von NATO-Gnaden verordnet werden, ist ein Widerspruch in sich, der viel über die gesamte Denkweise westlicher Stabilisierungsoperationen aussagt: „Die Idee, dass Demokratie und Frauenbefreiung von außen gebracht werden können, ist eine koloniale Denkweise und eine rassistische Ideologie, die tief in den Köpfen der wohlmeinenden Menschen im Westen verwurzelt ist.“¹⁰⁷

Darüber hinaus zeigt sich bei näherer Betrachtung, dass die NATO – gemessen an ihrem erklärten Anspruch – vollkommen gescheitert ist. In Afghanistan boomen weder die Frauenrechte noch die Demokratie, beides steht ganz am Ende der Prioritätenliste, das einzige, was dort floriert, ist der Drogenhandel.

3.1 Krieg für Frauenrechte?

Was die Frauenrechte angeht, sieht die Bilanz des Kriegseinsatzes düster aus. In weiten Teilen des Landes hat sich die Lage der Frauen nach Einschätzung der afghanischen Frauenministerin Dr. Massouda Jallal verschlechtert. Dies dürfte nicht zuletzt daran liegen, dass die Frauenrechte für die truppenstellenden Regierungen keinerlei Priorität genießen, wie ein Bericht von *Human Rights Watch* kritisiert.¹⁰⁸ Lothar Rühl, ehemaliger Staatssekretär im Verteidigungsministerium, bestätigt die Einschätzung der Organisation. Vorrangig sei es, das Land zu kontrollieren. Hierfür müsse man „das Einvernehmen mit den regionalen Machthabern, den Stammesfürsten und Clanchefs, von denen auch einige Drogenbarone und Warlords sind, suchen.“ Die NATO-Truppen, so Rühl weiter, „können nicht auch noch [...] darauf dringen, dass Frauen unverschleiert auf der Straße gehen und Mädchen in die Dorfschule.“¹⁰⁹

Vernichtend fällt das Urteil der afghanischen Frauenrechtlerin Malalya Joya aus: „Die USA und ihre Verbündeten

nahmen die Not der afghanischen Frauen als Begründung für ihren Angriff gegen Afghanistan, behauptete den afghanischen Frauen Freiheit gebracht zu haben. Aber das ist nichts als eine Lüge. Das Land ist in den Händen von Warlords und Drogenbaronen, die bis auf die Knochen frauenfeindlich sind. [...] Die Frauen leiden mehr denn je. Die Selbstmordrate unter Frauen war noch nie so hoch.“¹¹⁰ Solche Aussagen deuten zudem darauf hin, dass es auch um die Demokratie in Afghanistan nicht zum Besten bestellt ist.

3.2 Afghanistans Scheindemokratie

Die zentralen Weichenstellungen für den „demokratischen Neubeginn“ Afghanistans erfolgten auf einer Konferenz auf dem Bonner Petersberg im Dezember 2001. Dort wurden die wichtigsten Posten der künftigen afghanischen Regierung vergeben. Die dort handverlesenen Vertreter sind jedoch weder halbwegs repräsentativ zusammengesetzt noch genügen sie demokratischen Minimalanforderungen: „Dieselben Kriegsherren, die das Land nach dem erzwungenen Rücktritt Nadschibullahs 1992 verwüstet haben, bauen heute in den afghanischen Provinzen ihre Macht wieder aus und werden dabei vom Westen unterstützt und bewaffnet. Sie waren und sind Verbündete und hohe Würdenträger der auf dem Bonner Petersberg eingesetzten Kabuler Regierung unter Präsident Hamid Karsai. Ihre Einnahmen stammen weiterhin hauptsächlich aus dem Drogengeschäft und der rücksichtslosen Ausbeutung der Landbevölkerung. Aus den Landesteilen, die sie kontrollieren, werden Zwangsheiraten, Menschenhandel und andere schwere Menschenrechtsverletzungen berichtet. Als Unterstützung im Kampf gegen den bewaffneten Widerstand sind sie der NATO aber gut genug.“¹¹¹

Der *Stiftung Wissenschaft und Politik* zufolge seien in Afghanistan zwar formaldemokratische Institutionen vorhanden, allerdings würden sie „von antidemokratischen Kräften beherrscht und verlieren in den Augen der Bevölkerung zunehmend an Legitimität.“ So werde das „Prinzip der Gewaltenteilung [...] von der gegenwärtigen Exekutive weder verstanden noch respektiert.“ Entgegen dem erklärten Anspruch habe dabei zynischerweise „gerade auch die Einmischung der internationalen Gemeinschaft zu falschen Weichenstellungen [...] geführt und demokratiefördernde interne Faktoren geschwächt.“¹¹² Von einer Demokratie kann in Afghanistan

107 Poverly, Elaheh Rostami: Keine Sicherheit ohne Entwicklung, ND Sonderbeilage, 19.07.2008.

108 Vgl. Paech, Norman: Es gibt keine militärische Lösung für Afghanistan, 26.11.2007, URL: http://hintergrund.de/index.php?option=com_content&task=view&id=148&Itemid=66 (11.09.2008).

109 Rühl 2007.

110 Den Krieg beenden – Frieden für Afghanistan, Die Linke im Bundestag, 30.05.2008, S. 17.

111 Buchholz, Christine/Strutynski, Peter: Abzug oder Exit?, Marxistische Blätter 3/2008.

112 Eine Generation oder länger, german-foreign-policy.com, 09.07.2008.

somit beileibe keine Rede sein – dies ist auch nicht gewollt: „Das Parlament hat in Afghanistan wenig zu sagen. Und hinter jeder Präsidentschaftsentscheidung steht der amtierende US-Botschafter in Kabul, er hat das letzte Wort. Mit einem starken Parlament könnten die USA keinesfalls so unmittelbar herrschen.“¹¹³

Einer Umfrage von *Integrity Watch Afghanistan* zufolge halten über 60 Prozent der Afghanen die derzeitige Regierung korrupter als all die Vorgängerregierungen der letzten zwei Jahrzehnte.¹¹⁴ Selbst das Afghanistan-Konzept der Bundesregierung räumt ein, es gäbe „ein sinkendes Vertrauen der Bevölkerung in die eigene Regierung.“¹¹⁵ Um aber die Marionettenregierung gegen zunehmende innenpolitische Widerstände abzusichern, bauen die westlichen Staaten derzeit einen massiven Repressionsapparat auf. Die Armee soll in Kürze ihre Sollstärke von 80.000 Soldaten, die – paramilitärisch ausgebildete – Polizei von 82.000 erreichen. Sie sollen die korrupte, vom Drogenhandel profitierende afghanische Regierung vor der eigenen Bevölkerung schützen sollen.

3.3 NATO-Kolonie Afghanistan

Innerhalb westlicher Strategiedebatten wird mittlerweile immer offener gefordert, so genannte Problemstaaten solange zu besetzen und unter quasi-kolonialer Kontrolle zu halten, bis sie wie gewünscht funktionieren. Exemplarisch hierfür stehen die Aussagen Stephen Krasners, bis vor kurzem einer der wichtigsten Beamten im US-Außenministerium: „Das Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten funktioniert nicht mehr. [...] Mächtige Staaten können das Phänomen prekärer Staaten nicht ignorieren, denn deren Sicherheits- und wirtschaftliche Interessen sind durch diese Staaten gefährdet. [Weshalb] die beste Lösung in der Einrichtung einer De-facto-Treuhandenschaft oder eines Protektorats besteht.“¹¹⁶

Afghanistan macht hier keine Ausnahme – im Gegenteil, das Land ist de facto nichts anderes als eine Kolonie der NATO, wie der afghanische Politikwissenschaftler Matin Baraki kritisiert: „Unter dem formalen Dach der UNO wurde das Land seit Petersberg zu einem Protektorat der ‚internationalen Gemeinschaft‘ degradiert. Seit Beginn der neunziger Jahre wird das ‚liberale Protektorat‘ und die ‚Treuhandenschaft‘ als eine Chance zu ‚nation building‘ und zur Demokratisierung von außen propagiert. Die ‚failing states‘ sollen für geraume Zeit unter internationale Verwaltung gestellt werden, und es

wird einem ‚neuen Interventionismus‘ der westlichen Mächte mit ‚robustem‘ militärischem Mandat das Wort geredet. Die Vertreter dieser ‚Theorie‘ sind die Emeriti, Ulrich Menzel und Franz Nuscheler. In Afghanistan wurde sie umgesetzt mit dem bekannten Ergebnis. Da die internationale Gemeinschaft zum größten Teil aus NATO-Ländern unter US-Führung besteht, ist sie selber voreingenommen und Partei. Sie kann die Probleme des Landes nicht lösen - im Gegenteil, sie ist Teil des Problems geworden. Da die UNO zur Schaffung der Protektorate wesentlich mitbeigetragen und sich damit diskreditiert hat, kann sie keine angemessene und glaubwürdige Führungsfunktion mehr übernehmen. Weil Protektorate faktisch Kolonien sind, können im günstigsten Fall Probleme nur verschoben, im ungünstigsten Fall verschlimmert werden. Zu einer Lösung kommt es in der Tat nicht, wie das Beispiel Afghanistan deutlich macht. [...] Als NATO-Protektorat hat Afghanistan weder politische noch ökonomische Perspektiven, geschweige denn eine friedliche Zukunft.“¹¹⁷

Den Status Afghanistans als de facto Kolonie der NATO (bzw. der USA) verdeutlichen die Überlegungen Washingtons, bei den Präsidentschaftswahlen 2009 den bisherigen Favoriten Hamid Karzai durch einen genehmeren Statthalter ablösen zu lassen. Karzai hatte es nämlich gewagt, nach den zahlreichen Zivilopfern der NATO-Kriegführung leise Kritik zu äußern. Als Nachfolger scheinen die USA den Exilafghanen Zalmay Khalilzad, einen der einflussreichsten Köpfe hinter der neokonservativen Kriegspolitik, etablieren zu wollen.¹¹⁸ Dieser war von November 2003 bis Juni 2005 US-Botschafter in Afghanistan und es war eben jener Khalilzad, der unmissverständlich immer wieder zum Ausdruck brachte, wer im Land das Sagen hat: „Als es vor zwei Jahren mit Ismail Khan, dem Gouverneur von Herat, Probleme gab, weil der nicht genügend Steuergelder nach Kabul überwies, wurde der Unbotmäßige nicht von Karzai, sondern von US-Botschafter Khalilzad aus seinem Amt entlassen. Eine öffentliche Blamage für Karzai, weil Khalilzad vor der internationalen Presse erklärte: ‚Dies ist zwar Aufgabe des Präsidenten, doch habe ich Ismail Khan gefeuert.‘“¹¹⁹

Noch fragwürdiger werden die angeblich hehren Ziele des NATO-Kriegseinsatzes angesichts der Tatsache, dass die Kontrolle über Afghanistan schamlos dazu genutzt wird, die Wirtschaftsstrukturen des Landes zugunsten westlicher Profiteressen umzustrukturieren.

Boombranche Drogenabau

Zynische Stimmen behaupten, dass einzige, was in Afghanistan boomt ist der Drogenhandel. Bedauerlicherweise ist dies nur allzu wahr. Die Opium-Produktion in Afghanistan lag im Jahre 2001 bei ca. 200 t, im Jahre 2006 bei ca. 6.200 t, im Jahre 2007 bei ca. 8.200 t. Dies entspricht ca. 93% der Weltproduktion an Schlafmohn und an Opium. (Quelle: UN-Anti-Drogenbehörde, in: www.focus.de/politik, 1.11.2007).

113 Die Linke: Den Krieg beenden 2008, S. 11.

114 Buchholz/Strutyński 2008.

115 Das Afghanistan-Konzept der Bundesregierung, 09.09.2008, S. 8.

116 Krasner, Stephen D.: Alternativen zur Souveränität, in: Internationale Politik (September 2005), S. 44-53, S. 44-46.

117 Baraki, Matin: Zerfallendes Protektorat, Junge Welt, 11.11.2006.

118 Vgl. Koch-Laugwitz, Ursula: Afghanistan „rüstet“ sich für die kommenden Wahlen, Friedrich Ebert Stiftung, August 2008, S. 5. Vgl. zur Rolle Khalilzads Mann, James: Rise of the Vulcans: The History of Bush's War Cabinet, New York 2004 und Halper, Stefan/Clarke, Jonathan: America Alone: The Neo-Conservatives and the Global Order, Cambridge 2004.

119 Cremer 2008, S. 11.

Teil 4: Neoliberales Nationbuilding: Afghanistan als Selbstbedienungsladen

Betrachtet man die vier größten aktuellen westlichen Militäreinsätze, so weisen sie allesamt sehr ähnliche Merkmale auf, wie Carlo Masala vom *NATO Defense College* erläutert: „Protektorate sind in. Von Bosnien über Kosovo, nach Afghanistan bis in den Irak, das Muster westlicher Interventionspolitik ist immer dasselbe. Nach erfolgreicher militärischer Intervention werden die ‚eroberten‘ Gebiete in Protektorate umgewandelt und die westliche Staatengemeinschaft ist darum bemüht, liberale politische Systeme, Rechtsstaatlichkeit und freie Marktwirtschaft in diesen Gebieten einzuführen.“¹²⁰

Solche Sätze deuten bereits darauf hin, dass wir es derzeit mit einem grundlegenden Wandel im Muster staatlich forcierter Liberalisierung zu tun haben.¹²¹ Zwar wird die Einführung der „freien Marktwirtschaft“, das Codewort für die Umsetzung einer neoliberalen Politik zugunsten westlicher Konzerne, vom Internationalen Währungsfond und anderen Internationalen Organisationen schon seit Langem mittels ökonomischer Strukturanpassungsprogramme erzwungen. Mittlerweile geschieht dies jedoch immer häufiger unter Anwendung direkter militärischer Gewalt im Rahmen quasi-kolonialer Besetzungen, wie gerade das Beispiel Afghanistan zeigt.

4.1 Umgestaltende Besetzungen

Die derzeitigen Operationen zum Aufbau neuer Staatswesen lassen gerade im Wirtschaftsbereich in der Regel keinen Stein auf dem anderen, wobei marktliberale Ansätze derzeit vollständig dominieren: „Obwohl Peacebuilder nicht mit einer einheitlichen Vision oder einer einzigen Blaupause agieren, leiten liberale Werte so eindeutig ihre Aktivitäten, dass wir ihre gemeinsamen Anstrengungen als ‚Liberales Peacebuilding‘ bezeichnen können.“¹²² Im Rahmen dieses ‚Neoliberalen Kolonialismus‘¹²³ wird ein radikalliberales Wirtschaftsprogramm aufgezwungen: Verschleuderung des Staatseigentums durch umfassende Privatisierungen, Öff-

nung für ausländische Investoren und Handel, etc. Da diese Maßnahmen durch das Militär abgesichert werden, handelt es sich hierbei um „umgestaltende Besetzungen“ („transformational occupations“¹²⁴), die auf die vollständige neoliberale Zurichtung der betroffenen Länder hinauslaufen. Nach klassischem Besatzungsrecht sind derartige Eingriffe in die innere Verfasstheit des unterworfenen Staates jedoch illegal: „Die Befugnis zur Änderung des institutionellen Gefüges, zur Revolutionierung der Verfassungsordnung gewährt das klassische Recht der militärischen Besetzung nicht - im Gegenteil, es schließt eine derartige Umgestaltung eigentlich bewusst aus. [...] Letzten Endes gibt keiner der klassischen Interventionsstiel eine Folgebefugnis zur Transformation der staatlichen Ordnung her.“¹²⁵

4.2 Die neoliberale Zurichtung Afghanistans

Deutschland nimmt bei der neoliberalen Zurichtung der afghanischen Wirtschaftsstrukturen eine führende Rolle ein, wie das *Bundesamt für Außenwirtschaft* wohlwollend feststellt: „Ein Erfolg ist die mit Hilfe der Bundesregierung geschaffene ‚Afghan Investment Support Agency – AISA‘, die Investoren innerhalb von nur einer Woche sämtliche Formalitäten abnimmt, deren Registrierung vornimmt und eine Steuer-Nummer vergibt. [...] Die marktwirtschaftliche Ausrichtung der Wirtschaft und der Schutz von Investoren wurden in die neue afghanische Verfassung aufgenommen; [...] Die Bundesregierung hat im April 2005 ein bilaterales Investitionsschutzabkommen mit Afghanistan gezeichnet. [...] Afghanistan kann als eine der offensten Volkswirtschaften überhaupt, auf jeden Fall aber als die offenste Volkswirtschaft der Region bezeichnet werden. Handelsbeschränkungen und Subventionen sind praktisch nicht existent, und die afghanische Regierung zeigt sich sehr aufgeschlossen für Investitionen im Land.“¹²⁶ Der betreffende Satz der afghanischen Verfassung lautet wörtlich: „Der Staat ermuntert und schützt private Kapitalinvestitio-

120 Masala, Carlo: Managing Protectorates: Die vergessene Dimension, in: Politische Studien, Januar/Februar 2007, S. 49-55, S. 49.

121 Vgl. bspws. Roberts, Susan/Secor, Anna/Sparke, Matthew: Neoliberal Geopolitics, in: Antipode, Vol. 35, No. 5 (2003), S. 886-897.

122 Barnett, Michael: Building a Republican Peace: Stabilizing States after War, International Security, Vol. 30, No. 4 (Spring 2006), pp. 87-112, S. 88.

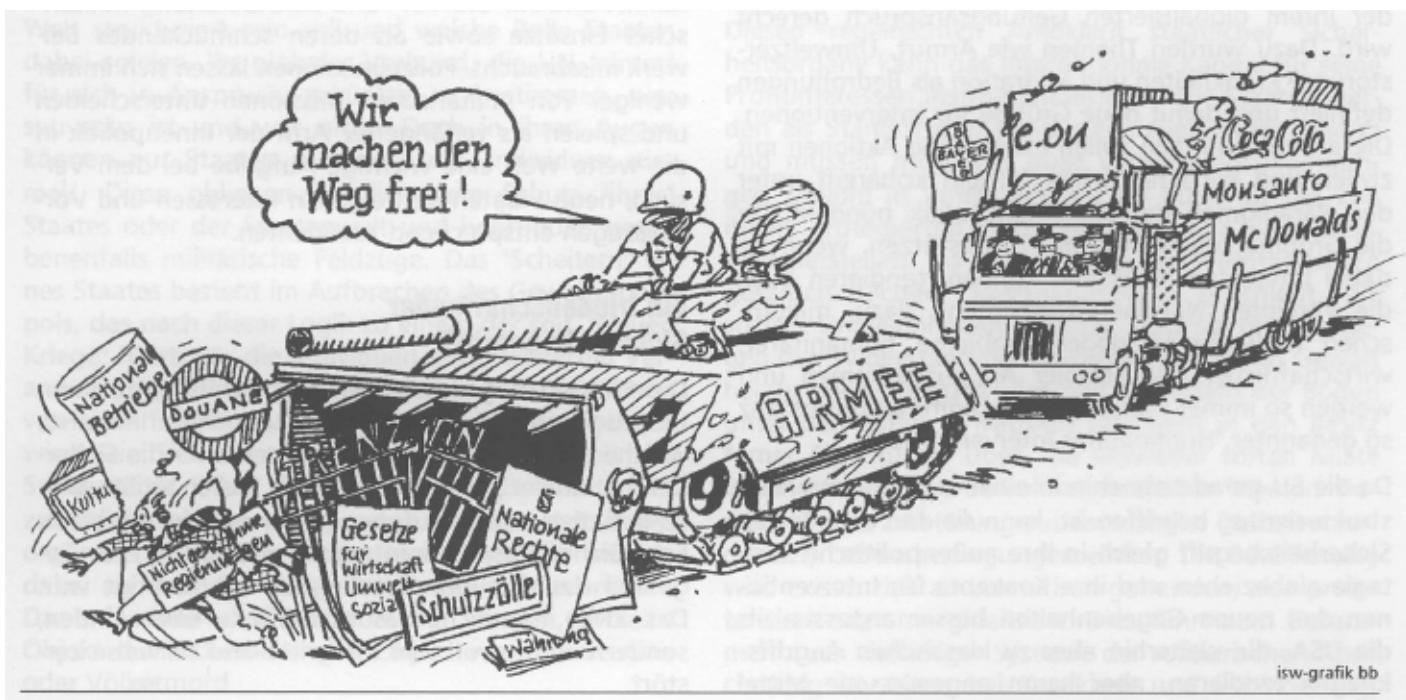
Ein Beispiel für dieses ‚liberale Peacekeeping‘ ist Dobbins, James: Preparing for Nation-Building, Survival, vol. 48, no. 3 (Autumn 2006), pp 27-40.

123 Vgl. Wagner, Jürgen: Neoliberaler Kolonialismus, in: AUSDRUCK (Februar 2007). Ein weiteres Paradebeispiel zum Verständnis des Neoliberalen Kolonialismus liefert Roland Paris: „Internationale Friedenserhaltungseinsätze streben die Stabilisierung von Ländern an, die kurz zuvor von Bürgerkriegen heimgesucht wurden. Hierfür wurde von den internationalen Friedensstiftern eine spezifische Vision verkündet, wie sich Staaten intern organisieren sollten, auf der Grundlage liberaler Demokratie und einer marktwirtschaftlich orientierten Ökonomie. Durch den Wiederaufbau vom Krieg erschütterter Staaten im Einklang mit dieser Vision, haben die Friedensstifter de facto einen Standard für angemessenes Verhalten vom liberal-westlichen Kern des internationalen Systems auf die gescheiterten Staaten der Peripherie ‚übertragen‘. Aus diesem Blickwinkel ähnelt die Friedenskonsolidierung einer aktualisierten (und wohlwollenderen) Version der mission civilisatrice oder der Überzeugung während der Kolonialzeit, dass die europäischen imperialen Mächte eine Pflicht zur ‚Zivilisierung‘ der abhängigen Bevölkerungen und Territorien hätten.“ Paris, Ronald: International Peacekeeping and the „mission civilisatrice“, in: Review of International Studies 28/2002, S: 637-65.

124 Vgl. Scheffer, David J.: Beyond Occupational Law, The American Journal of International Law, Vol. 97, No. 4 (October 2003), pp. 842-860.

125 Oeter, Stefan: Post-Conflict Peacebuilding, in: Friedenswarte, Nr. 1-2/2005, S. 41-60, S. 43, 45.

126 Bundesamt für Außenwirtschaft: Wirtschaftsentwicklung 2006, 27.11.2006, URL: <http://tinyurl.com/43m65p> (08.09.2008).



nen und Unternehmen auf der Basis der Marktwirtschaft und garantiert deren Schutz im Einklang mit den rechtlichen Bestimmungen.¹²⁷

Die lobend erwähnte und von Deutschland ins Leben gerufene „Afghan Investment Support Agency“ erweist sich dabei als wichtiger Durchlauferhitzer für westliche Investitionen. Ihren Angaben zufolge haben sich seit 2003 mehr als 6.200 Unternehmen als Investoren registriert. Das bei der Agentur erfasste Investitionsvolumen war Anfang 2008 mit rd. 2,4 Mrd. US\$ angegeben worden. Zu den großen ausländischen Investoren zählen u.a.: Siemens, Tobishima Japan, British Petroleum, Air Arabia, Alcatel, Dagriss, Coca-Cola, KPMG, Roshan, Afghan Wireless, Alcatel, Hyatt, Serena Hotels und DHL.¹²⁸ Auch deutsche Unternehmen gehen dabei also nicht leer aus: „Konkrete Ergebnisse für deutsche Investitionen/Firmenübernahmen gibt es bereits beim Aufbau eines weiteren GSM-Mobilfunknetzes, im Bereich der pharmazeutischen Industrie, in der Gastronomie und die Übernahme einer Zuckerfabrik in der Provinz Baghlan durch das deutsche Unternehmen Südzucker.“¹²⁹

Damit diese Konzerne auch tatsächlich in Afghanistan investieren, wurden für sie paradiesische Bedingungen geschaffen. Das bereits erwähnte Investitionsschutzabkommen diktiert u.a. umfangreiche Zollreduzierungen und es ermöglicht darüber hinaus die Möglichkeit für einen 100%igen Firmenbesitz von Ausländern sowie einen weit reichenden Schutz vor

Enteignungen. Hinzu kommen noch eine Steuerbefreiung für die ersten vier bis acht Jahre und die Option auf einen 100%igen Gewinntransfer ins Ausland.¹³⁰

Diese extrem konzernfreundlichen Rahmenbedingungen werden typisch neoliberal begründet: sie seien notwendig, damit es überhaupt zu Investitionen komme, dadurch komme es zu einem Wirtschaftswachstum, das wiederum helfen könne, die Armut zu reduzieren. Zwar ist es damit tatsächlich gelungen, in Afghanistan, ausgehend von einem sehr niedrigen Ausgangsniveau, ein gewisses Wirtschaftswachstum zu erzeugen, es fiel aber von vormals zweistelligen Werten auf geschätzte 8,4% im Jahr 2008 - bei einer Inflationsrate von 7,4%.¹³¹ Darüber hinaus speist sich dieses Wachstum nahezu vollständig aus zwei Quellen: Einmal der boomenden Drogenökonomie und zum anderen aus den westlichen „Hilfsgeldern“. Eine eigenständige Wirtschaftstätigkeit ist faktisch nicht existent.

Noch schwerer wiegt, dass von diesem Wirtschaftswachstum – wie so häufig im Neoliberalismus – bei der Bevölkerung nichts ankommt (s. Kapitel 5). Schuld daran sind nicht zuletzt die geringen Staatseinnahmen (lediglich 400 Mio Euro), die auch ein Ergebnis der geringen Besteuerung ausländischer Unternehmenstätigkeiten sind: „Alle investiven und rund 70% der laufenden Staatsausgaben (Stand: Herbst 2007) werden von den Gebern bestritten. Das Steueraufkommen ist eines der niedrigsten im Weltvergleich. Die geringe

127 Official Afghan Constitution, Artikel 10, URL: <http://arabic.cnn.com/afghanistan/ConstitutionAfghanistan.pdf> (08.09.2008).

128 Wirtschaftstrends kompakt Afghanistan 2007/08, Bundesamt für Außenwirtschaft, 21.02.2008, URL: https://www.bfai.de/ext/anlagen/PubAnlage_4260.pdf?show=true (09.09.2008), S. 6.

129 Haydt, Claudia: Effektiver Kolonialismus, in: AUSDRUCK (Februar 2006). Vgl. auch Afghanistan: Wirtschaft, Auswärtiges Amt, Dezember 2007, URL: <http://tinyurl.com/3wuu6q> (09.09.2008).

130 Vgl. Baraki, Matin: Afghanistan nach den Taliban, in: APuZ, Nr. 48 / 22.11.2004. Schon bevor Deutschland das Abkommen forcierte, hat das afghanische Parlament ein entsprechendes Gesetz erlassen: „Im September 2002 ratifizierte die afghanische Regierung das law on domestic and foreign private investment in Afghanistan, das keine Unterscheidung zwischen ausländischen und inländischen Investitionen macht. Dieses Gesetz ermöglicht 100% ausländische Investitionen, den vollständigen Transfer von Gewinnen und Kapital aus dem Land heraus, internationale Schlichtungsverfahren sowie „stromlinienförmige“ Lizenzverfahren. Auch werden Ausländer, die Kapital nach Afghanistan bringen, für vier bis acht Jahre von Steuern befreit.“ Vgl. Bertelsmann Transformationsindex: Afghanistan, URL: http://bti2003.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/laendergutachten/asien_ozeanien/Afghanistan.pdf (10.09.2008).

131 Wirtschaftstrends kompakt Afghanistan 2008, S. 1.

Steuerbasis (IWF-Schätzung 2007: rund 6,4% des BIP) und anhaltende Entwicklungsdefizite erklären, dass die Haushaltseinnahmen gegenwärtig maximal für rund die Hälfte der laufenden Kosten des Staatshaushalts ausreichen.¹³²

4.3 Die Afghanistan GmbH

Allerdings - zugegebenermaßen – allzu viele ökonomische Filetstücke sind in Afghanistan nicht vorhanden – die Gewinne sind vergleichsweise bescheiden, wenn sie natürlich auch dennoch mitgenommen werden. Weit profitabler ist deshalb zumindest derzeit noch das Aufbauunwesen. Denn auch wenn die „internationale Gebergemeinschaft“ weit hinter den zugesagten Hilfgeldern zurückbleibt¹³³, so lässt sich dennoch einiges damit verdienen. Denn die Geberländer achten tunlichst darauf, dass ihre Hilfgelder wieder in die Taschen westlicher Konzerne zurückwandern. Obwohl afghanische Firmen die meisten Aufträge billiger und hochwertiger durchführen könnten, sollen sich lieber westliche Konzerne eine goldene Nase verdienen. So kritisiert *Caritas International* die vorherrschende Vergabepaxis mit folgenden Worten: „Viel davon ist das Ergebnis ‚gebundener Hilfe‘ bei der die Geldgeber ihre Unterstützung an vertraglich vereinbarte Bedingungen knüpfen, dass importierte Arbeitskräfte und Güter genutzt werden müssen, zumeist des jeweiligen Geber-Landes.“¹³⁴

Offenbar scheint es so zu sein, dass „ein Großteil der ausgegebenen Mittel, sowohl von EU- als auch von US-Seite, dafür genutzt wurden, allein die Profitinteressen westlicher Konzerne zu bedienen.“¹³⁵ Eine Studie mit dem viel sagenden Titel „Afghanistan Inc.“ der afghanischen Politikwissenschaftlerin Fariba Nawa bestätigt diesen Verdacht. Sie beschreibt

den primär westliche Konzerninteressen bedienenden „Wiederaufbau“ ihres Landes mit folgenden Worten: „Die Afghanen verlieren das Vertrauen in die Entwicklungsexperten, deren Aufgabe der Wiederaufbau des Landes ist. [...] Was die Menschen sehen, sind eine handvoll ausländischer Firmen, die Prioritäten für den Wiederaufbau setzen, die sie reich machen, sich aber teilweise auf absurde Weise gegenüber dem, was notwendig, ist als kontraproduktiv erweisen.“¹³⁶

Gleichzeitig sind die Arbeitsbedingungen bei den westlichen Firmen katastrophal, es bildet sich eine Mehrklassengesellschaft mit der afghanischen Bevölkerung als Bodensatz heraus: „Zum Beispiel ist es bei den Straßenbauprojekten so, dass der afghanische Arbeiter bei der Louis Berger Group 7 Tage in der Woche arbeiten muss. Er bekommt kein Krankengeld oder sonstige Zuwendungen und erhält dafür 90\$ im Monat. Die türkischen Aufsichtskräfte dagegen bekommen mindestens 1000 EUR/Monat. Daran sieht man, dass der westliche Helfer immer das 10-, 100- oder 1000fache seines afghanischen Kollegen verdient. Dass das zu einer entsprechenden Missstimmung beiträgt, kann sich jeder vorstellen. Neben der Bauwirtschaft gibt es einen zweiten ökonomischen Zweig, der extrem vom Krieg in Afghanistan profitiert. Es handelt sich um die Sicherheitswirtschaft. [Auch die] Sicherheitskräfte werden extrem gut bezahlt. Es wird von Margen von bis zu 1000\$ am Tag geredet. [...] Im Klartext heißt das, dass neben der Korruption der internationalen Firmen ein Großteil der internationalen Hilfgelder dafür ausgegeben wird, kaputte Straßen zu bauen, die Beratung dafür zu organisieren und die Sicherheit zur Verfügung zu stellen. Zuge-spitzt formuliert handelt es sich um eine Art der organisierten Dysfunktionalität.“¹³⁷

132 Ebd., S. 5.

133 Vgl. Matt Waldman: *Falling Short - Aid Effectiveness in Afghanistan*, ACBAR Advocacy Series, Oxfam 2008.

134 Caritas fordert Strategiewechsel für Afghanistan, 10. Juni 2008.

135 Hantke, Martin: *Kriegsökonomien und ihre Profiteure - Die Beispiele Kongo und Afghanistan*, in: AUSDRUCK (Februar 2007).

136 Fariba Nawa: *Afghanistan Inc.*, Oakland 2006, S. 28.

137 Hantke 2007.

Teil 5: Humanitäres Desaster und Guerillakrieg im Eigenbau

Die Folgen des im vorigen Kapitel beschriebenen neoliberalen „Wiederaufbauunwesens“ sind verheerend. Während sich westliche Konzerne in die eigenen Taschen wirtschaften und die NATO im Land Krieg führt, verschlechtert sich die humanitäre Situation immer weiter: „Weil der Armutsbekämpfung keine Priorität eingeräumt wurde, kollabiert der Demokratisierungsversuch, während die Afghanen verhungern.“¹³⁸ Das Versagen, die miserable Lage der Bevölkerung zu verbessern und die immer weiter steigenden Opfer unter der Zivilbevölkerung – nicht etwa ideologisch-religiöser Fanatismus – sind die wichtigsten Faktoren für das Erstarken des (militärischen) Widerstands. Gerade der Einsatz in Afghanistan verdeutlicht täglich aufs Neue, dass ein militärischer Stabilitätsexport nicht praktikabel ist, auch und vor allem, wenn man sich davon verspricht, damit zur Bekämpfung des Terrorismus beizutragen.

5.1 Humanitäre Katastrophe

Ein Armutszeugnis, anders kann man es nicht nennen, dass der aktuelle Afghanistan-Report der UN-Entwicklungsorganisation (UNDP) feststellt, die humanitäre Situation habe sich im Zuge des westlichen „Wiederaufbaukrieges“ gegenüber der Taliban-Herrschaft sogar noch weiter verschlechtert. 61% der Bevölkerung seien chronisch unterernährt und 68% hätten keinen Zugang zu Trinkwasser.¹³⁹

Vor allem die Nahrungsmittelversorgung hat sich in letzter Zeit dramatisch verschlechtert: „Der Weizenpreis - Brot bildet das Hauptnahrungsmittel der Afghanen - hat sich 2007 bereits mehr als verdoppelt, und seit Anfang 2008 stieg er nochmals um über 60%.“¹⁴⁰ *Caritas International* zufolge kommt es mittlerweile zu zahlreichen Hungerprotesten im ganzen Land.¹⁴¹ Nüchtern wird diesbezüglich im *NATO-Review* festgestellt: „Es ist durchaus möglich, dass sich junge Männer aufgrund der hohen Lebensmittelpreise eher von regierungsfeindlichen Elementen, einschließlich der Taliban, rekrutieren lassen.“¹⁴²

Während für militärische Ausgaben von 2002 bis 2006 gigantische 82.5 Mrd. Dollar bezahlt wurden, belief sich die Entwicklungshilfe im selben Zeitraum auf jämmerliche

7.3 Mrd., ein Betrag, der bei weitem nicht ausreicht, um die erdrückende Not im Land auch nur ansatzweise zu lindern. Umso schlimmer, dass selbst diese niedrige Zahl sogar noch deutlich zu hoch angesetzt ist, denn „ein großer Teil der Entwicklungshilfe wird tatsächlich für Sicherheitsbelange wie den Aufbau der afghanischen Armee- und Polizeitruppen ausgegeben, anstatt für dringende Ernährungs- und Gesundheitsprogramme zugunsten der lokalen Bevölkerung.“¹⁴³ So werden die deutschen Gelder für den Aufbau der afghanischen Polizei dem Einzeplan 23 (BMZ-Haushalt) entnommen – bis 2008 etwa 100 Mio. Euro.¹⁴⁴ Im Ergebnis gab gesamte internationale Gemeinschaft zwischen 2002 und 2006 lediglich 433 Mio. Dollar für Gesundheits- und Ernährungsprogramme aus¹⁴⁵ – zur Erinnerung: allein die Kosten für die einjährige Verlängerung des deutschen ISAF-Einsatzes belaufen sich auf über 500 Mio. Euro.

5.2 Alles Taliban? Armut und Krieg als Triebfedern des Widerstands

Angesichts der derzeitigen Politik stellt sich – abgesehen von gravierenden moralischen Bedenken – ganz grundsätzlich die Frage, inwieweit eine gewaltsame Oktroyierung westlicher Ordnungsvorstellungen überhaupt praktikabel ist: „Das naive, rein technokratische Überstülpen westlicher ‚Blaupausen‘ von Rechtsstaat und Demokratie wird in den meisten dieser Gesellschaften zu erheblichen Verwerfungen und Abstoßungsreaktionen führen und letztlich zum Scheitern verurteilt sein.“¹⁴⁶ Diese Einschätzung trifft in jedem Fall zu, wenn der vollmundige Stabilitätsexport derart schamlos als Lizenz zum Plündern verstanden wird, wie dies gegenwärtig in Afghanistan der Fall ist, wie eine Studie des *Carnegie Endowment for International Peace* belegt: „Eine breit gestützte Akzeptanz des Nation Building von Ausländern ist nicht mehr aufrecht zu erhalten, wenn die lokale Bevölkerung den Eindruck gewinnt, dass die Besatzungsmacht nur die eigenen Interessen fördert.“¹⁴⁷

Immer größere Teile der afghanischen Bevölkerung betrachten deshalb die westlichen Truppen als Okkupanten, nicht als Wohltäter. Unter den Paschtunen sprechen sich siebzig

138 Senlis Council 2006, S. 192.

139 Vgl. Afghanistan Human Development Report 2007 – Bridging Modernity and Tradition: Rule of Law and the Search for Justice, UNDP 2007, S. 18-23.

140 BFAI: Investoren kehren Afghanistan den Rücken 2008.

141 Caritas International 2008.

142 Was bedeutet die Lebensmittelkrise in Afghanistan, in: NATO Review, Mai 2008.

143 Senlis Copuncil 2006, S. 203.

144 Wagner, Jürgen: Mit Sicherheit keine Entwicklung, IMI-Studie 2008/10.

145 Senlis Council 2006, S. 209.

146 Oeter, Stefan: Post-Conflict Peacebuilding, in: Friedenswarte, Nr. 1-2/2005, S. 41-60, S. 42.

147 Pei, Minxin: Lessons from the Past: The American Record on Nation Building, Carnegie Endowment Policy Brief 24 (May 2003), S. 6.

bis achtzig Prozent und in der anderen Bevölkerungshälfte ebenfalls über fünfzig Prozent gegen die Auslandspräsenz aus.¹⁴⁸ Aus diesem Grund steigt auch der Anteil derjenigen, die bereit sind, sich gewaltsam gegen den - sicher nicht völlig zu unrecht - zunehmend als ausbeuterisch wahrgenommenen Westen zur Wehr zu setzen. Einigen Umfragen zufolge befürworten mittlerweile über 50 Prozent der afghanischen Bevölkerung politisch motivierte Selbstmordattentate gegen die Besatzer.¹⁴⁹

Dabei wäre es grob verkürzt, den wachsenden Widerstand pauschal als ideologisch motiviert abzuqualifizieren – die Wirklichkeit ist deutlich komplexer. Auf der Basis umfassender Feldforschung kommt der *Senlis Council* zu dem Ergebnis, der wachsende Widerstand und die völlige Diskreditierung der westlichen Besatzungsmächte, hänge elementar damit zusammen, dass sich die humanitäre Situation seit 2001 massiv verschlechtert habe. Exemplarisch für viele in der Senlis-Studie zitierten Afghanen ist die Aussage eines Polizeikommandeurs aus Kandahar: „Die Ausländer kamen hierher und sagten, sie würden den armen Menschen helfen und die wirtschaftliche Situation verbessern, aber sie geben nur Geld für ihre Militäroperationen aus. Die armen Menschen sind ärmer als sie es während der Taliban-Herrschaft waren. Wir trauen ihnen nicht mehr. Wir wären Dummköpfe, wenn wir es täten.“¹⁵⁰ Dies schürt den Hass gegen den Westen und verschafft sämtlichen Widerstandsgruppen, von denen die Taliban derzeit die Stärkste ist, regen Zulauf. „In Zeiten der Armut erinnern sich viele Afghanen daran, dass es ihnen materiell besser ging, als die Taliban die Kontrolle hatten. Bitterarme Familien in Dörfern, die keinerlei Hilfe erhalten haben, sagen, sie wären über eine Rückkehr der Taliban froh, wenn sie dafür ihre Familien ernähren könnten.“¹⁵¹ Diese Aussagen zeigen, dass die Motivation zum Widerstand nicht auf ideologische Motive zurückzuführen ist. Laut *Senlis Council* setzt sich dieser mittlerweile primär aus „armutsgetriebenen ‚Graswurzelgruppen‘“ und nicht aus islamistischen Fundamentalisten zusammen.¹⁵²

Ein weiterer Faktor, der den Widerstand massiv befördert, ist die rücksichtslose Kriegsführung der NATO, der mehr und mehr Unbeteiligte zum Opfer fallen: „Es sind heute NATO-Bombardements, die täglich afghanische Zivilisten töten und ganze Dörfer dem Erdboden gleichmachen. Das brutale Vorgehen der Besatzer bringt die Bevölkerung gegen sie auf und heizt den bewaffneten Widerstand an. Das kritisieren mittlerweile auch Kommandeure der Besatzungstruppen. An dieser Brutalität hat sich auch nichts geändert, seit

die NATO Ende letzten Jahres eine neue Strategie für Afghanistan verabschiedet hat, in der es unter anderem heißt, die Kampftruppen sollten auf die Verhältnismäßigkeit der Mittel achten. Deshalb nehmen die Gruppen im Land zu, die das Militär intern als ‚bewaffneten Widerstand‘ bezeichnet, während die westliche Presse sie pauschal als ‚Taliban‘ etikettiert. Dieser bewaffnete Widerstand erhält Zulauf von Männern und Frauen aus den wachsenden Flüchtlingslagern in Afghanistans Nachbarländern und aus den vom Krieg verwüsteten Gebieten des Landes.“¹⁵³ Ein Mann in Jalalabad fasste die Gefühlslage folgendermaßen zusammen: „Die Taliban haben zwei meiner Angehörigen umgebracht, die Invasoren 16. Du kannst Dir ausrechnen, auf wessen Seite ich stehe.“¹⁵⁴

Auch auf einer Konferenz der renommierten *RAND Corporation* wurde betont, nur 20% der Aufständischen gehörten ideologisch zu den Taliban: „Die Taliban erfahren Unterstützung von Neulingen und Alliierten, die nicht ihre Ideologie teilen, sich aber aus anderen Gründen gegen Kabul, lokale Führer oder die internationale Präsenz stellen und dies unter dem Banner der Taliban tun. Es gibt fluide Allianzen und Absprachen auf der lokalen Ebene, wenn auch mit wenig Kohärenz und Kohäsion.“¹⁵⁵ Selbst der Vorsitzende des Deutschen Bundeswehrverbandes, Bernhard Gertz, bestätigt diese Einschätzung: „Wir haben uns getäuscht in der Resonanz unserer Bemühungen. [Offenbar] ist die Annahme, die Masse der Bevölkerung stünde hinter Präsident Hamid Karsai und den Isaf-Truppen, nicht ganz zutreffend. Es sind nicht nur wenige entschlossene Terroristen, die uns bedrohen. Viele Afghanen stehen als Unterstützer zur Verfügung.“¹⁵⁶

5.3 Besetzung als Terrorbekämpfung: ein gefährlicher Irrweg

Deutschlands Sicherheit werde am Hindukusch verteidigt, so die Argumentation des ehemaligen Verteidigungsministers Peter Struck. Die Besetzung und militärische Stabilisierung Afghanistans sei erforderlich, damit das Land nicht länger als Rückzugs- und Rekrutierungsgebiet für terroristische Gruppen fungiere. Die wesentlichen Konflikte zwischen den Taliban und der US-Regierung drehten sich jedoch nicht um die Auslieferung Bin Ladens – diese wurde in der Tat sowohl vor als auch nach dem 11. September 2001 mehrfach angeboten -, sondern um die Verlegung einer strategisch wichtigen Pipeline.¹⁵⁷ Obwohl also der Angriff keineswegs zwingend erforderlich war und eine Verhandlungslösung möglich gewesen wäre, setzte man von Anfang an mit dem Argument auf

148 Brief an den Grünen-Parteitag, URL: http://www.afghanistandemo.de/2007/te-brief_gruene.htm (09.09.2008).

149 Senlis Council 2006, S. vi. Auch wenn andere Umfragen zahlenmäßig niedriger liegen, zeigt sich doch, dass die Bereitschaft zum gewaltsamen Widerstand in der Tendenz selbst im vormals eher ruhigen Norden deutlich ansteigt: „Beunruhigend auch, dass die Zustimmung zu Anschlägen gegen US-Truppen im Südwesten von sieben auf 27 Prozent gestiegen ist - und auch im Nordosten, wo die Bundeswehr im Einsatz ist, zeigt inzwischen fast jeder fünfte Sympathie für Gewalt gegen die ISAF-Truppen.“ Vgl. Henze, Arndt: Zustimmung zur Gewalt steigt, tagesschau.de, 05.12.2007.

150 Senlis Council 2006, S. 21.

151 Ebd., S. 11.

152 Senlis Council 2007, S. 60. Auch die Stiftung Wissenschaft und Politik betont: „Der Aufstand speist sich zudem aus Kämpfern, die in örtlichen Stämmen verwurzelt sind.“ Vgl. Noetze/Zapf 2008, S. 14.

153 Buchholz/Strutyński 2008.

154 Povey 2008.

155 Ahmed, Samina: Are We Learning? Military Engagement - The Taliban, Past and Present, in: Cheryl, Benard u.a.: Afghanistan - State and Society, Great Power Politics, and the Way Ahead Findings from an International Conference, Copenhagen, Denmark, 2007.

156 Afghanistan – Angst vor zweitem Irak, Tagesspiegel.de, 31.05.2006.

die militärische Karte, das „Terrornest Afghanistan“ ein für alle Mal ausgeräuchern zu wollen.

Zynischerweise erweist sich das hierfür gewählte Mittel, eine militärische Besetzung, als hochgradig kontraproduktiv, wie der renommierte US-Wissenschaftler Robert Pape bestätigt. Er fand in einer breit angelegten Studie heraus, dass praktisch sämtliche Selbstmordattentate „nicht einfach ein Ergebnis irrationaler Individuen oder fanatischen Hasses sind. Das vorrangige Ziel von Selbstmordattentaten ist es, [...] die Demokratien dazu zu zwingen, ihre Truppen aus dem Land, das die Terroristen als ihre Heimat betrachten, abzuziehen.“ Hieraus erklärt sich auch der dramatische Anstieg solcher Attentate in den letzten Jahren, weshalb seine Schlussfolgerung eindeutig ist: „Am wichtigsten ist, dass die enge Verbindung zwischen ausländischer Besetzung und dem Anstieg von Selbstmordattentaten denjenigen zu denken geben sollte, die Lösungen favorisieren, die die Eroberung von Ländern einschließt, um deren politische Systeme zu transformieren. Die Eroberung von Ländern mag terroristische Operationen kurzfristig behindern, aber es ist wichtig zu erkennen, dass die Besetzung von mehr Ländern sehr wohl zu einem Anstieg der Zahl der Terroristen führen könnte, die sich gegen uns richten.“¹⁵⁸ Selbst die US-Geheimdienste haben inzwischen bestätigt, dass der Angriffskrieg gegen den Irak die terroristische Gefahr für die Vereinigten Staaten erhöht hat.¹⁵⁹

Diese Tatsache trifft auch auf Afghanistan zu, wo die Zahl der Menschen, die sich gegen den als kreuzzüglerisch empfundenen Westen zur Wehr setzen wollen, immer weiter ansteigt. Dabei ist es illusorisch anzunehmen, dass diese Auseinandersetzung auf alle Ewigkeit auf Afghanistan beschränkt bleiben wird, wie indirekt auch von BND-Chef Ernst Uhrlau bestätigt wird: „Deutschland rückte und rückt aufgrund seines markanten außen- und sicherheitspolitischen Profils verstärkt ins Zielspektrum terroristischer Anschläge.“¹⁶⁰ Somit verursacht Deutschlands Beteiligung am Krieg gegen

den Terror genau das Gegenteil dessen, was sie bewirken soll. Heinz Fromm, Chef des Verfassungsschutzes, warnt etwa mit folgenden Worten vor neuen Anschlägen: „Deutschland zählt für die islamistischen Terroristen zu den sogenannten Kreuzzüglern.“¹⁶¹

Darüber hinaus ist es auffällig, dass selbst Propagandisten des militärischen Nation Building teils unumwunden einräumen, sie hätten eigentlich überhaupt keine Ahnung, wie dies zu bewerkstelligen wäre.¹⁶² Auch die Bilanz der bisherigen Versuche in diese Richtung legt nahe, von derlei Vorhaben eher Abstand zu nehmen.¹⁶³ Die Ursache hierfür liegt nicht zuletzt darin, dass der für ein erfolgreiches Nation Building erforderliche exorbitante Personalbedarf zumeist völlig unterschätzt wird. Selbst nach Einschätzung des Pentagons – etwa seines wichtigsten wissenschaftlichen Beratungsgremiums, des *Defence Science Board* – ist für einen nachhaltigen Stabilitätsexport die Stationierung von 20 Soldaten pro 1000 Einwohner für 5-8 Jahre erforderlich.¹⁶⁴ Für Afghanistan mit seinen knapp 30 Millionen Einwohnern bedeutet dies einen Truppenbedarf von etwa 600.000 Soldaten.¹⁶⁵

Auch wenn es gelingen sollte, die afghanische Polizei und Armee effektiv aufzubauen – was nach gegenwärtigem Stand eher zweifelhaft erscheint – so ist doch klar, dass die gegenwärtig in Afghanistan stationierten Truppen bei weitem nicht ausreichen. So gibt Verteidigungsminister Jung an, selbst bei einem erfolgreichen Aufbau der afghanischen Armee und Polizei müsse die Bundeswehr noch 5 bis 10 Jahren im Land stationiert bleiben.¹⁶⁶ Gleichzeitig versichert NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer jedoch, „dass Einsätze wie der in Afghanistan künftig nicht die Ausnahme sein könnten, sondern vielleicht die Regel.“¹⁶⁷ Schon allein aus diesem Grund ist eine neue Strategie zur Effektivierung der Aufstandsbekämpfung dringend erforderlich, die sämtliche verfügbaren Kapazitäten auf dieses Ziel verpflichtet.

157 Vgl. Wagner 2002, S. 58ff.

158 Pape, Robert: The Strategic Logic of Suicide Terrorism, *American Political Science Review*, Vol. 97, No. 3 (August 2003), S. 343-361, S. 345, 357.

159 Pany, Thomas: „Der Irak-Krieg hat es schlimmer gemacht“, *Telepolis*, 25.09.2006.

160 „Trügerische Ruhe“, *FAZ.net*, 20.11.2006.

161 Bosbach fordert Datei gegen Visa-Missbrauch, *Spiegel Online*, 02.12.2006.

162 So gab der ehemalige amerikanische UNO-Botschafter John Bolton, einer der Wortführer der Hardliner, an, dass „die Möglichkeiten für externe Akteure, eine funktionierende Zivilgesellschaft aufzubauen, tatsächlich extrem begrenzt sind.“ Trotz seines Plädoyers für die Kolonisierung der Peripherie wird dies auch von Krasner bestätigt: „Es ist eine simple Tatsache, dass nicht wissen, wie man Demokratiebildung bewerkstelligt.“ Vgl. Logan, Justin/Preble, Christopher: *Failed States and Flawed Logic*, CATO Policy Analysis No. 560, January 11, 2006. Vgl. auch Blecher, Robert: *Free People Will Set the Course of History: Intellectuals, Democracy and American Empire*, *Middle East Report Online*, March 2003.

163 In der Tat deuten die meisten Untersuchungen auf die „Demokratisierungswirkung“ westlicher Interventionen, auf eine miserable Quote hin. So untersuchte die Hoover Institution 19 amerikanische Besetzungen im letzten Jahrhundert und kam zu folgendem Ergebnis: „Im Gegensatz zu dem, was erwartet werden könnte, ist der Einfluss der Vereinigten Staaten nicht sonderlich beeindruckend.“ Vgl. Chappell Lawson/Strom C. Thacker, *Democracy? In Iraq?*, *Hoover Digest* No. 3/Summer 2003.

164 *Defense Science Board 2004 Summer Study on Transition To and From Hostilities*, December 2004, S. 27.

165 Kein Wunder, dass hohe Militärs weit mehr Soldaten fordern: „Der scheidende Nato-Oberkommandierende Dan McNeill sagte im Juni, nach den Regeln der ‚counter insurgency‘, der Aufstandsbekämpfung, bedürfte es einer Truppe von 400.000 Mann in Afghanistan.“ Vgl. Harrer, Gudrun: *Der „gute“ Krieg läuft schlecht*, *Der Standard*, 21.08.2008.

166 Henken 2008.

167 Scheffer, Jaap de Hoop: *Die Zukunft der Atlantischen Allianz*, Rede am 07.10.2004.

Teil 6: Zivil-Militärische Aufstandsbekämpfung in Afghanistan

Schon lange fordern zahlreiche NATO-Schwergewichte, dass künftig „Stabilisierungsoperationen“ – also Besatzungs- und Aufstandsbekämpfungseinsätze wie in Afghanistan - den künftigen Operationsschwerpunkt des Bündnisses darstellen sollen.

Hierfür werden grundlegend neue Kapazitäten benötigt, die derzeit im Rahmen der Zivil-militärischen Zusammenarbeit (CIMIC) – im NATO-Jargon: „comprehensive approach“ genannt -, herausgebildet werden. Im Kern geht es dabei darum, alle verfügbaren zivilen Kapazitäten (Entwicklungshelfer, Polizisten, Juristen, etc.), die im Militär nur begrenzt bzw. überhaupt nicht vorhanden sind, für das reibungslose Funktionieren von NATO-Besatzungen nutzbar zu machen. Gerade in Afghanistan wird erstmals in großem Stil versucht, zivile Akteure für die Aufstandsbekämpfung zu instrumentalisieren, was deren Arbeit vor Ort unmöglich macht, da sie als integraler Bestandteil der Besatzung betrachtet werden.

6.1 Von der Verteidigungs- zur Interventions- zur Besatzungsarmee

Der ursprünglich zentrale Verteidigungsauftrag der Allianz spielt innerhalb von NATO-Zirkeln kaum noch eine Rolle. Nach der in den 1990er Jahren erfolgten Umorientierung zu einem global agierenden Interventionsbündnis wird nun die zweite grundlegende Neuausrichtung anvisiert. So schreiben Hans Binnendijk und Richard Kugler, zwei prominente Pentagon-Experten, die NATO müsse zu einer „Stabilisierungs- und Wiederaufbaugruppe“ werden. Ähnlich äußerte sich der kurzzeitig von US-Präsident Bush mit dem „Wiederaufbau“ Afghanistans betraute James Dobbins im Hausblatt der Allianz, dem *NATO-Review*. Der viel sagende Titel: „Die Rolle der NATO beim Aufbau von Staatswesen.“¹⁶⁸

Ein noch deutlicheres Plädoyer in diese Richtung erschien ebenfalls im *NATO-Review* und stammt von Christoph Bertram: „Jede Zukunftsprognose deutet darauf hin, dass der Bedarf an dieser Art von Aktivität zunehmen wird. [...] Anstatt dass die NATO den ganz offensichtlichen Änderungen des strategischen Umfelds Rechnung trägt, ist sie durch das Erfordernis der politischen Korrektheit an die Maxime des Strategischen Konzepts von 1999 gebunden, wonach die Aufrechterhaltung eines angemessenen militärischen Dispositivs und die eindeutige Bereitschaft zu kollektivem Vorgehen im Interesse der gemeinsamen Verteidigung weiterhin für die Sicherheitsziele des Bündnisses von zentraler Bedeutung sind.“ Die zunehmende Ausrichtung der Allianz zur Kriegsführung müsse, so Bertram, nun auf eine neue Stufe gehoben werden: „Seit dem Ende des Kalten Krieges hat die NATO eine bemerkenswerte Bereitschaft zur Anpassung an neue Gegebenheiten unter Beweis gestellt. Als nächster Schritt ist nun erforderlich, dass sie Stabilisierungsaufgaben zu ihrem Hauptauftrag erklärt.“¹⁶⁹ Im Herbst 2007 wurde im *NATO-Review* schließlich ein Artikel platziert, der dafür plädierte, Wiederaufbau- und Stabilisierungsmaßnahmen nach Konflikten „sollten unter der Ägide einer einzigen, dazu geeigneten Organisation konsolidiert, ausgebaut und koordiniert werden, nämlich unter der Ägide der NATO.“¹⁷⁰

Land	Ranking	Bevölkerung	Benötigte Truppen zur nachhaltigen Stabilisierung
Elfenbeinküste	1	17,298,40	345,961
DR Kongo	2	60,085,804	1,201,716
Sudan	3	40,187,486	803,750
Irak	4	26,074,906	521,498
Somalia	5	8,591,629	171,833
Sierra Leone	6	6,017,643	120,353
Tschad	7	9,826,419	196,528
Jemen	8	20,727,063	414,541
Liberia	9	3,482,211	69,644
Haiti	10	8,121,622	162,432
Afghanistan	11	29,928,987	598,580
Ruanda	12	8,440,820	168,816
Nordkorea	13	22,912,177	458,244
Kolumbien	14	42,954,279	859,086
Simbabwe	15	12,746,990	254,940
Guinea	16	9,467,866	189,357
Bangladesch	17	144,319,628	2,886,393
Burundi	18	6,370,609	127,412
Dominik. Republik	29	8,950,034	179,001
Zentralafri. Republik	20	3,799,897	75,998

Tabelle: Truppenbedarf für den „Stabilitätsexport“ (Stationierungsdauer 5-8 Jahre) Quelle: Christopher Preble/Justin Logan: *Failed States and Flawed Logic: The Case against a Standing Nation-Building Office*, CATO Policy Analysis no. 560, January 11, 2006, S. 18 auf Basis der Angaben des Defence Science Board.

168 Binnendijk, Hans/Kugler, Richard: Needed - A NATO Stabilization and Reconstruction Force, *Defense Horizons* No. 45 (September 2004); Dobbins, James: Die Rolle der NATO beim Aufbau von Staatswesen, in: *NATO Review* (Sommer 2005).

169 Bertram, Christoph: Abschied vom Krieg, in: *NATO Review* (Frühjahr 2006).

170 Milkoreit, Manjana: Die zivile Dimension der Sicherheit ernst nehmen: die NATO als die Organisation für den Wiederaufbau nach einem Konflikt, in: *NATO Review* (Herbst 2007).

Das Lobbying scheint Früchte zu tragen, erste maßgebliche Schritte in diese Richtung sind bereits auf den Weg gebracht, sodass das Weißbuch der Bundeswehr im Oktober 2006 konstatierte: „Die Anstrengungen der NATO werden sich künftig stärker auf Stabilisierungseinsätze und militärische Unterstützung für die Wiederherstellung staatlicher Strukturen richten. Dabei kommt es zunehmend darauf an, alle der NATO zur Verfügung stehenden politischen und militärischen Instrumente und Kapazitäten koordiniert zu nutzen.“¹⁷¹ Einen Monat später wurde auf dem NATO-Gipfel in Riga die so genannte „Comprehensive Political Guidance“ (CPG) verabschiedet, ein Planungsdokument, das die Richtlinien für die auf 2009 terminierte Neufassung des Strategischen Konzeptes der NATO vorgibt. Auch die CPG betont die „wachsende Bedeutung von Stabilisierungsoperationen und die militärische Unterstützung von Wiederaufbaum Bemühungen im Anschluss an einen Konflikt.“¹⁷²

6.2 Effektiver Kolonialismus: Die CIMIC-Logik der NATO

Die „Logik“ der Zivil-militärischen Zusammenarbeit, ihre Funktion im Rahmen des NATO-Kriegskonzeptes, wird in dem bereits erwähnten Grundsatzpapier fünf hochkarätiger NATO-Strategen vom Januar 2008, das explizit als Vorschlagskatalog für die Erneuerung des Strategischen Konzeptes in die Debatte eingespeist wurde, unter dem Begriff des „integrierten Ansatzes“ folgendermaßen beschrieben: „Wir glauben fest daran, dass man einen bewaffneten Konflikt nicht mehr länger *ausschließlich* dadurch gewinnen kann, dass man soviel wie möglich Feinde tötet oder gefangen nimmt oder indem man seine Machtbasis zerstört. Die NATO benötigt mehr nicht-militärische Fähigkeiten, [...] die Teil einer integrierten Strategie sein müssen: eine in der nicht-militärische Mittel mit maximaler Präzision, Exaktheit und Integration koordiniert und disloziert werden.“¹⁷³ Hans Binnendijk fasste die diesbezüglichen Diskussionen innerhalb der NATO folgendermaßen zusammen: „Die Erfahrung zeigt, dass Konfliktbeilegung die Anwendung aller Elemente nationaler und internationaler Macht erfordert - politischer, diplomatischer, ökonomischer, finanzieller, informeller, sozialer, kommerzieller wie auch militärischer. Um Krisen zu bewältigen, sollte die NATO einen Umfassenden Ansatz (Comprehensive Approach) übernehmen, der den gleichzeitigen Einsatz aller zur Verfügung stehenden zivilen und militärischen Elemente vorsieht, um Feindseligkeiten zu beenden [und] die Ordnung wiederherzustellen.“¹⁷⁴

Kernpunkt des CIMIC-Konzeptes ist, dass es auf die Umsetzung militärischer, nicht entwicklungspolitischer Ziele fokussiert ist. Dies geht eindeutig aus den Ausführungen von Oberst i.G. Gerhard J. Klose, Referatsleiter für Grundsatzfragen im Bereich Zivil-militärische Kooperation im Bundesverteidigungsministerium hervor. Er schreibt zur CIMIC-Definition im NATO-Dokument AJP 9: „An einem Punkt, der gern übersehen wird, ist diese Definition nämlich sehr präzise. Es heißt dort nämlich klar und eindeutig: in support of the mission, also zur Unterstützung der militärischen Operation. Damit wird der Zweck klargestellt, dem dieses Aufgabengebiet zu dienen hat, nämlich ausschließlich der Unterstützung der militärischen Operation. [...] Und nicht vergessen werden sollte auch, dass der eigentliche Gegner in einer militärischen Operation nicht das Militär ist, sondern die dahinter stehende zivile Gesellschaft.“¹⁷⁵ Auch Oberst i.G. Friedrich Engelhardt vom Einsatzführungskommando der Bundeswehr gibt unmissverständlich an: „CIMIC ist integraler Bestandteil der militärischen Operationsführung und orientiert sich eindeutig am Einsatzauftrag des Militärs.“¹⁷⁶

6.3 Afghanistan: Entwicklungshilfe im Kampfanzug

Während man also dabei ist, die Zivil-militärische Zusammenarbeit als neue Leitidee zu etablieren, wird sie in Afghanistan bereits im großen Stil erprobt. Dass dies in der Praxis auf eine Effektivierung der Aufstandsbekämpfung hinausläuft, erläutert Daniel Fried, Staatssekretär für Europäische und Eurasische Angelegenheiten im amerikanischen Außenministerium: „Viele der neuen Kapazitäten werden gegenwärtig in Afghanistan getestet – dort lernen wir auch, wie zivile und militärische Anstrengungen besser integriert werden können. Mit jedem Monat lernen wir mehr darüber, was im 21. Jahrhundert für eine Aufstandsbekämpfung erforderlich ist – ein kombinierter zivil-militärischer Ansatz, bei dem Soldaten Seite an Seite mit Entwicklungshelfern, Diplomaten und Polizeitrainern agieren.“¹⁷⁷

Ganz konkret funktioniert die Zivil-militärische Zusammenarbeit in Afghanistan über so genannte Regionale Wiederaufbauteams (Provincial Reconstruction Teams, PRTs), die als Vorbild für künftige Einsätze dienen.¹⁷⁸ Es war das US-Verteidigungsministerium, unter dessen Federführung das Konzept der zivil-militärischen Regionalen Wiederaufbauteams, damals noch unter dem Begriff „Joint Regional Teams“, entwickelt wurde.¹⁷⁹ Mittlerweile sind 26 PRTs unter NATO/ISAF-Führung in Afghanistan tätig, „die sich aus Diplomaten, Polizeiausbildern, Aufbau Helfern und Soldaten

171 Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands 2006, S. 28.

172 Comprehensive Political Guidance, Endorsed by NATO Heads of State and Government on 29 November 2006, Absatz 2,6.

173 Naumann u.a. 2008, S. 131. Hervorhebung JW.

174 Binnendijk, Hans/Petersen, Friis: The Comprehensive Approach Initiative, Defense Horizons (September 2007), S. 1.

175 Klose, Gerhard J.: Zivil-militärische Kooperation aus Sicht der Verteidigungspolitik, Vortrag auf den Entwicklungspolitischen Diskussionstagen 2004, S. 19. Die „Allied Joint Publication (AJP) 9“ vom Juni 2003 konkretisierte die NATO Direktive MC 411/1 vom Juli 2001.

176 Roehder, Katja: Die NATO als Kooperationspartner für die Entwicklungspolitik. Neue Konzeptionen zivil-militärischer Zusammenarbeit, 1. Dezember 2005, La Redoute, Bonn, S. 19.

177 Fried, Daniel: NATO: Enlargement and Effectiveness, Testimony Before the Senate Committee on Foreign Relations, Washington, DC, March 11, 2008.

178 Dieser Vorbildcharakter wird anhand der Tatsache deutlich, dass PRTs mittlerweile auch im Irak operieren.

179 Hamann, Birte: Sicherheit und Entwicklung. Veränderungen in der Entwicklungspolitik der USA und Deutschlands angesichts neuer Sicherheitsbedrohungen, Kölner Arbeitspapiere zur internationalen Politik, Nr.30/2005, S. 57.

zusammensetzen.¹⁸⁰ Während die USA davon den Großteil befehlen, ist auch Deutschland mit zwei PRTs in Kundus und Faisabad beteiligt. Die Aufgabenbeschreibung dieser integrierten Truppen macht ihren zivil-militärischen Charakter mehr als deutlich: „PRTs weisen eine Stärke von jeweils etwa 50 bis 500 Personen auf. [...] Dabei agieren die PRTs in drei Dimensionen: Schaffung von Sicherheit, Bildung staatlicher Institutionen und Durchführung bzw. Ermöglichung von Wiederaufbau. [...] Im Feld sind PRTs als Patrouille, Vermittler, Netzwerkbilder, Betreiber von Wiederaufbauprojekten, Armee- und Polizeiausbildner, Demobilisierungs- und Entwaffnungshelfer sowie als Informationsbeschaffer aktiv.“¹⁸¹

Die US-amerikanischen und britischen PRTs werden von Militärs kommandiert und folgen dementsprechenden Prioritäten: „Die amerikanischen PRTs sind trotz ihrer ‚civil affairs‘-Elemente überwiegend auf sicherheitsschaffende Operationen ausgerichtet, auch auf Kampffaktionen, um versprengte Al-Qaida oder Taliban Mitglieder zu jagen.“¹⁸² Demgegenüber versucht die Bundesregierung ihr PRT-Konzept als positives Gegenbeispiel abzusetzen: „Die Bundesregierung hatte der Übernahme des PRT erst nach einer grundlegenden Änderung des amerikanischen Konzepts zugestimmt. Wie die US-Teams setzen sich auch die deutschen aus einer zivilen und einer militärischen Komponente zusammen. Die deutschen PRTs werden jedoch von einer Doppelspitze geführt. Das zivile Personal untersteht also nicht der militärischen Führung sondern einem Abgesandten des Auswärtigen Amts.“¹⁸³ Allerdings handelt es sich hier lediglich um Schönfärberei. Selbst im Bundesministerium für Zusammenarbeit (BMZ) wird eingeräumt, dass in der Praxis das Militär den Hut auf hat: „Auch das deutsche PRT folge in erster Linie einer militärischen Logik, kritisiert [BMZ-Staatssekretär Erich] Stather, da die erste Überlegung sei, wo es aus militärischer beziehungsweise sicherheitspolitischer Perspektive wichtig sei, Präsenz zu zeigen und erst in einem zweiten Schritt überlegt werde, welche entwicklungspolitischen Maßnahmen in der gewählten Region sinnvoll seien.“¹⁸⁴ Einen weiteren Aspekt spricht Hans-Joachim Preuß, Generalsekretär der Welthungerhilfe, an: „Im deutschen PRT ist zu unterscheiden die ‚funktionale‘ Trennung der verschiedenen Elemente von der Sichtbarkeit der Trennung nach außen. Die ‚funktionale‘ Trennung [...] funktioniert eher als die Trennung nach außen.“¹⁸⁵

Auch die deutschen Einheiten haben eindeutig militärische Aufgaben: „Die deutschen PRTs unterstützen aber nicht

nur den Aufbau der Polizei, sondern sind auch in weiteren Bereichen aktiv, wie u.a. in der Drogenbekämpfung und der Bekämpfung des Terrorismus, in der Öffentlichkeitsarbeit (Betreiben von Radiosendern) sowie im Monitoring (Sammeln von Informationen aus den Bereichen Politik und Militär).“¹⁸⁶ Gerade dieses Monitoring ist de facto eine Unterstützung von Kampfhandlungen in Form von Spionage. Anne Bodine, Mitarbeiterin des US-Außenministeriums im PRT in Herat, beschrieb die Tätigkeit ihrer Truppe wie folgt: „Wir sind Augen und Ohren der US-Regierung.“¹⁸⁷ Auch die *Stiftung Wissenschaft und Politik* betont, „das große Potential der CIMIC-Kräfte“ müsse zukünftig „stärker berücksichtigt werden.“ In einem „so vielschichtigen und sich rasch verändernden sozialen Umfeld wie Afghanistan“ seien „Kenntnisse über lokale Machtgefüge [...] äußerst wichtig.“ CIMIC gehöre mittlerweile sogar „zu den Ausbildungsgängen der Führungsakademie der Bundeswehr“, berichtet die SWP: „Damit wird den zukünftigen Kommandeuren der hohe Nutzen von CIMIC bei Lagebildgenerierung, Bewertung und Erstellung von Handlungsempfehlungen [...] vertraut gemacht.“¹⁸⁸ Im Militärsprech liest sich dies dann folgendermaßen: „Durch Aufbau und Pflege eines Beziehungsgeflechts zwischen den eingesetzten Streitkräften und den vielfältigen zivilen und nichtstaatlichen Akteuren im Einsatzland werden Informationen gewonnen, die die Streitkräfte zur Vervollständigung des Gesamtbildes nutzen.“¹⁸⁹

Die „Hilfsprojekte“ der Regionalen Wiederaufbauteams sollen direkt den militärischen Auftrag unterstützen. So sollen brunnenbauende Soldaten als PR-Maßnahme dabei helfen, die Akzeptanz der militärischen Besatzung in der afghanischen Bevölkerung zu erhöhen („winning hearts and minds“): „Gerade in Anbetracht der schwierigen Sicherheitslage liegt der Fokus der Hilfsleistungen meist auf schnellen und sichtbaren Projektzielen. Diese Art von Projekten sollen die öffentliche Unterstützung gewinnen. Häufig stärken sie lediglich die örtlichen Machthaber. Da diesen Projekten keine langfristigen und nachhaltigen Programme folgen, führen sie innerhalb der afghanischen Bevölkerung verstärkt zu der Wahrnehmung, dass an der nachhaltigen Entwicklung des Landes kein Interesse besteht.“¹⁹⁰ Projekte werden deshalb nicht dort gestartet, wo es die größte Not gebietet, sondern wo militärstrategische Interessen dies nahe legen: „Daher werden die Orte, über denen man Hilfsgüter abwirft, nach militärischer Nützlichkeit ausgewählt. Die Frage, wo Unter-

180 Auswärtiges Amt: Deutschland globales Engagement, URL: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Infoservice/Broschueren/GlobalesEngagement.pdf> (13.07.2007), S. 12.

181 Gauster, Markus: Provincial Reconstruction Teams in Afghanistan. Ein innovatives Instrument des internationalen Krisenmanagements auf dem Prüfstand, Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie, 11/2006, S. 10f.

182 Denison, Andrew: Deutschland in Afghanistan: Woher, Wohin?, Dezember 2006, URL: http://www.aicgs.org/file_manager/streamfile.aspx?path=&name=denison1206.pdf (13.06.2007), S. 10. Vgl. auch Gauster 2006, S. 12.

183 Hamann 2005, S. 98f.

184 Ebd., S. 101.

185 Preuß, Hans-Joachim: Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung von Sachverständigen zum Thema „Zivil-militärische Zusammenarbeit“ im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung am 25. Oktober 2006, Ausschussdrucksache Nr. 16(19)124.

186 Bajohr, Ulrike: Deutschland und das State Building in Afghanistan, 10. Oktober 2005, URL: http://www.fernuni-hagen.de/imperia/md/content/politikwissenschaft/ha_bajohr.pdf (eingesehen 02.08.2007), S. 11f.

187 Christian Aid: The Politics of Poverty. Aid in the New Cold War, 2004, S. 47.

188 Lange, Sascha: Die Bundeswehr in Afghanistan. Personal und technische Ausstattung in der Einsatzrealität; SWP-Studie S9, März 2008.

189 Baumgard, Frank: Zivil-Militärische Zusammenarbeit in der Bundeswehr, in: Wehrtechnik V/2008, 96-105, S. 98.

190 Caritas 2008.

Zivil-militärische Zusammenarbeit - Kritikpunkte

Die folgenden Kritikpunkte an CIMIC von Andreas Buro beziehen sich zwar auf die Zivile Konfliktbearbeitung (ZKB), treffen aber ebenso auf die Entwicklungszusammenarbeit und andere zivile Bereiche zu.

1. CIMIC ist der Versuch, die zivilen Kompetenzen der Bundeswehr oder allgemein gesprochen des Militärs auszuweiten und dabei auch friedenspolitisch orientierte Gruppen zur Bewältigung insbesondere von Nachkriegssituationen zu instrumentalisieren.

2. Die ZKB-Kräfte geraten dabei in eine Situation die von vornherein militärisch gewaltträchtig bestimmt ist. Als letztes Mittel steht hinter CIMIC stets das militärische Drohmittel und der militärische Einsatz. Dies ist unvereinbar mit der Grundphilosophie Ziviler Konfliktbearbeitung, die gerade auf Dialog, Kooperation und das Aushandeln von Konflikten gerichtet ist. In CIMIC wird ZKB jedoch zum taktischen Instrument militärgestützter Politik.

3. Militärgestützte Politik würde sich eher für eine Intervention entscheiden, wenn sie davon ausgehen könnte, die Nachkriegssituation - natürlich denkt man sofort an den Kosovo und den Irak - durch CIMIC sicherer beherrschen zu können. Damit würde CIMIC zu einer den Krieg fördernden Politik beitragen.

4. Ein Gegenargument könnte lauten: Im Rahmen von CIMIC können wir zumindest in Nachkriegssituationen eine Verschiebung zugunsten von ZKB erreichen. Das ist nicht von der Hand zu weisen. Doch war das das Ziel Ziviler Konfliktbearbeitung? Ist der Preis hierfür nicht viel zu hoch und lässt sich dieses Ziel nicht viel besser durch eigenständige Projekte erreichen?

5. Angesichts der Asymmetrie der CIMIC-Partner ist es äußerst zweifelhaft, dass die Grundorientierung der Zivilen Konfliktbearbeitung, die auf Prävention und Dialog setzt

und Zwang ablehnt, sich gegen die militärgestützte Politik der Regierungen durchsetzen kann. Im Bereich der Prävention, die ja das eigentliche Anliegen der Friedensbewegung darstellt, gewinnen die ZKB-Kräfte durch CIMIC voraussichtlich keinen Einfluss, denn die Form der Prävention gehört zum Herzstück der herrschenden, militärgestützten Politik. Allenfalls könnten bei mehr oder weniger kleinen Konflikten im Bereich der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit Diskussionen über präventive Maßnahmen durch ZKB einflussreich werden. In diesen dürfte allerdings das Militär ohnehin keine oder nur eine Nebenrolle spielen.

6. In Cimic wird ZKB zu einem Bestandteil des militärischen Konfliktaustrags, der auch noch als Legitimationselement für militärische „Friedensmissionen“ und „Friedenskonsolidierung“ dienen kann und sicherlich auch dafür genutzt wird. Die Legitimationsfolie für militärische Einsätze der Großmächte heißt heutzutage ohnehin, dass sie den „Gerechten Krieg“ der „Guten“ gegen die „Bösen“ führen. Die ZKB-Kräfte landen mit CIMIC auf der Seite der militärisch starken „Guten“. Das eigentliche Anliegen von ZKB, die Überwindung des militärischen Konfliktaustrags, bleibt dabei auf der Strecke.

7. CIMIC bedeutet eine Aufspaltung der Kräfte, die eigentlich für eine grundsätzlich veränderte Politik der Konfliktbewältigung, nämlich präventiv und mit zivilen Mitteln, eintreten wollten. Diejenigen, die sich auf CIMIC einlassen, werden - so meine Vermutung - materiell und in der öffentlichen Wahrnehmung privilegiert werden. Diejenigen jedoch, die am eigentlichen Ziel der Überwindung des militärischen Konfliktaustrags und der dementsprechenden Abrüstung festhalten, werden wie bisher materiell und in der öffentlichen Wahrnehmung vernachlässigt oder gar diffamiert werden.

Quelle: Buro, Andreas: CIMIC - ein brisanter Cocktail, in: FriedensForum 4/2004.

stützung am dringendsten benötigt wird oder am effizientesten eingesetzt werden kann, spielt dabei eine untergeordnete Rolle.¹⁹¹ Ein Beitrag über die „Integration von Spezialeinheiten und USAID in Afghanistan“ beschreibt sogar präzise, auf welche Weise die US-Entwicklungshilfeagentur einen direkten Beitrag zur Aufstandsbekämpfung leistet. Sie vergibt bspws. gezielt Gelder als „Belohnung für Gemeinden, die Aufständische hinausgeworfen haben“ und zur „Stärkung der örtlichen Bereitschaft und der Fähigkeiten, sich den Aufständischen zu widersetzen.“ Weiter gehe es für USAID darum, die „Aufständischen von der Bevölkerung zu isolieren.“ Der Beitrag endet folgerichtig mit dem Fazit: „Die Entwicklungshilfeagenturen müssen die Samthandschuhe ausziehen.“¹⁹²

Vor diesem Hintergrund kritisierte Caritas International in einer beeindruckend deutlichen Stellungnahme im Juni 2008, dass „die Ausschüttung der Hilfgelder nicht an den tatsächlichen Hilfs-Bedarf gekoppelt ist, sondern sich vielmehr an

der Aufstandsbekämpfung orientiert.“¹⁹³ Zu einem ähnlichen Schluss gelangt sogar die *Stiftung Wissenschaft und Politik*: „Die Verquickung staatlicher und nichtstaatlicher Ansätze raubt der zivilen Hilfe zunehmend jene Eigenständigkeit, die sie gerade ihrem nicht-staatlichen Charakter verdankt, und lässt sie als Teil der politisch-militärischen Strategie der in Afghanistan präsenten Staaten erscheinen.“¹⁹⁴ Damit verlieren zivile Organisationen ihre – für die Gewährleistung humanitärer Hilfe und für die Sicherheit der Helfer essenzielle - politische Neutralität. Sie werden in den Augen der afghanischen Bevölkerung zu integralen Bestandteilen des Besatzungsregimes und damit zu Gegnern. Dies mag man verständlicherweise bedauern, verwundern kann es einen angesichts des Auftretens der Regionalen Wiederaufbauteams allerdings nicht: „An jedem beliebigen Tag können sie theoretisch morgens auf Menschen schießen und danach Hilfe in demselben Gebiet am Nachmittag verteilen. Die Teams können sogar

191 Hoffmann, Claudia: Das Problem der Sicherheit für NGOs in Afghanistan, in: Schmidt 2008, S. 49-55, S. 51.

192 Mann, Sloan: The Integration of Special Operation Forces and USAID in Afghanistan, in: Small Wars Journal August 2008, URL: <http://smallwarsjournal.com/documents/79-mann.pdf> (09.09.2008).

193 Caritas 2008.

194 Hoffmann 2008, S. 49. Hervorhebung JW.

Luftschläge der Koalition anfordern.¹⁹⁵

Dass diese Vereinnahmung für die militärische Besetzung nicht ohne Folgen für die zivilen Akteure bleiben kann, liegt allerdings auf der Hand und bewahrheitet sich auf tragische Weise in Afghanistan.

6.4 Von Helfern zu Kollaborateuren zu Anschlagzielen

Obwohl mittlerweile in Afghanistan über 7500 CIMIC-Projekte durchgeführt wurden¹⁹⁶, erfolgt das Groß der Wiederaufbaumaßnahmen außerhalb der CIMIC-Strukturen. Dennoch wird mit den PRTs – erfolgreich - der Eindruck erweckt, humanitäre Hilfe sei vom Militär und seinem Besatzungsregime nicht zu trennen. Selbst die Organisationen, die sich bislang strikt weigern, mit dem Militär zusammenzuarbeiten, sind nicht mehr in der Lage, glaubhaft ihre neutrale Position vermitteln zu können. Vom afghanischen Widerstand werden sie als Kollaborateure des Militärs und damit als legitime Anschlagziele betrachtet.

Dass deutsche Soldaten in Afghanistan mit weißen Geländewagen, dem traditionellen Erkennungszeichen humanitärer Organisationen, durch die Gegend fahren, trägt zusätzlich zur Ununterscheidbarkeit ziviler und militärischer Akteure bei.¹⁹⁷ Dies hat mittlerweile zu der grotesken Reaktion geführt, dass humanitäre Helfer zunehmend versuchen, ihre Identität zu verbergen: „Die Attentate auf UN, IKRK und andere Hilfsorganisationen in Afghanistan und im Irak haben dazu geführt, dass Hilfsorganisationen inzwischen ihre Identität lieber verbergen und unsichtbar bleiben wollen. Sie haben ihre Aufkleber von den Fahrzeugen entfernt und die Helfer tragen nicht mehr die T-Shirts mit dem Logo ihrer Organisation. Die militärische Absicherung von humanitärer Hilfe steht im Widerspruch zum Neutralitätsprinzip und macht die Hilfsorganisationen unglaubwürdig.“¹⁹⁸

Welch katastrophale Folgen es haben kann, wenn die Gewährung von Hilfsleistungen von einer Kollaboration mit den Besatzungsmächten abhängig gemacht wird, wurde im Jahr 2004 nachdrücklich unter Beweis gestellt. Koalitionstruppen verteilten damals Flugblätter im Süden Afghanistans, auf denen die Bevölkerung dazu aufgerufen wurde, „den Koalitionstruppen sämtliche Informationen über die Taliban, El Quaeda und Gulbuddin [Hekmatyar] zu übermitteln.“ Dies sei notwendig, um „zu gewährleisten, dass humanitäre Hilfe

auch weiterhin bereitgestellt wird.“¹⁹⁹ U.a. *Ärzte ohne Grenzen* wandte sich damals öffentlich gegen diese Instrumentalisierung humanitärer Hilfe: „Diese Flugblätter, die unter anderem ein afghanisches Mädchen mit einem Sack Weizen zeigen, stellen einen eindeutigen Versuch dar, humanitäre Hilfe für militärische Ziele der Koalition zu missbrauchen. *Ärzte ohne Grenzen* lehnt jegliche Verbindung zwischen der Bereitstellung humanitärer Hilfe und der Zusammenarbeit mit den Koalitionstruppen ab. [...] Die bewusste Vermischung von humanitärer Hilfe mit militärischen Zielen zerstört den eigentlichen Sinn der humanitären Hilfe. Dies wird letztlich nur dazu führen, dass dringend benötigte Hilfe denjenigen in Afghanistan versagt bleiben wird, die sie am dringendsten brauchen. Gleichzeitig werden diejenigen, die Hilfe bereitstellen, zur Zielscheibe.“²⁰⁰

Nachdem zahlreiche Mitarbeiter von *Ärzte ohne Grenzen* tatsächlich zu Opfern von Anschlägen wurden, sah sich die Organisation schließlich am 28. Juli 2004 nach 24jähriger Tätigkeit dazu gezwungen, ihre Arbeit in Afghanistan einzustellen. Die Organisation war also in der Lage unter sowjetischer Besetzung, während des Bürgerkrieges und unter den Taliban humanitäre Hilfe zu leisten, nicht aber unter dem zivil-militärischen Besatzungsregime des Westens - ein Armutszeugnis für ein Konzept, das vorgeblich die Lebenssituation der Bevölkerung verbessern soll. Zu diesem Rückzug erklärte *Ärzte ohne Grenzen*: „Die Gewalt gegen humanitäre Helfer spielt sich vor dem Hintergrund einer zunehmenden Instrumentalisierung der Hilfe durch die US-geführte Koalition in Afghanistan ab. [...] Koalitionsstreitkräfte missbrauchen die Hilfe beständig für ihre militärischen und politischen Ziele und versuchen damit, die ‚hearts and minds‘ der afghanischen Bevölkerung zu gewinnen. Dadurch wird humanitäre Hilfe nicht mehr als unparteilich und neutral angesehen. Dies wiederum gefährdet die Helfer und die Hilfe selbst.“²⁰¹ Auch die *Welthungerhilfe* reduzierte nach wiederholten Angriffen im Jahr 2007 ihre Aktivitäten in Afghanistan drastisch. Die Organisation führt diese Angriffe maßgeblich zurück auf „die Vermischung von Überlebenshilfe und Wiederaufbau mit militärischen Einsätzen und der damit verbundenen unzureichenden Abgrenzung von zivilen und militärischen Kräften im Rahmen der Provincial Reconstruction Teams (PRT). Wenn nämlich bewaffnete Kräfte nicht mehr zwischen Militär und Zivilisten unterscheiden können, werden auch Hilfsorganisationen zum Ziel von Angriffen.“²⁰²

195 Christian aid 2004, S. 46.

196 NATO: Progress in Afghanistan, Bucharest Summit 2-4 April 2008, URL: http://www.nato.int/isaf/docu/epub/pdf/progress_afghanistan.pdf (10.09.12008).

197 Vgl. Preuß, Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung von Sachverständigen zum Thema „Zivil-militärische Zusammenarbeit“ 2006.

198 Lieser, Jürgen: Helfer als Handlanger? Humanitäre Hilfe in den Zeiten der neuen Kriege, in: neue caritas, September 2004.

199 Haydt, Claudia: Zivilisierung des Militärischen oder Militarisation des Zivilen?, in: Pflüger, Tobias/Wagner, Jürgen (Hg.): Welt-Macht EUropa. Auf dem Weg in weltweite Kriege, Hamburg 2006, S. 312-323. Diese Vermischung scheint in Afghanistan übliche Praxis zu sein. Der US-Lieutenant Teid Finn beschrieb dies folgendermaßen: „Je mehr sie uns helfen, desto mehr gutes Zeug bekommen sie.“ Vgl. Christian aid 2004, S. 47.

200 Haydt 2006.

201 Haydt 2006. Ähnliche dramatisch beurteilt Christian Aid die Realität vor Ort: „Die Situation ist gefährlicher als unter den Taliban. [...] Dies ist die schlimmste Lage, die Christian Aid in nahezu zwei Jahrzehnten Arbeit vor Ort in Afghanistan erlebt hat.“ Christian aid 2004, S. 3, S. 44.

202 Preuß, Hans-Joachim/Radke, Katrin: Akzeptanz durch Neutralität: Die Deutsche Welthungerhilfe ändert ihre Afghanistan-Strategie, in: eins (August 2007). Ebenso zog sich *Malteser International* nach wiederholten Angriffen aus dem Land zurück. Vgl. Der schleichende Rückzug der Aufbauhelfer, Focus, 31.07.2007. Auch *medico* gerät zunehmend unter Druck. So wurden im August 2007 drei afghanische Minenräumer der lokalen Nichtregierungsorganisation MDC (Mine Detection and Dog Center) entführt und kurz darauf ermordet. Ihre deutsche Partnerorganisation *medico international* sieht die Verantwortung hierfür eindeutig in der zunehmenden Vereinnahmung ziviler Akteure für militärische Ziele: „Für MDC wird es immer

Dennoch leugnet die Bundesregierung jeglichen Zusammenhang zwischen diesen Anschlägen und der zivil-militärischen Praxis in Afghanistan: „Bezogen auf nationale/internationale zivile Akteure lassen sich aber keine bestätigenden Anhaltspunkte finden, die Übergriffe auf eine zu enge Zusammenarbeit z. B. mit den Militärkräften eines PRT zurückführen ließen.“²⁰³ Angesichts der steigenden Opferzahlen unter zivilen Akteuren ist es geradezu zynisch, wenn die militärische Präsenz vor Ort mit der Notwendigkeit begründet wird, die humanitären Helfer schützen zu wollen.²⁰⁴ Im Jahr 2004 wurden 24 Mitarbeiter von Hilfsorganisationen in Afghanistan ermordet, 2005 waren es 31 und 2006 insgesamt 26.²⁰⁵ Die bewaffneten Angriffe auf zivile Helfer haben sich laut dem *Afghanistan NGO Safety Office* (ANSO) in den ersten 3 Monaten 2008 gegenüber dem Vorjahreszeitraum verdoppelt. Ihnen fielen 9 Menschen zum Opfer, (2007: 2). Laut ANSO hat sich die Gefährdungslage in den letzten Jahren in sämtlichen Bereichen deutlich vergrößert und wird weiter zunehmen, was u.a. auf den zunehmenden Respektverlust vor der politischen Neutralität von NGO-Mitarbeitern zurückgeführt wird.²⁰⁶

Trotz dieser beängstigenden Tendenz – und entgegen ihrer eigenen Analysen – fordert die *Stiftung Wissenschaft und Politik*, dass die Zivil-militärische Zusammenarbeit in Afghanistan

robuster, umfangreicher und deutlich stärker institutionalisiert wird: „Der Bundesregierung fehlt es – auf ziviler wie militärischer Ebene – an geeigneten integrierten Planungsstrukturen und Einsatzinstrumenten, um eine militärische Operation mit dem Schwerpunkt der Aufstandsbekämpfung durchzuführen. [...] Für die Führung eines Einsatzes wie in Afghanistan sollte eine integrierte zivil-militärische Spitze verantwortlich sein. [Es] ließen sich so unterschiedliche zivile Organisationen effektiv in die Planung und Durchführung von Auslandseinsätzen einbinden.“²⁰⁷ Gleichzeitig sollen „zivile Kapazitäten für die Dauer des Einsatzes in die militärischen Strukturen integriert“²⁰⁸ und die PRTs künftig verstärkt für offensive Kampfhandlungen eingesetzt werden: „Bei den PRT besteht in jedem Fall Weiterentwicklungsbedarf. Es fehlt ihnen im Kontext der sich verschlechternden Sicherheitslage an operativen Eingreifreserven, die ihre Kommandeure in die Lage versetzen würden, gegen Angreifer tätig werden zu können.“²⁰⁹

Während die Zivil-militärische Aufstandsbekämpfung derzeit in Afghanistan im Feld erprobt wird, arbeitet man innerhalb der NATO parallel daran, das Konzept als neue Leitidee dauerhaft zu etablieren – erste entscheidende Schritte hierzu wurden bereits gemacht.

schwieriger, die Arbeit des Minenräumens fortzuführen. Dies gilt im Besonderen, weil es im Rahmen des internationalen Militäreinsatzes in Afghanistan zu einer zunehmenden Aufweichung der Grenze zwischen zivilen Hilfsaufgaben und militärischen Einsätzen kommt. Helfer und ausländische Soldaten verschmelzen in der Wahrnehmung der Bevölkerung und machen unsere Projektpartner verstärkt zur Zielscheibe.“ Vgl. *medico-Newsletter* 05/2007.

203 Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Heike Hänsel, Monika Knoche, Paul Schäfer (Köln), weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. - Drucksache 16/3385, S. 7.

204 „Der ehemalige Verteidigungsminister Peter Struck begründete im Jahr 2003 die Ausweitung des Bundeswehrmandats in Afghanistan auf Kunduz auch damit, dass Hilfsorganisationen geschützt werden müssten. Aus Sicht der Hilfsorganisationen ist ihre Unabhängigkeit und Unparteilichkeit sowie die Verankerung in der lokalen Bevölkerung der beste Schutz. [...] Hilfsorganisationen haben die Erfahrung gemacht, dass verstärkte militärische Präsenz nicht unbedingt mehr Sicherheit bringt. [...] Wo Soldaten aus politisch-militärischen Gründen als Helfer auftreten, werden auch schnell den zivilen Helfern politisch-militärische Interessen unterstellt.“ Vgl. Runge, Peter: Helfer in Uniform?, in: *Wissenschaft und Frieden*, 4/2006.

205 Croll, Peter J., Vortrag 29./30. Januar 2007, Evangelische Akademie Bad Boll: Entwicklungspolitik und Sicherheitspolitik. Zwischen notwendiger Kooperation und unerwünschter Vereinnahmung, S. 15.

206 Afghanistan NGO Safety Office, ANSO Quarterly Data Report (Q.1-2008), URL: http://www.humansecuritygateway.info/documents/ANSO_quarterlydatareport_Jan-March2008.pdf (08.09.2008).

207 Noetzel/Schreer 2008, S. 23.

208 Ebd., S. 6.

209 Ebd., S. 27f.

Teil 7: Deutschland und die NATO:

Operationsschwerpunkt Zivil-militärische Aufstandsbekämpfung

In Militärkreisen ist man sich einig: „Die Aufstandsbekämpfung ist zügig dabei, zur wichtigsten Art der Militäroperationen westlicher Armeen zu werden.“²¹⁰ Um hierfür künftig buchstäblich besser gerüstet zu sein, wird derzeit nicht nur daran gearbeitet, Zivil-militärische Aufstandsbekämpfungs- und Besetzungseinsätze in den Mittelpunkt der Operationsplanung zu stellen, sondern die hierfür erforderlichen Strukturen und Kapazitäten auch entsprechend institutionell zu verankern.

7.1 Aufstandsbekämpfung als Dauerauftrag I: NATO

Schon im Jahr 2000 hatte der NATO-Militärausschuss gefordert, internationale Verbände für eine Zivil-Militärische Zusammenarbeit im Ausland aufzustellen. Darauf hin schlossen sich Deutschland, die Niederlande, Dänemark, Polen, Tschechien und Norwegen zur CIMIC Group North (CGN) zusammen und bildeten ein multinationales operatives Hauptquartier. Im September 2001 wurde mit der Aufstellung der CIMIC Group North im niederländischen Budel begonnen (Ende 2008 soll sie nach Twente verlegt werden). Sie erhielt Anfang 2003 vom Nordatlantikrat den Status eines Internationalen Militärischen Hauptquartiers. Die formelle Indienststellung erfolgte im April 2003²¹¹: „CIMIC Group North liefert den NATO-Kommandeuren einen koordinierten Zugriff auf zivil-militärische Expertise, die von wachsender Bedeutung bei NATO-Operationen ist.“²¹² Im Jahr 2006 wurde die CIMIC Group North umstrukturiert: „Mit der Umgliederung des Hauptquartiers der CIMIC Group North in ein NATO Centre of Excellence hat sich nicht nur der Name des Standortes Budel geändert. Vielmehr ist hier die Denkfabrik und ‚knowledge-base‘ internationaler CIMIC-Arbeit entstanden. Hauptauftrag des Centre ist die konzeptionelle Weiterentwicklung der NATO-CIMIC und die damit verbundenen Ausbildung. Dazu hält Budel Verbindung zu den NATO- und Partnership for Peace (PfP)-Nationen und arbeitet eng mit internationalen Organisationen, vor allem aus den Bereichen Entwicklungshilfe und Forschung zusammen.“²¹³ Die CIMIC Group North arbeitet direkt dem Allied Command Transformation (ACT) zu, einem der beiden

NATO-Oberkommandos. ACT ist ausschließlich mit der Umstrukturierung der Streitkräfte für künftige Kriegseinsätze beschäftigt und berücksichtigt Berichten zufolge zunehmend die Vorschläge zur Intensivierung der Zivil-militärischen Zusammenarbeit.²¹⁴

Schon auf dem NATO-Gipfel in Istanbul im Jahr 2004 hatte man sich darüber hinaus darauf verständigt, die Ausarbeitung eines detaillierten zivil-militärischen Besetzungskonzeptes ganz oben auf die Prioritätenliste zu setzen (seinerzeit noch unter dem Namen „Concerted Planning and Action“). Zwei Jahre später auf dem Treffen in Riga wurde schließlich die Ausarbeitung eines „Aktionsplans“ beschlossen, mit dem das Zivil-militärische Besetzungskonzept - nun „Comprehensive Approach“ genannt - konkretisiert werden sollte. Der in Riga in Auftrag gegebene Aktionsplan („Comprehensive Strategic Political-Military Plan to Guide Nato’s Engagement in Afghanistan - Internal Planning Document PO (2008) 0059“) wurde auf dem NATO-Gipfel in Bukarest im April 2008 vorgelegt und dessen Umsetzung von den Staats- und Regierungschefs beschlossen. In der Abschlusserklärung des Gipfels heißt es dazu: „Wir haben einen Aktionsplan verabschiedet, der eine Reihe pragmatischer Vorschläge beinhaltet, den Beitrag der NATO zu einem Umfassenden Ansatz auszuarbeiten und zu implementieren. Diese Vorschläge beinhalten das Ziel, die kohärente Anwendung der NATO-eigenen Instrumente zum Krisenmanagement zu verbessern und die praktische Zusammenarbeit mit allen Akteuren auf allen Ebenen auszubauen, wo immer dies nötig ist, einschließlich Maßnahmen zur Unterstützung von Stabilisierungs- und Wiederaufbauoperationen. Die Vorschläge beinhalten Bereiche wie die Planung und Durchführung von Operationen; Training und Ausbildung; und die verbesserte Kooperation mit externen Akteuren. Wir beauftragen den Ständigen NATO-Rat damit, diesen Aktionsplan als eine Angelegenheit höchster Priorität zu implementieren.“²¹⁵

Allerdings sind die konkreten Inhalte des Aktionsplans geheim, nicht einmal Bundestagsparlamentarier bekommen ihn zu Gesicht.²¹⁶ Laut Bundesregierung will der Aktionsplan „das Vorgehen der NATO in Afghanistan in einen umfassenderen Gesamtzusammenhang setzen und den Abstimmungsbedarf mit den anderen Akteuren in Afghanistan sowie

210 Towards a new concept for civil-military cooperation during stabilization operations, TNO-Report, March 2007, URL: <http://tinyurl.com/4l8o35> (10.09.2008).

211 Deutscher Anteil CIMIC Group North, Streitkräfteführungskommando, 03.04.2006, URL: <http://tinyurl.com/46m9j5> (08.09.2008).

212 Civil-military cooperation (CIMIC), NATO, URL: <http://www.nato.int/ims/docu/cimic.htm> (09.09.2008).

213 Zivil-Militärische Zusammenarbeit international, Streitkräftebasis, 26.09.2006, URL: <http://tinyurl.com/4cotcg> (09.09.2008).

214 Towards a new concept for civil-military cooperation during stabilization operations 2007.

215 Bucharest Summit Declaration. Issued by the Heads of State and Government participating in the meeting of the North Atlantic Council in Bucharest on 3 April 2008, Ziffer 11.

216 Gebauer, Matthias: Parlamentarier fordern Offenlegung des Nato-Geheimplans, Spiegel Online, 11.04.2008.

notwendige Maßnahmen der Internationalen Gemeinschaft aufzeigen.²¹⁷ Außer Allgemeinplätzen ist darüber hinaus kaum mehr über den Aktionsplan und vor allem dessen konkrete Maßnahmen in Erfahrung zu bringen.²¹⁸ Aufgrund dieser dürftigen Informationslage kann man nur spekulieren, welche Maßnahmen bereits umgesetzt oder derzeit anvisiert werden, indem man sich die diesbezüglich gegenwärtig kursierenden Vorschläge näher betrachtet: So schlägt das bereits mehrfach erwähnte Grundlegendokument verschiedener NATO-Strategen vor, dass die Europäische Union der NATO ihre „zivilen“, sprich paramilitärischen Polizeieinheiten (European Gendarmerie Force) für „Stabilisierungsoperationen“ zur Verfügung stellt.²¹⁹ Noch weiter geht der Vorschlag von Peter van Hamm im *NATO-Review*. Er plädiert für ein neues Grundsatzarrangement zwischen der NATO und der EU, mit dem zivile EU-Kapazitäten grundsätzlich für NATO-Besatzungs- und Kriegseinsätze nutzbar gemacht werden können: „Das Berlin-Plus-Abkommen beinhaltet, dass die EU auf NATO-Ressourcen zurückgreifen kann. Jetzt ist es Zeit für ein so genanntes umgekehrtes Berlin-Plus-Abkommen, da die NATO möglicherweise auf Instrumente der Europäischen Union wie die European Gendarmerie Force (EGF) ebenso wie auf zivile Krisenmanagementkapazitäten der EU zurückgreifen möchte.“²²⁰ Darüber hinaus schlug ein anderes NATO-Schwergewicht, Ronald Asmus, unlängst die Bildung eines stehenden Zivilkorps für Krisenreaktionseinsätze vor, das sowohl von der NATO als auch der Europäischen Union genutzt werden können soll.²²¹

Ein weiterer weit reichender Vorschlag stammt einmal mehr aus der Giftküche der *Stiftung Wissenschaft und Politik*. Vor dem Hintergrund, dass Frankreich für seine angekündigte Rückkehr in die Militärstrukturen der NATO auch mit wichtigen Kommandoposten belohnt werden will, schlug der Think Tank der französischen Ratspräsidentschaft vor, die beste Option sei es, „wenn Frankreich die Übernahme des EU-Vorsitzes für einen genialen Coup nutzen würde: die Verzahnung von NATO und EU durch Schaffung einer zivil-militärischen Planungs- und Führungsfähigkeit in der NATO.“ Der Vorteil dabei sei, so die SWP-Autorin Ronja Kempin, dass dadurch „die zivilen und die militärischen Fähigkeiten der EU sowie die militärischen Fähigkeiten der NATO an einem Ort koordiniert würden. [...] Unter dem Stichwort ‚Berlin Plus Reversed‘ könnte der NATO die Möglichkeit eingeräumt werden, auf zivile Fähigkeiten der EU zurückzugreifen.“²²² Während die

im März 2003 abgeschlossene „Berlin Plus“-Vereinbarung die Bereitstellung von NATO-Militärkapazitäten für Einsätze der Europäischen Union regelt, soll die neue Vereinbarung der Nordatlantik-Organisation künftig „zivile“ Besatzungshelfer der Europäischen Union zuliefern.

Setzt sich diese Entwicklung ungebremst fort, droht eine völlige Vermischung, wie Aussagen von Ortwin Hennig, Beauftragter für zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung im Auswärtigen Amt, belegen: „Auch die NATO hat das Thema einer verbesserten Abstimmung zwischen zivilen und militärischen Akteuren für sich entdeckt. Am Ende eines solchen Prozesses könnte ein Beziehungsgeflecht stehen, das nicht nur zivilen Organisationen den Zugriff auf die militärischen Fähigkeiten der NATO gestattet, sondern es auch der NATO ermöglichen würde, auf bestimmte Fähigkeiten ziviler Organisationen den Zugriff auf die militärischen Fähigkeiten der NATO gestattet, sondern es auch der NATO ermöglichen würde, auf bestimmte Fähigkeiten ziviler Organisationen zurückzugreifen.“²²³

7.2 Aufstandsbekämpfung als Dauerauftrag II: Deutschland

Hierzulande hat sich die Beteiligung an den Regionalen Wiederaufbauteams als „Katalysator für die interministerielle Zusammenarbeit in Deutschland erwiesen, wo Ministerien in der Vergangenheit mit erheblicher Eigenständigkeit agiert haben.“²²⁴ Gemeint ist hier vor allem der im September 2004 eingerichtete „Ressortkreis Zivile Krisenprävention“. Er wird von der *Stiftung Wissenschaft und Politik* als „erster Ansatz“ gelobt, auf der strategischen Planungsebene feste Strukturen, für die Zivil-militärische Aufstandsbekämpfung dauerhaft zu institutionalisieren. Dort sitzen unter Federführung des Auswärtigen Amts die Akteure verschiedener Ministerien an einem Tisch, dies soll zu einer „engeren Abstimmung zwischen diplomatischen, entwicklungspolitischen und sicherheitspolitischen Aktivitäten führen.“²²⁵

Allerdings ist dieser Ressortkreis der SWP noch nicht deutlich genug auf die Unterstützung des eigentlichen Kernauftrages ausgelegt. Deshalb soll eine neue strategische Planungseinheit im Auswärtigen Amt geschaffen werden: „Ihre Aufgabe wäre es, die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Aspekte der Aufstandsbekämpfung zusammenzuführen. [...] Mit Hilfe dieser Planungseinheit ließe sich kontinuierlich eine gemeinsame zivil-militärische Strategie für alle laufen-

217 Antwort der Bundesregierung zur Anfrage „Militärischer Kurswechsel in Afghanistan - Fragen zu den geplanten Änderungen des Beitrags der Bundeswehr“, 04.03.2008, URL: <http://www.nachtwei.de/index.php/articles/664> (09.09.2008).

218 Die Beschreibung lautet meist in etwa so: „Dieser Plan zielt darauf ab, eine kohärente Anwendung der NATO-eigenen Krisenmanagementinstrumente zu verbessern und die praktische Kooperation mit anderen Akteuren auf allen Level zu verbessern, wo immer dies angemessen erscheint, einschließlich Stabilisierungs- und Wiederaufbaumaßnahmen. Der Aktionsplan deckt Bereiche ab wie die Planung und Durchführung von Operationen, Training und Ausbildung und die Verbesserung der praktischen Kooperation mit externen Akteuren. Er wird kontinuierlich überprüft, wofür alle relevanten neuen Entwicklungen und Erfahrungen (lessons learned) berücksichtigt werden.“ Vgl. NATO-Parlamentarierversammlung: NATO's Future Political Agenda, 063 PC 08 E, URL: <http://www.nato-pa.int/Default.asp?SHORTCUT=1470> (09.09.2008).

219 Naumann u.a. 2008, S. 132.

220 Hamm, Peter van: NATO and the Madonna Curve: why a new Strategic Concept is vital, in: *NATO Review* (März 2008).

221 Asmus, Ronald: Rethinking NATO Partnerships for the 21st Century, in: *NATO Review* (März 2008).

222 Kempin, Ronja: Frankreich und die Annäherung von NATO und EU, *SWP-Aktuell* 34, April 2008.

223 Roehder 2005, S. 9.

224 Provincial Reconstruction Teams: Lessons and Recommendations, January 2008, URL: http://www.princeton.edu/research/pwreports_f07/wws591b.pdf (09.09.2008).

225 Aktionsplan Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung der Bundesregierung, Berlin, 12.05.2004, S. 4.



ISAF-Einsatz in Afghanistan, Bild: NATO

den Auslandseinsätze erarbeiten und realisieren.²²⁶ Darüber hinaus soll das Militär vor Ort künftig grundsätzlich den Hut aufhaben: „Auf operativer Ebene sollte die Integration ziviler und militärischer Mittel innerhalb der Einsatzführungsstrukturen des Verteidigungsministeriums erfolgen. [...] *Es sollte generell erwogen werden, das Personal der mit Auslandseinsätzen befassten zivilen Ministerien für die Dauer der Einsätze in die Strukturen des Verteidigungsministeriums einzugliedern.* [...] Ein wesentlicher Vorteil einer speziell für Auslandseinsätze zuständigen zivil-militärischen Organisation läge in der Gewährleistung personeller und inhaltlicher Kontinuität. Diese Stelle könnte etwa eine gemeinsame Einsatzvorbereitung für das zivile und militärische Personal koordinieren.“²²⁷

Solche Vorschläge sind aufs Schärfste abzulehnen. Soldaten sind Soldaten und Zivilisten sind Zivilisten, beide folgen

vollständig anderen Prioritätensetzungen - oder sie sollten es zumindest. Humanitäre Hilfe ist eigentlich strikt der unmittelbaren Armutsbekämpfung verpflichtet, sie darf nicht für die Unterstützung von NATO-Kolonialeinsätzen instrumentalisiert werden. Sollte die Bundesregierung die Vorschläge der *Stiftung Wissenschaft und Politik* (wie so häufig) tatsächlich aufgreifen, wäre dies ein Quantensprung auf dem Weg, zivile Akteure und Kapazitäten der militärischen Kriegslogik dauerhaft zu unterwerfen. Letztlich zielt die Zivil-militärische Zusammenarbeit darauf ab, eine in sich kohärente Besatzungspolitik zu konzipieren, um künftig Einsätze wie in Afghanistan häufiger und effektiver durchführen zu können. Es sieht offensichtlich so aus, als steuere man innerhalb der NATO darauf zu nicht eines, sondern viele Afghanistans zu schaffen.

226 Noetzel/Schreer 2008, S. 24.

227 Ebd.

Ein kontrafaktisches Urteil: Verfassungsgericht erklärt Afghanistan zum Verteidigungsfall

Die nun vom Bundesverfassungsgericht abgewiesene „Klage gegen den Tornado-Einsatz“ der Fraktion „Die Linke“ hatte argumentiert, dass sich die NATO von einem „System kollektiver Verteidigung“ mit dem Ziel der „Wahrung des Friedens“ zu einem Militärbündnis gewandelt habe. Da die Allianz auch außerhalb des Bündnisgebiets - und selbst außerhalb des schwammig formulierten „euro-atlantischen Raums“ - siehe Afghanistan - Kriege und zwar Angriffskriege führe, komme dies einem „informellen Vertragswandel“ gleich, ohne dass dies vom Bundestag gebilligt worden sei. Dieser sei somit in seinen Rechten verletzt worden, wogegen sich die Organklage richtete.

Das Verfassungsgericht folgte dieser Auffassung nicht. „An [...] Anhaltspunkten für eine strukturelle Entfernung der Nato von ihrer friedenswahrenden Ausrichtung fehlt es“, heißt es in der Begründung. Die von der Linkspartei „angegriffenen Maßnahmen lassen keinen Wandel der Nato hin zu einem Bündnis erkennen, das dem Frieden nicht mehr dient und an dem sich die Bundesrepublik Deutschland von Verfassungs wegen daher nicht mehr beteiligen dürfte.“ Die NATO wird von den Verfassungsrichtern also immer noch als reines Verteidigungsbündnis gesehen, deshalb seien auch Auslandseinsätze der Bundeswehr in diesem Rahmen verfassungsgemäß. Entsprechend dem Grundgesetz dient die Bundeswehr nur der Verteidigung. Somit folgt das BVerfG implizit der Aussage Strucks, dass Deutschlands Sicherheit am Hindukusch verteidigt wird. In der Pressemitteilung zum Urteil steht wörtlich: „Der ISAF-Einsatz hat von Beginn an das Ziel gehabt, den zivilen Wiederaufbau Afghanistans zu ermöglichen und zu sichern, um dadurch ein Wiedererstarken von Taliban, Al-Qaida und anderen friedensgefährdenden Gruppierungen zu verhindern. Die Sicherheitsinteressen des euro-atlantischen Bündnisses sollten dadurch gewahrt werden, dass von einem stabilen afghanischen Staatswesen in Zukunft keine aggressive und friedensstörende Politik zu erwarten ist, sei es durch eigenes aktives Handeln dieses Staates, sei es durch duldendes Unterlassen im Hinblick auf terroristische Bestrebungen auf dem Staatsgebiet.“ Damit wird aber ignoriert, dass der „zivile Wiederaufbau“ fehlgeschlagen ist und stattdessen in Militärkreisen von einer „aggressiven Aufstandsbekämpfungsoperation“ und einem „Krieg“ in Afghanistan die Rede ist. Die Bedrohung durch Terroranschläge ist in Deutschland und anderen NATO-Staaten durch den Afghanistankrieg gestiegen. Die Argumentation, der ISAF-Einsatz diene dem Frieden oder deutschen Sicherheitsinteressen ist also schlicht falsch. Die eben zitierte Begründung verleitet jedoch zu der Interpretation, das BVerfG wolle auch Präventivkriege legitimieren, wenn sie dem Aufbau eines „stabilen Staatswesens“ und der Abwehr möglicher Angriffe dienen sollen.

Das Urteil kommt überraschend. Viele Kommentatoren sahen durchaus Erfolgchancen für die Klage, fast alle rechneten damit, dass das Verfassungsgericht zumindest Einschränkungen für zukünftige Einsätze formulieren würde. Tatsächlich ist eher das Gegenteil der Fall. So wird gleich für weitere Einsätze außerhalb des NATO-Gebietes grünes Licht gegeben, wenn sie - wie nach Auffassung des BVerfG - der Friedenssicherung dienen: Der „regionale Bezug als Kernelement des Integrationsprogramms des NATO-Vertrags bedeutete jedoch von Beginn an nicht, dass militärische Einsätze der NATO auf das Gebiet der Vertragsstaaten beschränkt sein müssten... Bei einem Angriff muss die Verteidigung nicht an der Bündnisgrenze enden, sondern kann auf dem Territorium des Angreifers stattfinden, wobei auch dessen langfristige und stabile Pazifizierung der Sicherung eines dauer-

haften Friedens des Bündnisses dient. Insofern entspricht neben der militärischen Verteidigung gegen einen Angriff auch ein damit sachlich und zeitlich in Verbindung stehender komplementärer Krisenreaktionseinsatz auf dem Gebiet des angreifenden Staates...“ Wenige Sätze später wird selbst die Notwendigkeit eines konkreten Angriffs in Frage gestellt: „Krisenreaktionseinsätze können auch unabhängig von einem äußeren Angriff oder ergänzend zur dauerhaften Befriedung eines Angreifers dem Zweck des NATO-Vertrags entsprechen.“

Damit folgt das Verfassungsgericht seiner bisherigen Strategie, im Bereich der Außenpolitik rechtliche Beschränkungen der Exekutiven zu negieren. Im Urteil heißt es: „Das Grundgesetz hat der Regierung im Bereich auswärtiger Politik einen weit bemessenen Spielraum zu eigenverantwortlicher Aufgabenwahrnehmung überlassen.“ Hinsichtlich der Operation Enduring Freedom (OEF) und des Völkerrechts stellten die Karlsruher Richter ihre Kompetenz (in doppelter Hinsicht) selbst in Frage: „Weder hat das Bundesverfassungsgericht zu prüfen, ob die Anschläge des 11. September 2001 völkerrechtlich dem damaligen afghanischen Taliban-Regime zugerechnet werden können, noch ist zu entscheiden, ob sich die Operation Enduring Freedom auf das Recht auf kollektive Selbstverteidigung stützen konnte...“

Gerade deshalb aber sei eine strikte Trennung der beiden Einsätze notwendig. Genau diese hält das Verfassungsgericht für gegeben: „...nicht nur rechtlich, sondern auch in der praktischen Durchführung [sind] hinreichende Vorkehrungen dafür geschaffen, dass es zu einer Vermischung der Operationen mit der Folge der Auflösung der bisherigen Trennung der Verantwortungsbereiche nicht kommt“. Die Grundlage für diese Einschätzung beruht ausschließlich auf der Aussage des Generalinspektors der Bundeswehr, Wolfgang Schneiderhan. Sein Vorgesetzter ist offensichtlich eigentlich anderer Meinung. Auf die Frage, ob er ausschließen könne, „dass die Informationen, die die Aufklärungsflüge der Tornados bringen, auch zur Vorbereitung von Kampfeinsätzen im Rahmen der ‚Operation Enduring Freedom‘ herangezogen werden?“ antwortete Verteidigungsminister Jung gegenüber der „Welt“ vom 4.2.2007: „Ich kann das nicht ausschließen, und ich will es auch nicht ausschließen. Eines muss klar sein: Auch die Terrorismusbekämpfung ist ein zentraler Aspekt.“⁽¹⁾ Unmittelbar nach dem Urteil sagte auch der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes, Bernhard Gertz: „Isaf und OEF sind zwei Seiten einer Medaille“.⁽²⁾

In der Presse wurde das Urteil überwiegend begrüßt, da es rechtliche Schranken für Auslandseinsätze aus dem Weg räumte und der Regierung freie Bahn lässt. Kritik kam allerdings auch hier an der äußerst gewagten Argumentationsweise des obersten Gerichts. In einem Kommentar der Süddeutschen wurde das Urteil als „indifferent und wurstig“ bezeichnet: „Das Urteil ist nicht im Tenor zu geißeln, es ist im Ergebnis durchaus vertretbar. Zu beklagen ist aber der methodische Unernst, zu beklagen ist die merkwürdige Indifferenz, ja die Wurstigkeit, mit der die Verfassungsrichter eine existentielle Problematik abhandeln - man muss fast schon sagen, wie sie sich ihrer entledigen. Das floskelhafte Urteil sagt nämlich in Kürze folgendes: Solange die Nato nur behauptet, dass ihre Aktionen friedenssichernd sind, sind sie es auch und stehen daher auf dem Boden des Nato-Vertrages von 1955.“⁽³⁾

Anmerkungen:

1) Jürgen Wagner: „Das wäre ein großartiger Beitrag“ – Deutschlands Tornado-Einsatz in Afghanistan, in: IMI-Analyse 2007/02b, in: AUSDRUCK (April 2007). Alle vorangegangenen Zitate entstammen dem Urteil des BVerfG (2 BvE 2/07) und der dazugehörigen Pressemitteilung, Quelle: <http://www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg07-072.html>

2) Quelle: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,492267,00.html>

3) Quelle: <http://www.netzeitung.de/presseschauen/687931.html>

Christoph Marischka, IMI-Standpunkt 2007/051

Fazit: Die Truppen raus aus Afghanistan – sofort!

Ungeachtet aller Streitigkeiten innerhalb des Bündnisses: die NATO ist für die Durchsetzung der Interessen ihrer Mitgliedsstaaten weiterhin von immenser Bedeutung. Aus diesem Grund darf der Krieg in Afghanistan unter keinen Umständen verloren werden, wie hier bereits mehrfach ausgeführt wurde. Weshalb, erläutert auch Ronald Naumann, bis 2007 US-Botschafter in Afghanistan: „Die NATO ist die fundamentale Verpflichtung eingegangen, in Afghanistan zu gewinnen. Und entweder wird sie gewinnen, oder sie wird als Organisation scheitern.“²²⁸ Der Lackmустest Afghanistan darf nicht Scheitern: „Krisengebiet - im doppelten Wortsinne - ist Afghanistan. Am Hindukusch wird sich nicht nur das Schicksal des Landes entscheiden, sondern auch die Frage, ob die NATO ihren Wandel zur weltweit einsetzbaren Stabilisierungskraft und damit zum Dreh- und Angelpunkt in der globalen Sicherheitslandschaft meistern wird.“²²⁹

Aus diesem Grund hält die NATO krampfhaft an ihrem Eskalationskurs fest. Es bleibt jedoch die nüchterne Erkenntnis: „Die ausschlaggebende Kraft des zentralen Konfliktes in Afghanistan heute sind aber gerade die Besatzungstruppen.“²³⁰ Nötig wäre deshalb ein radikaler Kurswechsel – angefangen mit einem sofortigen Truppenabzug aus Afghanistan gefolgt von einer schnellstmöglichen Auflösung der NATO, die sich heutzutage als größter Unsicherheitsfaktor der Welt entpuppt. Erfreulicherweise teilen immer größere Teile der deutschen Bevölkerung diese Meinung: Jüngsten Umfragen zufolge lehnen 86% Kampfeinsätze grundsätzlich ab und 55% sprechen sich für einen schnellstmöglichen Truppenabzug aus.²³¹ Nun gilt es, diese „demoskopische Friedensbewegung“ (Laura von Wimmersperg) sichtbar zu machen und so Druck auf die Bundesregierung auszuüben, von ihrer fatalen Politik Abstand zu nehmen.

228 „Nicht gleich zum Feigling werden“, Spiegel 39/2006.

229 Seegers, Sabine: Schlappes Bündnis, Schwäbisches Tagblatt, 29.09.06.

230 Buchholz/Strutynski 2008.

231 ARD-Deutschland-Trends für die Tagesthemen von Infratest dimap, 4./5.2.2008 in: ND 19.07.2008.



Information

Die Informationsstelle Militarisation (IMI) ist ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein. Ihre Arbeit trägt sich durch Spenden und Mitglieds-, bzw. Förderbeiträge, die es uns ermöglichen, unsere Publikationen kostenlos im Internet zur Verfügung zu stellen. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen wie auch Sie IMI unterstützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unsere Spendenkontonummer ist: 1662832

bei der

Kreissparkasse Tübingen (BLZ 641 500 20)

Adresse:

Informationsstelle Militarisation e.V.

Hechingerstr. 203

72072 Tübingen

Telefon: 07071/49154

Fax: 07071/49159

